

Haushaltsplan des Saarlandes

für die Rechnungsjahre 2016 und 2017

Einzelplan 10

für den Geschäftsbereich des

Ministeriums der Justiz

INHALT

Kapitel

	Vorbemerkungen
10 01	Ministerium der Justiz
10 02	Allgemeine Bewilligungen
10 03	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften
10 04	Verwaltungsgerichte
10 05	Finanzgericht
10 06	Sozialgerichte
10 07	Gerichte für Arbeitssachen
10 08	Vertretungspool der Gerichte und Staatsanwaltschaften
10 09	Justizvollzugsanstalten
10 10	Saarländische Klinik für forensische Psychiatrie (SKFP)
10 11	Kompetenzzentrum der Justiz für ambulante Resozialisierung und Opferhilfe

1. Ministerium der Justiz (Kapitel 10 01)

Dem Ministerium obliegt die Bearbeitung der Personal- und Verwaltungsangelegenheiten der Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit, der Staatsanwaltschaften, der Verwaltungsgerichte, des Finanzgerichts, der Sozialgerichte, der Arbeitsgerichte, der Justizvollzugsanstalten, der SKFP, der Gerichtsorganisation, des Notariatswesens, der Angelegenheiten der Rechtsanwaltschaft, ferner die Ausbildung und Prüfung des juristischen Nachwuchses sowie des Nachwuchses für alle Laufbahnen des Justizdienstes. Es wirkt bei Gesetzgebungsmaßnahmen des Bundes und des Saarlandes mit und berät die Landesregierung in rechtlichen Fragen besonderer Bedeutung. Weiter gehört zu seiner Zuständigkeit die Bearbeitung zwischenstaatlicher Angelegenheiten der Rechtspflege.

2. Allgemeine Bewilligungen (Kapitel 10 02)

In diesem Kapitel sind Mittel für die sogenannten "Allgemeinen Bewilligungen" im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz ausgebracht.

3. Gerichte und Staatsanwaltschaften (Kapitel 10 03)

Die Gerichte (Saarländisches Oberlandesgericht, Landgericht und Amtsgerichte) üben auf dem Gebiet der ordentlichen Gerichtsbarkeit die rechtsprechende Gewalt aus, soweit die Länder hierfür zuständig sind. Ihr Aufgabenbereich umfasst die gesamte streitige Gerichtsbarkeit (Zivil- und Strafsachen) und die gesamte freiwillige Gerichtsbarkeit.

Kapitel 10 03 enthält die Einnahmen und Ausgaben

- a) des Saarländischen Oberlandesgerichts,
- b) der Generalstaatsanwaltschaft Saarbrücken,
- c) des Landgerichts Saarbrücken,
- d) der Staatsanwaltschaft Saarbrücken,
- e) der Amtsgerichte: Homburg, Lebach, Merzig mit Zweigstelle Wadern, Neunkirchen, Ottweiler, Saarbrücken mit Zweig- und Außenstelle Sulzbach, Saarlouis, St. Ingbert, St. Wendel und Völklingen.

4. Verwaltungsgerichte des Saarlandes (Kapitel 10 04)

In diesem Kapitel sind die Einnahmen und Ausgaben des Oberverwaltungsgerichts und des Verwaltungsgerichts des Saarlandes in Saarlouis veranschlagt.

Dem Verwaltungsgericht obliegt die Rechtsprechung im ersten Rechtszug nach der VwGO über alle Streitigkeiten, für die der Verwaltungsrechtsweg offen steht.

Das Oberverwaltungsgericht ist gem. § 46 VwGO zuständig für Berufungen gegen Urteile und für Beschwerden gegen andere Entscheidungen des Verwaltungsgerichts. Außerdem entscheidet das Oberverwaltungsgericht über Normenkontrollklagen im Rahmen des § 47 Abs. 1 Nr. 1 VwGO.

5. Finanzgericht des Saarlandes (Kapitel 10 05)

Dem Finanzgericht des Saarlandes obliegen die Entscheidungen über öffentlich-rechtliche Streitigkeiten (Anfechtungsklagen, Verpflichtungsklagen, Feststellungsklagen, Leistungsklagen, Anträge) in Steuer- und Zollsachen im Rahmen des § 33 FGO. Das Gericht trifft des Weiteren Entscheidungen in den berufsrechtlichen Rechtsstreitigkeiten der Steuerberater, Steuerberatungsgesellschaften, Steuerbevollmächtigten und Gesellschaften, die geschäftsmäßig Hilfe in Steuersachen leisten, sowie in allen anderen öffentlich-rechtlichen Rechtsstreitigkeiten über die Zulässigkeit der Hilfeleistung in Steuersachen.

6. Sozialgerichte für das Saarland (Kapitel 10 06)

Auf Grund des Gesetzes zur Ausführung des Sozialgerichtsgesetzes vom 18.06.1958 (Amtsbl. S. 1225), zuletzt geändert durch Art. 4 Abs. 27 des Gesetzes vom 15.2.2006 (Amtsbl. S. 474, 530), wurden für den Bereich des Saarlandes errichtet:

a) Sozialgericht für das Saarland

Das Sozialgericht entscheidet, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist, im ersten Rechtszug über alle Streitigkeiten, für die der Rechtsweg vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit offen steht. Hierzu gehören insbesondere Angelegenheiten der Sozialversicherung einschließlich Hüttenknappschaftliche Pensionsversicherung, knappschaftliche Rentenversicherung, Altershilfe für Landwirte, Handwerkerversicherung, Krankenversicherung, Unfallversicherung, der Kriegsopferversorgung, der Arbeitslosenversicherung, des Kassenarztrechts sowie der Pflegeversicherung.

b) Landessozialgericht für das Saarland

Das Landessozialgericht entscheidet im zweiten Rechtszug über die Berufung gegen die Urteile und über die Beschwerden gegen andere Entscheidungen des Sozialgerichts.

7. Gerichte für Arbeitssachen (Kapitel 10 07)

Aufgrund des Arbeitsgerichtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 1979 (BGBl. I S. 853, 1036), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 11.08.2014 (BGBl. I S. 1348) sind die Gerichte für Arbeitssachen zuständig für Rechtsstreitigkeiten aus Tarifverträgen, aus Arbeitsverhältnissen und aus der Betriebsverfassung. Diese Aufgaben werden nach dem Gesetz über die Gerichte für Arbeitssachen im Saarland in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. Dezember 1975 (Amtsbl. S. 1230) zuletzt geändert durch Art. 8 Abs. 15 des Gesetzes vom 21.11.2007 (Amtsbl. S. 2393) von folgenden Gerichten wahrgenommen: Landesarbeitsgericht Saarland sowie Arbeitsgerichte in Saarbrücken, Neunkirchen und Saarlouis.

8. Vertretungspool der Gerichte und Staatsanwaltschaften (Kapitel 10 08)

In diesem Kapitel wird seit dem Haushaltsjahr 2007 der Vertretungspool der Gerichte und Staatsanwaltschaften ausgewiesen.

9. Justizvollzugsanstalten (Kapitel 10 09)

Nach der Föderalismusreform besitzen die Länder die Gesetzgebungskompetenz für die Durchführung des Justizvollzuges. Ein Gesetz über den Vollzug der Jugendstrafe (Saarländisches Jugendstrafvollzugsgesetz-SJS(VollzG) ist zum 1. Januar 2008 und ein Gesetz über den Vollzug der Untersuchungshaft (Untersuchungshaftvollzugsgesetz - SUVollzG) ist zum 1. Januar 2010 in Kraft getreten. Der Justizvollzug hat die Regelungen der Gesetze umgesetzt. Im Saarland bestehen Justizvollzugsanstalten in Saarbrücken und Ottweiler mit Außenstelle in Saarlouis und die Jugendarrestanstalt in Lebach.

10. Saarländische Klinik für Forensische Psychiatrie (Kapitel 10 10)

Die Saarländische Klinik für Forensische Psychiatrie in Merzig ist eine Einrichtung des Landes, die in Form eines Landesbetriebes nach § 26 LHO geführt wird. Der Einrichtung obliegt die landesweite Unterbringung und Behandlung schuldunfähiger oder vermindert schulfähiger psychisch kranker oder suchtkranker Straftäter. Grundlage bildet das "Gesetz über den Vollzug von Maßnahmen der Besserung und Sicherung in einem psychiatrischen Krankenhaus und einer Entziehungsanstalt (Maßregelvollzugsgesetz - MRVG)" vom 29.11.1989 (Amtsbl. 1990 S. 81, ber.S. 334), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 16. Mai 2007 (Amtsbl. S. 1226).

Der Maßregelvollzug soll den untergebrachten Patienten durch Behandlung und Betreuung befähigen, ein in die Gemeinschaft eingegliedertes Leben zu führen und die Allgemeinheit vor weiteren erheblichen rechtswidrigen Taten schützen.

11. Kompetenzzentrum der Justiz für ambulante Resozialisierung und Opferhilfe (Kapitel 10 11)

Im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz wird ein Kompetenzzentrum der Justiz für ambulante Resozialisierung und Opferhilfe als Einrichtung des Landes im Sinne des § 14 des Landesorganisationsgesetzes errichtet. Das Kompetenzzentrum der Justiz für ambulante Resozialisierung und Opferhilfe nimmt die Aufgaben der ambulanten sozialen Dienste der Justiz des Saarlandes wahr.

Personalsoll des Einzelplans 10 - 2016

Bezeichnung	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	Insgesamt 2016	Insgesamt 2015	+/-
Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter	343	292	829	82	1.546	1.555	-9
	-3	-2	-4	—			
Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	30	80	453	13	576	590	-14
	+2	—	-13	-3			
Titelgruppen							
Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—			
Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—			
Insgesamt	373	372	1.282	95	2.122	2.145	-23
	-1	-2	-17	-3			
Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	30	57	—	87	88	-1
	—	—	-1	—			
Auszubildende	—	—	—	221	221	224	-3
	—	—	—	-3			

Personalsoll des Einzelplans 10 - 2017

Bezeichnung	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	Insgesamt 2017	Insgesamt 2016	+/-
Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter	338	295	817	81	1.531	1.546	-15
	-5	+3	-12	-1			
Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	31	82	438	12	563	576	-13
	+1	+2	-15	-1			
Titelgruppen							
Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—			
Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—			
Insgesamt	369	377	1.255	93	2.094	2.122	-28
	-4	+5	-27	-2			
Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	30	57	—	87	87	—
	—	—	—	—			
Auszubildende	—	—	—	214	214	221	-7
	—	—	—	-7			

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Einzelplans 10

- Einnahmen - 2016

Kap. /	Bezeichnung	Steuern und steuer- ähnliche Abgaben (TEUR)	Verwaltungs- einnahmen (TEUR)	Übrige Einnahmen (TEUR)	Summe Einnahmen (TEUR)
10 01	Ministerium der Justiz	–	17,9	–	17,9
10 02	Allgemeine Bewilligungen	–	28,5	55,1	83,6
10 03	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	–	52.310,0	–	52.310,0
10 04	Verwaltungsgerichte	–	474,1	–	474,1
10 05	Finanzgericht	–	210,1	–	210,1
10 06	Sozialgerichte	–	804,6	–	804,6
10 07	Gerichte für Arbeitssachen	–	295,2	–	295,2
10 08	Vertretungspool der Gerichte und Staatsanwaltschaften	–	–	–	–
10 09	Justizvollzugsanstalten	–	1.724,0	588,0	2.312,0
10 10	Saarländische Klinik für forensische Psychiatrie (SKFP)	–	–	–	–
10 11	Kompetenzzentrum der Justiz für ambulante Resozialisierung und Opferhilfe	–	–	–	–
Gesamtsumme Haushaltsjahr 2016		–	55.864,4	643,1	56.507,5
Gesamtsumme Haushaltsjahr 2015		–	52.362,0	643,1	53.005,1
gegenüber 2015 mehr(+) oder weniger(-)		–	+3.502,4	–	+3.502,4

- Ausgaben -

Kap. /	Bezeichnung	Personal- ausgaben (TEUR)	Sächliche Verwaltungs- ausgaben (TEUR)	Schulden- dienst (TEUR)	Zuweisungen u.Zuschüsse für laufende Zwecke (TEUR)	Ausgaben für Investi- tionen (TEUR)	Besondere Finan- zierungs- ausgaben (TEUR)	Summe Ausgaben (TEUR)
10 01	Ministerium der Justiz	4.176,2	201,5	–	–	32,5	–	4.410,2
10 02	Allgemeine Bewilligungen	34.860,0	498,9	–	1.986,5	2.075,0	–	39.420,4
10 03	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	56.797,4	41.888,2	–	–	294,7	–	98.980,3
10 04	Verwaltungsgerichte	2.690,6	226,8	–	3,9	23,4	–	2.944,7
10 05	Finanzgericht	477,2	29,3	–	–	7,2	–	513,7
10 06	Sozialgerichte	3.104,3	2.728,2	–	0,2	23,4	–	5.856,1
10 07	Gerichte für Arbeitssachen	1.800,9	1.150,0	–	–	18,4	–	2.969,3
10 08	Vertretungspool der Gerichte und Staatsanwaltschaften	–	–	–	–	–	–	–
10 09	Justizvollzugsanstalten	20.054,4	3.556,6	–	6.621,2	219,5	–	30.451,7
10 10	Saarländische Klinik für forensische Psychiatrie (SKFP)	–	13.345,0	–	–	42,5	–	13.387,5
10 11	Kompetenzzentrum der Justiz für ambulante Resozialisierung und Opferhilfe	2.357,6	69,9	–	–	24,2	–	2.451,7
Gesamtsumme Haushaltsjahr 2016		126.318,6	63.694,4	–	8.611,8	2.760,8	–	201.385,6
Gesamtsumme Haushaltsjahr 2015		123.805,7	61.367,1	–	8.316,8	2.232,8	–	195.722,4
gegenüber 2015 mehr(+) oder weniger(-)		+2.512,9	+2.327,3	–	+295,0	+528,0	–	+5.663,2

- Einnahmen - 2017

Kap. /	Bezeichnung	Steuern und steuer- ähnliche Abgaben (TEUR)	Verwaltungs- einnahmen (TEUR)	Übrige Einnahmen (TEUR)	Summe Einnahmen (TEUR)
10 01	Ministerium der Justiz	–	17,9	–	17,9
10 02	Allgemeine Bewilligungen	–	28,5	55,1	83,6
10 03	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	–	52.310,0	–	52.310,0
10 04	Verwaltungsgerichte	–	474,1	–	474,1
10 05	Finanzgericht	–	210,1	–	210,1
10 06	Sozialgerichte	–	804,6	–	804,6
10 07	Gerichte für Arbeitssachen	–	295,2	–	295,2
10 08	Vertretungspool der Gerichte und Staatsanwaltschaften	–	–	–	–
10 09	Justizvollzugsanstalten	–	1.724,0	588,0	2.312,0
10 10	Saarländische Klinik für forensische Psychiatrie (SKFP)	–	–	–	–
10 11	Kompetenzzentrum der Justiz für ambulante Resozialisierung und Opferhilfe	–	–	–	–
Gesamtsumme Haushaltsjahr 2017		–	55.864,4	643,1	56.507,5
Gesamtsumme Haushaltsjahr 2016		–	55.864,4	643,1	56.507,5
gegenüber 2016 mehr(+) oder weniger(–)		–	–	–	–

- Ausgaben -

Kap. /	Bezeichnung	Personal- ausgaben (TEUR)	Sächliche Verwaltungs- ausgaben (TEUR)	Schulden- dienst (TEUR)	Zuweisungen u. Zuschüsse für laufende Zwecke (TEUR)	Ausgaben für Investi- tionen (TEUR)	Besondere Finan- zierungs- ausgaben (TEUR)	Summe Ausgaben (TEUR)
10 01	Ministerium der Justiz	4.355,6	201,5	–	–	32,5	–	4.589,6
10 02	Allgemeine Bewilligungen	36.448,9	284,0	–	1.896,5	1.645,0	–	40.274,4
10 03	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	58.594,8	41.887,2	–	–	294,7	–	100.776,7
10 04	Verwaltungsgerichte	2.743,7	226,8	–	3,9	23,4	–	2.997,8
10 05	Finanzgericht	486,8	29,3	–	–	7,2	–	523,3
10 06	Sozialgerichte	3.168,3	2.728,2	–	0,2	23,4	–	5.920,1
10 07	Gerichte für Arbeitssachen	1.838,2	1.150,0	–	–	18,4	–	3.006,6
10 08	Vertretungspool der Gerichte und Staatsanwaltschaften	–	–	–	–	–	–	–
10 09	Justizvollzugsanstalten	20.132,9	3.556,6	–	6.621,2	219,5	–	30.530,2
10 10	Saarländische Klinik für forensische Psychiatrie (SKFP)	–	13.535,0	–	–	42,5	–	13.577,5
10 11	Kompetenzzentrum der Justiz für ambulante Resozialisierung und Opferhilfe	2.405,5	69,9	–	–	24,2	–	2.499,6
Gesamtsumme Haushaltsjahr 2017		130.174,7	63.668,5	–	8.521,8	2.330,8	–	204.695,8
Gesamtsumme Haushaltsjahr 2016		126.318,6	63.694,4	–	8.611,8	2.760,8	–	201.385,6
gegenüber 2016 mehr(+) oder weniger(–)		+3.856,1	-25,9	–	-90,0	-430,0	–	+3.310,2

Wesentliche Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

Das Kapitel 10 11 "Kompetenzzentrum der Justiz für ambulante Resozialisierung und Opferhilfe" wurde ab dem HH-Jahr 2015 neu aufgenommen.

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

10 01 Ministerium der Justiz**E i n n a h m e n****Verwaltungseinnahmen**

111 01 011	Gebühren, sonstige Entgelte.	10 000	10 000	10 000	3
------------	--------------------------------------	--------	--------	--------	---

Zu Titel 111 01:

		2017	2016
Veranschlagt sind:			
1. Prüfungsgebühren im Zusammenhang mit dem juristischen Staatsexamen und Widerspruchsverfahren.		10 000 EUR	10 000 EUR
2. sonstige Gebühren.		— EUR	— EUR
Zusammen.		10 000 EUR	10 000 EUR

119 11 011	Ablieferungen aus Nebenbeschäftigungen.	2 000	2 000	—	2
------------	---	-------	-------	---	---

Zu Titel 119 11:

Der Titel dient der Vereinnahmung von Beträgen, die von Bediensteten bei der Ausübung einer genehmigten Nebentätigkeit erhoben werden.

119 12 011	Anteiliges Nutzungsentgelt für das Saarländische Landesrecht in Juris.	5 000	5 000	5 000	4
------------	--	-------	-------	-------	---

Zu Titel 119 12:

Veranschlagt sind Einnahmen aus der Online-Nutzung des bei Juris nachgewiesenen Landesrechtes durch Externe.

119 69 011	Vermischte Einnahmen.	900	900	900	—
------------	-------------------------------	-----	-----	-----	---

132 01 011	Veräußerung von beweglichen Sachen. Siehe Verstärkungsvermerk bei 811 01.	—	—	—	—
------------	--	---	---	---	---

Übrige Einnahmen

231 01 011	Erstattung der Aufwendungen für Bundesratstätigkeit. . . . Siehe Deckungsvermerk bei Titel 527 01	—	—	—	—
------------	--	---	---	---	---

282 21 011	Einnahmen aus Spenden. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 546 21.	—	—	—	—
------------	---	---	---	---	---

Gesamteinnahmen Kapitel 10 01.		17 900	17 900	15 900	9
--	--	--------	--------	--------	---

Kapitel 10 01
Ministerium der Justiz

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

A u s g a b e n
Personalausgaben

422 01 011	Amtsbezüge des Ministers sowie Dienstbezüge der planmäßigen Beamten.	2 644 700	2 448 400	2 252 100	2 314
------------	---	-----------	-----------	-----------	-------

Planstellen

2017	2016	2015	
1	1	1	Bes.Gr. B 8 Staatssekretär/Staatssekretärin Die Nutzung des Dienstkraftfahrzeuges wird für Fahrten zwischen Wohnung und Dienststelle gemäß den geltenden Kraftfahrzeugrichtlinien unentgeltlich gewährt.
1	1	1	Bes.Gr. B 5 Ministerialdirigent/Ministerialdirigentin
2	2	2	Bes.Gr. B 4 Leitende Ministerialräte/Leitende Ministerialrätinnen
—	—	—	Bes.Gr. B 3 Leitender Ministerialrat/Leitende Ministerialrätin
4	4	4	Bes.Gr. B 2 Ministerialräte/Ministerialrätinnen
2	2	2	Bes.Gr. A 16 Ministerialräte/Ministerialrätinnen
7	7	7	Bes.Gr. A 15 Regierungsdirektoren/Regierungsdirektorinnen Die Stellen dürfen mit Richterinnen/Richtern oder Staatsanwältinnen/Staatsanwälten der Besoldungsgruppe R 1 oder R 2 besetzt werden. eine Stelle kw ab 01.01.2018
3	3	3	Bes.Gr. A 14 Regierungsobererrat/Regierungsobererrätin Die Stellen dürfen mit Richterinnen/Richtern oder Staatsanwältinnen/Staatsanwälten der BesGr. R 1, die sich höchstens in der 8. Lebensaltersstufe befinden, besetzt werden. Psychologieoberräte/Psychologieoberrätinnen
9	9	7	Bes.Gr. A 13 Sozialoberamtsräte/Sozialoberamtsrätinnen Regierungsoberamtsräte/Regierungsoberamtsrätinnen Justizoberamtsräte/Justizoberamtsrätinnen Datenverarbeitungsamtsräte/Datenverarbeitungsamtsrätinnen
6	6	7	Bes.Gr. A 12 Sozialamtsräte/Sozialamtsrätinnen Regierungsamtsräte/Regierungsamtsrätinnen Justizamtsräte/Justizamtsrätinnen Datenverarbeitungsamtsräte/Datenverarbeitungsamtsrätinnen
1	1	3	Bes.Gr. A 11 Sozialamt Männer/Sozialamt Frauen Regierungsamt Männer/Regierungsamt Frauen Justizamtsamtsmänner/Justizamtsamtsfrauen Datenverarbeitungsamtsmänner/Datenverarbeitungsamtsfrauen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer			EUR	EUR	EUR	TEUR
		Bes.Gr. A 10 Sozialoberinspektoren/Sozialoberinspektorinnen				
2	2	1 Regierungsoberinspektoren/Regierungsoberinspektorinnen				
		Justizoberinspektoren/Justizoberinspektorinnen				
		Datenverarbeitungsinspektoren/Datenverarbeitungsinspektorinnen				
		Bes.Gr. A 9 Regierungsamtsinspektoren/Regierungsamtsinspektorinnen				
5	5	5 Justizamtsinspektoren/Justizamtsinspektorinnen				
		Bes.Gr. A 8 Justizhauptsekretär/Justizhauptsekretärin				
2	2	2				
		Bes.Gr. A 7 Justizobersekretär/Justizobersekretärin				
1	1	—				
		Bes.Gr. A 6 Erste Justizhauptwachtmeister/Erste Justizhauptwachtmeisterinnen				
2	2	2				
48	48	47				
		Planstellen				
		davon				
—	—	Dienstwohnungsinhaber				
		Gliederung nach Laufbahngruppen				
20	20	20				
18	18	18				
8	8	7				
2	2	2				
		Höherer Dienst				
		Gehobener Dienst				
		Mittlerer Dienst				
		Einfacher Dienst				
		Leerstellen				
2017	2016	2015				
		Bes.Gr. B 4 Leitender Ministerialrat/Leitende Ministerialrätin				
1	1	—				
		Bes.Gr. A 13 Psychologierat/Psychologierätin				
1	1	1				
		Bes.Gr. A 13 Justizoberamtsrat/Justizoberamtsrätin				
1	1	1				
		Bes.Gr. A 12 Justizamtsrat/Justizamtsrätin				
—	—	—				
3	3	2				
		Leerstellen				

Zu Titel 422 01:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
1. Dienstbezüge, Zulagen und Sonderzuwendungen.	2 643 800 EUR	2 447 500 EUR
2. Dienstaufwandsentschädigung für die Ständige Vertreterin des Ministers.	900 EUR	900 EUR
Zusammen.	2 644 700 EUR	2 448 400 EUR

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
		EUR	EUR	EUR	TEUR
Funkt.- Kennziffer					

Leerstellen - 2016

	Beurlaubung	Abordnung	Zuweisung	Elternzeit	Abge- ordnete	sonstige Leerstellen	Erläuterungen	2016	2015
Planmäßige Beamte									
B 4	-	-	-	-	-	1		1	-
A 13	-	-	-	1	-	-		1	1
A 13 g.D.	-	-	-	1	-	-		1	1
A 12	-	-	-	-	-	-		-	-
Zusammen	-	-	-	2	-	1		3	2

Leerstellen - 2017

	Beurlaubung	Abordnung	Zuweisung	Elternzeit	Abge- ordnete	sonstige Leerstellen	Erläuterungen	2017	2016
Planmäßige Beamte									
B 4	-	-	-	-	-	1		1	1
A 13	-	-	-	1	-	-		1	1
A 13 g.D.	-	-	-	1	-	-		1	1
A 12	-	-	-	-	-	-		-	-
Zusammen	-	-	-	2	-	1		3	3

422 62 011	Mehrarbeits- und Überstundenvergütungen für Beamtinnen/Beamte.					500	500	1 000	3
427 22 011	Aufwendungen für Zeitangestellte.					4 000	4 000	4 000	2
428 01 011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.					1 705 900	1 722 800	1 677 600	1 654

Zu Titel 428 01:

Veranschlagt sind:
Vergütungen, Sonderzuwendungen und Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung, sowie außertarifliche Zulagen gemäß Ministerratsbeschluss

Stellen für Arbeitnehmerinnen / Arbeitnehmer - 2016

Bezeichnung	Stellensoll 2015	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2016	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
E 15	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
E 13	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
E 11	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
E 10	5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	-
E 9	5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	-
E 8	5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	-
E 6	5	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	5	-
E 5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
STPF	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	-1
Zusammen	25	-	-	-	-	-	-	-	-	1	2	24	-1

Kapitel 10 01
Ministerium der Justiz

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
		EUR	EUR	EUR	TEUR

Stellen für Arbeitnehmerinnen / Arbeitnehmer - 2017

Bezeichnung	Stellensoll 2016	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2017	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
E 15	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
E 13	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 12	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
E 11	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
E 10	5	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	6	+1
E 9	5	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	6	+1
E 8	5	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	3	-2
E 6	5	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	4	-1
E 5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
STPF	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
Zusammen	24	-	-	-	-	-	1	2	2	-	-	23	-1

E 6 1 Stelle kw

428 62 011	Mehrarbeits- und Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.							500		500		1 000	—
453 01 011	Trennungsgeld, Fahrkostenzuschüsse und Umzugskostenvergütungen.							—		—		—	—

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01 011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.							56 000		56 000		59 500	50
------------	---	--	--	--	--	--	--	--------	--	--------	--	--------	----

Zu Titel 511 01:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
1. Geschäftsbedarf.	19 200 EUR	19 200 EUR
2. Bücher und Zeitschriften.	23 000 EUR	23 000 EUR
3. Post- und Fernmeldegebühren.	5 800 EUR	5 800 EUR
4. Geräte und Ausstattungsgegenstände.	1 000 EUR	1 000 EUR
5. Sonstiges.	7 000 EUR	7 000 EUR
Zusammen.	56 000 EUR	56 000 EUR

Weniger wegen der Verlagerung von Mitteln zu Titel 527 01.

511 61 011	Verbrauchsmaterial für DV-Anlagen und Geräte, Kosten der Datenfernübertragung, Hardwarebeschaffung (einschl. Instandhaltung), Standardsoftware (einschl. Pflege).							33 000		33 000		33 000	26
------------	--	--	--	--	--	--	--	--------	--	--------	--	--------	----

Zu Titel 511 61:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
1. EDV-Wartungskosten.	21 000 EUR	21 000 EUR
2. Verbrauchsmaterial für DV-Anlagen und -Geräte.	12 000 EUR	12 000 EUR
3. Kosten der Datenfernübertragung.	— EUR	— EUR
Zusammen.	33 000 EUR	33 000 EUR

514 01 011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl..							15 000		15 000		15 000	10
------------	--	--	--	--	--	--	--	--------	--	--------	--	--------	----

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

Zu Titel 514 01:

	2017	2016
Veranschlagt ist die Haltung von vier Fahrzeugen		
1. Treib- und Schmierstoffe.	10 500 EUR	10 500 EUR
2. Unterhaltung und Instandsetzung.	3 300 EUR	3 300 EUR
3. Steuern.	1 200 EUR	1 200 EUR
Zusammen.	15 000 EUR	15 000 EUR

514 02 011 Dienstbekleidungszuschüsse. — — — —

Zu Titel 514 02:

Die Mittel sind verlagert zu Kapitel 10 02 Titel 514 02.

514 03 011 Dienst-, Arbeits- und Schutzkleidung. — — 100 —

Zu Titel 514 03:

Wegfall der Veranschlagung mangels Bedarf.

518 02 011 Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeu-
ge. 18 200 18 200 18 200 14

Zu Titel 518 02:

Veranschlagt sind die Leasingraten für 3 Dienst-Kfz und die Mieten für 4 Kopiergeräte.

525 61 011 Ausgaben der IT-Aus- und Fortbildung. — — — —

Zu Titel 525 61:

Die Mittel werden ab dem HHJ 2015 in Kapitel 10 02 Titel 525 61 veranschlagt.

526 01 011 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten. — — — —

527 01 011 Reisekostenvergütungen und Entschädigungen für die In-
anspruchnahme privater Fahrzeuge. 28 000 28 000 24 400 33
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 231 01
geleistet werden.

Zu Titel 527 01:

Mehr im Hinblick auf den tatsächlichen Bedarf.

529 01 011 Zur Verfügung des Ministers der Justiz für außergewöhn-
lichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in beson-
deren Fällen. 3 200 3 200 3 200 3

533 01 011 Kosten für die Durchführung von Tagungen und Konfe-
renzen. 2 700 2 700 2 700 3

Zu Titel 533 01:

Veranschlagt sind Mittel für regelmäßig anfallende Veranstaltungen.

537 01 011 Aufträge an Dritte zur Pflege der JURIS-Datenbank "Saar-
ländisches Landesrecht". 45 400 45 400 45 400 45

537 61 011 Aufträge an Dritte im Rahmen des DV-Einsatzes. — — — —

Kapitel 10 01
Ministerium der Justiz

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR
546 21 011	Zur Verwendung von Spenden. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 282 21 geleistet werden.	—	—	—	—
547 01 011	Koordinierungsstelle häusliche Gewalt.	—	—	—	3
Zu Titel 547 01:					
Der Pilotcharakter des Projektes "Koordinierungsstelle häusliche Gewalt" ist beendet. Mit der Überführung der "Koordinierungsstelle häusliche Gewalt" in den Regelbetrieb des MdJ werden die Mittel ab dem Jahr 2015 in Titel 511 01 veranschlagt.					
Ausgaben für Investitionen					
811 01 056	Erwerb von Fahrzeugen. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 132 01 geleistet werden.	—	—	—	17
812 01 011	Geräte und Ausstattungsgegenstände sowie Maschinen für Verwaltungszwecke.	15 000	15 000	15 000	92
Zu Titel 812 01:					
Veranschlagt ist die Teilerneuerung der Erstausrüstung.					
812 61 011	Erwerb von Hard- und Software.	17 500	17 500	17 500	11
Gesamtausgaben Kapitel 10 01.		4 589 600	4 410 200	4 169 700	4 280

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

10 02 Allgemeine Bewilligungen
E i n n a h m e n
Verwaltungseinnahmen

111 02 051	Gebühren aus dem länderübergreifend geführten Zentralen Schutzschriftenregister.	28 500	28 500	—	—
------------	--	--------	--------	---	---

Zu Titel 111 02:

Veranschlagt sind die auf das Saarland entfallenden anteiligen Gebühreneinnahmen aus dem Betrieb des Zentralen Schutzschriftenregisters, das nach einer Verwaltungsvereinbarung zentral für alle Landesjustizverwaltungen von der Hessischen Justizverwaltung - Hessische Zentrale für Datenverarbeitung - betrieben wird. Der Ansatz richtet sich nach der zu erwartenden Anzahl von hinterlegten Schutzschriften mit einer Gebühr von 93 EUR pro eingereichter Schutzschrift.

111 03 051	Gebühren aus alternativen Streitbeilegungsverfahren in Verbraucherangelegenheiten.	—	—	—	—
119 31 051	Rückzahlung überzahlter Beträge.	—	—	—	—
119 69 051	Vermischte Einnahmen.	—	—	—	—

Übrige Einnahmen

232 01 051	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch andere Länder.	100	100	100	—
------------	---	-----	-----	-----	---

Zu Titel 232 01:

Veranschlagt sind die Kostenerstattungen für Teilnehmer aus anderen Bundesländern für Unterkunft und Verpflegung anlässlich im Saarland durchgeführter Fortbildungsveranstaltungen.

236 01 253	Erstattung von Personalausgaben durch die Bundesagentur für Arbeit und durch andere Rehabilitationsträger . Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 427 15	55 000	55 000	55 000	58
------------	---	--------	--------	--------	----

Zu Titel 236 01:

Veranschlagt sind u. a. die Eingliederungszuschüsse der Bundesagentur für Arbeit und der anderen Rehabilitationsträger gem. § 6 Abs. 1 Nr. 3 bis 5 SGB IX, sowie die Leistungen der Bundesagentur für Arbeit für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach den §§ 260 ff. SGB III und Maßnahmen zur Förderung schwervermittelbarer und älterer Arbeitnehmer nach den §§ 217 ff. SGB III und die Eingliederungszuschüsse der Träger der gesetzlichen Rentenversicherung.

Gesamteinnahmen Kapitel 10 02.		83 600	83 600	55 100	58
--	--	--------	--------	--------	----

Kapitel 10 02 Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

A u s g a b e n

Personalausgaben

412 01 051	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige.	5 000	5 000	5 000	5
------------	---	-------	-------	-------	---

Zu Titel 412 01:

		2017	2016
Veranschlagt sind Mittel:			
1.	zur Durchführung von Einführungs- und Fortbildungstagungen für ehrenamtliche Richter/-innen aller Gerichte nach dem Justizvergütungs- u. -entschädigungsgesetz (JVEG) v. 05.05.2004 (BGBl. I, S. 718,776). zuletzt geändert durch Art. 13 des Gesetzes vom 05.12.2012 (BGBl. I S. 2418).	4 000 EUR	4 000 EUR
2.	zur Entschädigung der Mitglieder des Ausschusses zur Beratung über die Ernennung von Berufsrichtern/-richtnerinnen in der Sozialgerichtsbarkeit und des Ausschusses für die Ernennung von Vorsitzenden Richterinnen und Richtern in der Arbeitsgerichtsbarkeit.	500 EUR	500 EUR
3.	für sonstige Schulungsmaßnahmen.	500 EUR	500 EUR
Zusammen.		5 000 EUR	5 000 EUR

427 01 051	Aufwandsentschädigungen für Praktikantinnen und Praktikanten.	27 600	27 600	27 600	24
------------	---	--------	--------	--------	----

427 02 051	Aufwendungen für Zeitangestellte für das Projekt Elektronischer Rechtsverkehr.	342 900	227 600	—	—
------------	--	---------	---------	---	---

427 15 253	Ausgaben zur Beschäftigung von Arbeitslosen und älteren Arbeitnehmern durch das Land im Rahmen von Fördermaßnahmen. Mehrausgaben dürfen mit Einwilligung des Ministeriums für Finanzen und Europa bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 236 01 zuzüglich des entsprechenden Landesanteils geleistet werden.	110 000	110 000	110 000	97
------------	---	---------	---------	---------	----

Zu Titel 427 15:

Schwerpunkte möglicher Förderungen bilden u.a. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM nach den §§ 260 ff. SGB III), Maßnahmen zur Förderung schwervermittelbarer und älterer Arbeitnehmer nach den §§ 217 ff. SGB III und die von den anderen Rehabilitationsträgern nach § 6 Abs. 1 Nr. 3 bis 5 SGB IX unterstützten Maßnahmen zur Teilhabe am Arbeitsleben.

427 21 051	Aufwendungen an nebenamtlich und nebenberuflich Tätige.	57 500	57 500	57 500	53
------------	---	--------	--------	--------	----

Zu Titel 427 21:

		2017	2016
Veranschlagt sind Mittel für die Ausbildung im Justizbereich (ohne Vollzug):			
1.	Vergütung der nebenamtlichen Leiter der Referendararbeitsgemeinschaften.	36 200 EUR	36 200 EUR
2.	Vergütung für nebenamtlichen Unterricht für Anwärtinnen und Anwärter im mittleren Justizdienst.	9 500 EUR	9 500 EUR
3.	Vergütung der nebenamtlichen Leiter der Arbeitsgemeinschaft der Rechtspflegeranwärtinnen und -anwärter.	7 500 EUR	7 500 EUR
4.	Vergütung der nebenamtlichen Dozenten der Arbeitsgemeinschaft der Gerichtsvollzieheranwärter/-innen.	1 300 EUR	1 300 EUR
5.	Vergütungen für die Durchführung von Prüfungen für den mittleren Justizdienst.	1 300 EUR	1 300 EUR
	a) Auswahlverfahren.	1 000 EUR	1 000 EUR
	b) Laufbahnprüfung.	700 EUR	700 EUR
6.	Sonstiges.	— EUR	— EUR
Zusammen.		57 500 EUR	57 500 EUR

427 22 051	Aufwändungsersatz an nebenberuflich Tätige im Rahmen der Fortbildung.	15 500	15 500	15 500	15
------------	---	--------	--------	--------	----

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

Zu Titel 427 22:

					2017	2016
Veranschlagt sind Mittel für die Fortbildung im Justizbereich (ohne Vollzug):						
1.	Maßnahmen im Rahmen des gemeinsamen Justizfortbildungsprogrammes mit Rheinland-Pfalz					
	a) der Richter und Staatsanwälte			3.200	3.200	3.200
	b) der Rechtspfleger/-Innen			5.300	5.300	5.300
	c) der Beamten des einfachen und mittleren Justizdienstes und der Beschäftigten (Service-Einheiten)			5.700	5.700	5.700
	d) der Gerichtsvollzieher/-Innen			1.000	1.000	1.000
2.	Vergütung der nebenamtlich zu Titel 412 01 tätigen Bediensteten			—	—	—
3.	Sonstiges			300	300	300
Zusammen					15.500	15.500

427 23 051 Vergütungen für die Durchführung von Prüfungen. 57 400 57 400 52 400 57

Zu Titel 427 23:

					2017	2016
Veranschlagt sind Mittel:						
zur Durchführung						
a)	der staatlichen Pflichtfachprüfung (ca.180 Prüflinge).			37 000 EUR	37 000 EUR	37 000 EUR
b)	der 2. juristischen Staatsprüfung (ca. 150 Prüflinge).			20 400 EUR	20 400 EUR	20 400 EUR
Zusammen.					57 400 EUR	57 400 EUR
Mehr wegen des tatsächlichen Bedarfs.						

427 24 051 Referendarausbildung. 55 000 55 000 65 000 55

Zu Titel 427 24:

					2017	2016
vorgesehen sind Mittel zur:						
1.	Durchführung der Referendarausbildung durch das Institut für Anwaltsrecht e.V. in Zusammenarbeit mit der Rechtsanwaltskammer des Saarlandes und dem Saarländischen Anwaltsverein.			20 000 EUR	20 000 EUR	20 000 EUR
2.	Durchführung von Veranstaltungen "Justiz und Nationalsozialismus" durch das Adolf-Bender-Zentrum für den juristischen Vorbereitungsdienst.			5 000 EUR	5 000 EUR	5 000 EUR
3.	Projekt E-Learning.			30 000 EUR	30 000 EUR	30 000 EUR
Zusammen.					55 000 EUR	55 000 EUR
Weniger wegen des geringeren Bedarfs für das Projekt E-Learning.						

427 25 056 Aufwendersersatz an nebenberuflich und nebenamtlich Tätige im Rahmen der Aus- und Fortbildung im Justizvollzug. 10 000 10 000 10 000 9

Zu Titel 427 25:

					2017	2016
Veranschlagt sind Mittel für:						
1.	begleitende Lehrveranstaltung für Reg. Inspektorenanwärter/-innen.			2 300 EUR	2 300 EUR	2 300 EUR
2.	begleitende Lehrveranstaltung für Reg. Assistentenanwärter/-innen.			— EUR	— EUR	— EUR
3.	regionale Maßnahmen im Justizvollzugsdienst.			— EUR	— EUR	— EUR
4.	Vergütung der im Behandlungsvollzug Tätigen (Supervision).			2 000 EUR	2 000 EUR	2 000 EUR
5.	Vergütung der in der Sozialtherapie Tätigen.			2 900 EUR	2 900 EUR	2 900 EUR
6.	Vergütung für die Durchführung von Prüfungen für den Strafvollzugsdienst:					
	a) Vorprüfung für den Allg. Vollzugsdienst.			2 300 EUR	2 300 EUR	2 300 EUR
	b) Laufbahnprüfung im mittleren Verwaltungsdienst.			— EUR	— EUR	— EUR
	c) Laufbahnprüfung für den gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst.			200 EUR	200 EUR	200 EUR
7.	Sonstiges.			300 EUR	300 EUR	300 EUR
Zusammen.					10 000 EUR	10 000 EUR

Kapitel 10 02 Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

432 31 058	Versorgungsbezüge der Beamtinnen/Beamten und Richterinnen/Richter der Justizverwaltung.	29 268 400	28 056 400	27 800 000	26 552
------------	---	------------	------------	------------	--------

Zu Titel 432 31:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
1. Ruhegehalt.	28 768 400 EUR	27 556 400 EUR
2. für im Rechnungsjahr zu erwartende Zugänge.	500 000 EUR	500 000 EUR
Zusammen.	29 268 400 EUR	28 056 400 EUR

Stand der Zahlfälle am 31. 12. 2003: 593; 31.12.2004: 604; 31.12.2005: 631; 31.12.2006: 645; 31.12.2007: 660; 31. 12. 2008: 681; 31. 12. 2009: 715; 31. 12. 2010: 733; 31.12.2011: 756; 31.12.2012: 785; 31.12.13: 792; 31.12.14: 804

432 32 058	Versorgungsbezüge der Witwen, Witwer und Waisen der Beamtinnen/Beamten und Richterinnen/Richter der Justizverwaltung.	6 489 600	6 228 000	6 000 000	6 185
------------	---	-----------	-----------	-----------	-------

Zu Titel 432 32:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
1. Hinterbliebenenbezüge.	6 489 600 EUR	6 228 000 EUR
2. für im Rechnungsjahr zu erwartende Zugänge.	— EUR	— EUR
Zusammen.	6 489 600 EUR	6 228 000 EUR

Stand der Zahlfälle am 31. 12. 2003: 301; 31. 12. 2004: 303; 31.12.2005: 304; 31.12.2006: 303; 31.12.2007: 310; 31. 12. 2008: 307; 31. 12. 2009: 305; 31. 12. 2010: 309; 31.12.2011: 307; 31.12.2012: 316; 31.12.13: 317; 31.12.14: 327

443 01 051	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze.	10 000	10 000	5 000	—
------------	---	--------	--------	-------	---

Zu Titel 443 01:

Veranschlagt sind die Mittel für das Projekt "unterstützendes Coaching für Richter". Mehr wegen des voraussichtlichen Bedarfs.

Sächliche Verwaltungsausgaben

514 02 056	Dienstbekleidung der Justizbediensteten. Die Ausgaben sind übertragbar.	65 100	250 000	250 000	73
------------	--	--------	---------	---------	----

Zu Titel 514 02:

Der für zwei Jahre erhöhte Ansatz ist erforderlich wegen der Umstellung von grünen auf blaue Uniformen.

525 01 051	Aus- und Fortbildung der Bediensteten.	—	—	—	—
525 02 051	Aus- und Fortbildung der Interessenvertretungen.	—	—	5 000	1

Zu Titel 525 02:

Die Mittel werden ab dem Haushaltsjahr 2016 bei Titel 525 05 mitveranschlagt.

525 03 051	Ausbildung der nachfolgend genannten Bediensteten (außer Justizvollzug).	35 000	30 000	40 000	29
------------	--	--------	--------	--------	----

Kapitel 10 02
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

Zu Titel 525 03:

	2017	2016
Vorgesehen sind im Justizbereich (ohne Vollzug):		
1. Teilnahme von Rechtsreferendaren/innen an Studien bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer.	— EUR	— EUR
2. Teilnahme von Rechtspflegeranwärterinnen und -anwärtern an den Fachwissenschaftlichen Studien I u. II an der Fachhochschule in Schwetzingen und der Arbeitsgemeinschaft.	33 000 EUR	28 000 EUR
3. Teilnahme von Gerichtsvollzieheranwärter/innen an dem Lehrgang in dem Ausbildungszentrum der Justiz NRW.	2 000 EUR	2 000 EUR
Zusammen.	35 000 EUR	30 000 EUR
Weniger wegen einer geringeren Anzahl von Neueinstellungen von Rechtspflegeranwärterinnen und -anwärtern.		
525 04 056 Aus- und Fortbildung der Bediensteten im Justizvollzug.	43 000	43 000
	43 000	43 000
		37

Zu Titel 525 04:

	2017	2016
Vorgesehen sind:		
1. Teilnahme von 20 Anwärter/innen an Ausbildungslehrgängen der Justizvollzugsschule Wittlich.	3 500 EUR	3 500 EUR
2. Teilnahme von Anwärtern/innen des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes an dem fachwissenschaftlichen Studium an der Fachhochschule für Rechtspflege in Bad Münstereifel.	5 000 EUR	5 000 EUR
3. Teilnahme von Regierungsassistentenanwärtern/innen an Ausbildungslehrgängen der Justizvollzugsschule Nordrhein-Westfalen in Wuppertal.	4 000 EUR	4 000 EUR
4. Begleitende Lehrveranstaltung für Anwärter/innen des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes.	6 000 EUR	6 000 EUR
5. Ausbildungslehrgänge für Bedienstete der Sozialtherapie.	3 000 EUR	3 000 EUR
6. Durchführung regionaler Fortbildungsveranstaltungen für Aufsichts- und Werkbeamte des Strafvollzugs.	7 300 EUR	7 300 EUR
7. Teilnahme von Bediensteten besonderer Fachrichtungen des Strafvollzugs an überregionalen Fach- und Studientagungen.	5 000 EUR	5 000 EUR
8. Berufliches Sporttraining.	3 000 EUR	3 000 EUR
9. Fortbildung der im Behandlungsvollzug Tätigen (Supervision).	2 000 EUR	2 000 EUR
10. Fortbildung der Bediensteten des Justizvollzugs zur Umsetzung der Regelungen des Jugendstrafvollzugsgesetzes.	4 000 EUR	4 000 EUR
11. Sonstiges.	200 EUR	200 EUR
Zusammen.	43 000 EUR	43 000 EUR
525 05 051 Fortbildung der nachfolgend genannten Bediensteten (außer Justizvollzug).	79 100	79 100
		74 100
		68

Kapitel 10 02 Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

Zu Titel 525 05:

	2017	2016
Vorgesehen sind Fortbildungsmittel für den Justizbereich (ohne Vollzug):		
1. Teilnahme von Richtern/innen und Staatsanwälten/innen an Tagungen der Deutschen Richterakademie in Trier und Wustrau.	3 500 EUR	3 500 EUR
2. Teilnahme von Richtern/innen und Staatsanwälten/innen an Kursen der Bundesfinanzakademie in Siegburg.	640 EUR	640 EUR
3. Regionale Fortbildungsveranstaltungen im Rahmen des Gemeinsamen Justizfortbildungsprogramms mit Rheinland-Pfalz für		
- Richter/innen und Staatsanwälte/innen.	4 800 EUR	4 800 EUR
- Rechtspfleger/innen.	14 000 EUR	14 000 EUR
- Beamte des mittleren und einfachen Dienstes, Gerichtsvollzieher und Beschäftigte.	14 000 EUR	14 000 EUR
4. Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen für Richter/innen und Beamte/innen des/der		
- Ministeriums der Justiz.	1 500 EUR	1 500 EUR
- Verwaltungsgerichte des Saarlandes.	800 EUR	800 EUR
- Finanzgerichts des Saarlandes.	400 EUR	400 EUR
- Sozialgerichte für das Saarland.	600 EUR	600 EUR
- Arbeitsgerichte des Saarlandes.	700 EUR	700 EUR
5. Teilnahme von Richtern/innen an Gerichtstagen.	400 EUR	400 EUR
6. Staatsanwälte und Sachbearbeiter in Wirtschafts- und Umweltstrafsachen.	480 EUR	480 EUR
7. Ressortübergreifende Fortbildung aller Bediensteten (u.a. Fortbildung im Rahmen der Einricht. v. Serviceeinheit, mod. Mitarbeiterführung, Kommunikation, Konflikt- und Stressbewältigung und Zeitmanagement).	5 000 EUR	5 000 EUR
8. Führungskräftefortbildung für Richter/innen und Staatsanwälte/innen.	20 000 EUR	20 000 EUR
9. Assessorientagungen.	4 000 EUR	4 000 EUR
10. Sonstiges.	3 280 EUR	3 280 EUR
11. Aus- u. Fortbildung von Interessenvertretungen.	5 000 EUR	5 000 EUR
Summe.	79 100 EUR	79 100 EUR

Ab dem Haushaltsjahr 2016 werden die bisher bei Titel 525 02 veranschlagten Mittel mitveranschlagt.

525 61 051 Ausgaben der IT-Aus- und Fortbildung.	21 000	21 000	21 000	18
--	--------	--------	--------	----

Zu Titel 525 61:

Darunter fällt auch die Teilnahme an EDV-Workshops p.p.

526 01 056 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten.	5 000	10 000	—	—
--	-------	--------	---	---

Zu Titel 526 01:

Veranschlagt sind die hälftigen Kosten für die Fortschreibung des Personalbedarfsberechnungssystems PEBB§Y-Fach für alle Berufsgruppen des richterlichen und gehobenen Dienstes sowie der Service-Einheiten der Arbeits-, Finanz-, Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit. Die andere Hälfte ist für 2016 bzw. 2017 in Kapitel 21 02 Titel 526 01 veranschlagt.

527 01 051 Reisekostenvergütungen und Entschädigungen für die Inanspruchnahme privater Fahrzeuge.	3 400	3 400	3 400	—
---	-------	-------	-------	---

Zu Titel 527 01:

Veranschlagt sind Reisekosten und Schulungen für Mitglieder der Hauptpersonal-, Personal- und Richterräte sowie der Frauenbeauftragten und Schwerbehindertenvertreter.

533 01 051 Durchführung von Tagungen und Konferenzen.	15 200	45 200	15 200	21
---	--------	--------	--------	----

Zu Titel 533 01:

Veranschlagt sind Mittel für Konferenzen, Tagungen, Besprechungen und Veranstaltungen, z.B. Amtseinführungen, Einweihungen, Präsentationen etc. Im Jahr 2016 ist turnusmäßig die Tagung der Präsidentinnen und Präsidenten der Oberlandesgerichte, des Kammergerichts und des Bundesgerichtshofes auszurichten. Desweiteren ist in 2016 die Sitzung des Lenkungsausschusses ELAN-Ref. vom Saarland durchzuführen. Außerdem wird der Europäische Tag der Justiz 2016 vom Saarland ausgerichtet.

Mehr wegen des tatsächlichen Bedarfs.

533 03 051 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Saar-Lor-Lux-Region.	2 300	2 300	2 300	—
--	-------	-------	-------	---

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

534 03 051	Kosten aufgrund Entschädigungsansprüchen nach dem Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren. Das Ministerium für Finanzen und Europa kann im Bedarfsfall von der Ermächtigung des § 37 Abs. 3 Satz 2 LHO Gebrauch machen	6 600	6 600	50 000	2
------------	---	-------	-------	--------	---

Zu Titel 534 03:

Weniger infolge Anpassung an das Ist-Ergebnis.

534 04 313	Kosten der betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Versorgung.	—	—	230 000	134
------------	--	---	---	---------	-----

Zu Titel 534 04:

Die Mittel sind ab 2016 zentral bei Kapitel 09 23 Titel 682 06 veranschlagt.

537 61 051	Aufträge an Dritte im Rahmen des DV-Einsatzes.	8 300	8 300	8 300	9
------------	--	-------	-------	-------	---

Zu Titel 537 61:

Die Mittel werden im Zusammenhang mit der Einführung der Verfahren EUREKA-Delphi und EUREKA-Fach für Aufträge an Dritte benötigt. Diese Verfahren betreffen insgesamt die Ordentliche Gerichtsbarkeit und die Fachgerichtsbarkeiten.

Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Ausgaben für Investitionen)

632 01 051	Beiträge zu den Kosten ländergemeinsamer Schulen und zu Fortbildungstagungen der Justizverwaltung.	280 000	270 000	300 000	141
------------	--	---------	---------	---------	-----

Zu Titel 632 01:

Veranschlagt sind für:

	2017	2016
1. Fachhochschule für Rechtspflege in Schwetzingen.	140 000 EUR	130 000 EUR
2. Fachhochschule für Rechtspflege in Bad Münstereifel.	30 000 EUR	30 000 EUR
3. Bundesfinanzakademie in Brühl.	— EUR	— EUR
4. Deutscher Verein für Bewährungshilfe in Bad Godesberg.	— EUR	— EUR
5. Ausbildungszentrum der Justiz NRW.	14 000 EUR	14 000 EUR
6. Justizvollzugsschule in Wittlich.	85 000 EUR	85 000 EUR
7. Justizvollzugsschule Nordrhein-Westfalen in Wuppertal.	11 000 EUR	11 000 EUR
8. Saarländische Verwaltungsschule.	— EUR	— EUR
Zusammen.	280 000 EUR	270 000 EUR

Weniger im Hinblick auf den tatsächlichen Bedarf.

632 02 236	Anteil des Saarlandes an den Kosten der Deutschen Richterakademie in Trier und Wustrau.	27 000	27 000	27 000	28
------------	---	--------	--------	--------	----

Zu Titel 632 02:

Veranschlagt sind die aufgrund des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern vom Saarland zu tragenden anteiligen Kosten.

	2017	2016
Es entfallen auf die Tagungsstätten		
Trier	15 000 EUR	15 000 EUR
Wustrau	12 000 EUR	12 000 EUR
Zusammen.	27 000 EUR	27 000 EUR

632 03 051	Anteil des Saarlandes an den Kosten der Zentralen Stelle in Ludwigsburg.	16 000	16 000	15 500	10
------------	--	--------	--------	--------	----

Zu Titel 632 03:

Veranschlagt sind die aufgrund des Verwaltungsabkommens zwischen den Ländern vom Saarland anteilig zu zahlenden Kosten.

Kapitel 10 02 Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR
632 04 059	Anteil des Saarlandes an der Kriminologischen Zentralstelle und der gemeinsamen Kommission der Länder. . . .	10 000	10 000	10 000	6
Zu Titel 632 04:					
Veranschlagt sind die aufgrund des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern vom Saarland anteilig zu zahlenden Kosten, zur institutionellen Förderung der Kriminologischen Zentralstelle e. V. (KrimZ) und der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter.					
Der Mehrbedarf gegenüber dem Ist- Ergebnis des Jahres 2014 begründet sich durch einen Beschluss der Justizministerkonferenz am 12. und 13. Juni 2013 in Perl zu TOP II.8 "Rehabilitation und Entschädigung zu Unrecht inhaftierter Personen", wonach die Justizministerinnen und Justizminister es für sinnvoll halten, "mit Hilfe einer Studie zu klären, wie die Entschädigung/Restitution und Rehabilitation der Betroffenen derzeit praktisch erfolgt und inwiefern Maßnahmen zur Beschleunigung und Optimierung ergriffen werden können". Auf Grund dieses Beschlusses ist Vorsorge für eine etwaige Beteiligung des Saarlandes an einer entsprechenden länderübergreifenden Studie zu treffen.					
632 05 051	Anteil des Saarlandes an den Kosten für die Überführung der "weißen Karteikarten" ins Zentrale Testamentsregister".	—	—	—	—
Zu Titel 632 05:					
Die Maßnahme ist abgeschlossen.					
632 06 051	Beitrag zu den Kosten des " Dienstleistungszentrums Rechtsmedizin an der Universität des Saarlandes".	125 000	125 000	125 000	125
Zu Titel 632 06:					
Veranschlagt sind die anteiligen Personalkosten.					
632 07 051	Anteilige Kosten des Saarlandes für die gemeinsame von allen Ländern durchzuführende elektronische Aufenthaltsüberwachung.	52 000	52 000	52 000	37
Zu Titel 632 07:					
Vorsorglicher Mittelansatz wegen der möglichen Anordnung von "Fußfesselweisungen".					
632 08 051	Anteilige Kosten des Saarlandes für eine alternative Streitbeiligungsstelle in Verbraucherangelegenheiten. . . .	10 000	10 000	—	—
632 09 051	Anteilige Kosten des Saarlandes am länderübergreifend geführten Zentralen Schutzschriftenregister.	28 500	28 500	—	—
Zu Titel 632 09:					
Veranschlagt sind die anteiligen Kosten des Saarlandes für den Betrieb des Zentralen Schutzschriftenregisters, das nach einer Verwaltungsvereinbarung zentral für alle Landesjustizverwaltungen von der Hessischen Landesjustizverwaltung - Hessische Zentrale für Datenverarbeitung - betrieben wird.					
633 02 236	Zuwendungen an den Regionalverband Saarbrücken und die Landkreise für Aufwendungen und Vergütungen für Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften. Das Ministerium für Finanzen und Europa kann im Bedarfsfall von der Ermächtigung des § 37 Abs. 3 LHO Gebrauch machen.	900 000	1 000 000	780 000	780
Zu Titel 633 02:					
Aufgrund des Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts vom 29.06.2011 (BGBl.IS.1306) wurde die Fallzahl der Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften auf 50 Fälle je Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter begrenzt. Mehr wegen einer höheren Anzahl von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.					
684 01 236	Zuschüsse zur Durchführung ambulanter Sanktionsalternativen.	405 700	405 700	399 700	443

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

Zu Titel 684 01:

- 1.) Sanktionsalternativen nach JGG
- 2.) Sonstige Sanktionsalternativen
- 3.) Pilotprojekt "Haus des Jugendrechts"

Im Einzelnen vorgesehene Fördermaßnahmen:

- Verein zur Förderung der Bewährungs- und Jugendgerichtshilfe im Saarland e.V., Saarbrücken
- Sozialpädagogisches Netzwerk (SPN) der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Saarland e.V., Saarbrücken
- Projekt "Chance" der Gemeinnützigen Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit mbH, Saarbrücken
- Projekt "Jugendwerkstatt" des Kreisjugendamtes Saarlouis, Saarlouis
- Projekt "Rat und Tat" des Diakonischen Werkes an der Saar, Neunkirchen.

Mehr infolge Anschubfinanzierung für das Pilotprojekt "Haus des Jugendrechts".

684 02 051	Zuschüsse für Täterarbeit in Fällen häuslicher Gewalt. . . .	30 000	30 000	20 000	20
------------	--	--------	--------	--------	----

Zu Titel 684 02:

Finanziert wird ein Projekt der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Saarland e.V..

686 01 059	Teilkostenerstattung an den Bund Deutscher Schiedsmänner e.V. zur Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für Schiedsleute.	2 000	2 000	2 000	2
------------	--	-------	-------	-------	---

686 02 056	Zuschuß zur "Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe".	300	300	300	—
------------	--	-----	-----	-----	---

686 04 236	Beiträge an Verbände, Gemeinschaften, Organisationen usw.	10 000	10 000	10 000	10
------------	---	--------	--------	--------	----

Zu Titel 686 04:

Veranschlagt sind Beiträge für folgende Organisationen, Vereine und Verbände:

1. Deutscher Arbeitsgerichtsverband
2. Deutscher EDV-Gerichtstag e. V.
3. Aktions-Gemeinschaft Drogenberatung e.V.
4. Deutsche Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit e.V.
5. Unterstützung von Menschenrechtsprojekten des Richterbundes
6. Sonstiges

Ausgaben für Investitionen

812 61 051	Kosten für die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs (ERV).	1 645 000	2 075 000	1 594 000	—
------------	--	-----------	-----------	-----------	---

Zu Titel 812 61:

Veranschlagt werden die Kosten für die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs in den Jahren 2015 bis 2020 aufgrund des Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786)

Gesamtausgaben Kapitel 10 02.		40 274 400	39 420 400	38 225 800	35 046
---------------------------------------	--	------------	------------	------------	--------

Kapitel 10 03 Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

10 03 Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Es gilt Folgendes:

1. Die Titel der Hauptgruppe 5 mit den Zählnummern 72, 74 bis 84 in den Kapiteln 10 03 bis 10 07 werden für gegenseitig deckungsfähig erklärt.
2. Die unter Nr. 1 aufgeführten Titel werden zugunsten der Titel der Gruppierung 812 für einseitig deckungsfähig erklärt. Die Titel der Gruppierung 812 werden für gegenseitig deckungsfähig erklärt.
3. Die unter Nr. 1 aufgeführten Titel werden zugunsten der Titel 511 61 und 812 61 in den Kapiteln 10 03 bis 10 07 für einseitig deckungsfähig erklärt.
4. Die Titel 412 01, 459 02, 526 02, 532 01, 532 03 und 532 04 werden übergreifend über die Kapitel 10 03, 10 04, 10 05, 10 06 und 10 07 für gegenseitig deckungsfähig erklärt.
5. Die Budgetierung wird dahingehend modifiziert, dass ab dem HHJ 2015 Reste aus dem Sachmittelbudget nur noch eingeschränkt übertragen werden. Vor diesem Hintergrund wurden die Ansätze 2015 an die Ist-Zahlen angepaßt.
6. Etwaige Doppelbesetzungen gemäß § 14 HG sind zuvor mit dem Ministerium für Finanzen und Europa abzustimmen.

E i n n a h m e n

Verwaltungseinnahmen

111 03 051	Gerichtskosten. Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 532 03.	37 000 000	37 000 000	34 000 000	37 250
------------	--	------------	------------	------------	--------

Zu Titel 111 03:

Mehr im Hinblick auf die voraussichtlich zu erwartenden Einnahmen.

111 04 051	Gebühren des Amtsgerichts Saarbrücken -Saarländisches Grundbuchamt - für das elektronische Abrufverfahren.	700 000	700 000	700 000	672
------------	--	---------	---------	---------	-----

111 05 051	Gebühren der Gerichtsvollzieher. Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 459 02.	4 000 000	4 000 000	3 500 000	3 988
------------	---	-----------	-----------	-----------	-------

Zu Titel 111 05:

Veranschlagt sind die von den Gerichtsvollziehern nach dem Gesetz über Kosten der Gerichtsvollzieher vom 19.04.2001 (BGBl. I S.623) einzuziehenden Gebühren, zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 23.07.2013 (BGBl. I S. 2586).

111 07 051	Gebühren des Amtsgerichts Saarbrücken - Zentrales Handelsregister - für das elektronische Abrufverfahren. . .	160 000	160 000	160 000	159
------------	---	---------	---------	---------	-----

Zu Titel 111 07:

Veranschlagt sind die Gebühreneinnahmen aus dem automatisierten Auskunftsbetrieb gemäß § 1 Abs. 1 Landesjustizkostengesetz vom 30.06.1971 (Amtsbl. S. 473), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 12.02.2014 (Amtsbl. I S. 146) in Verbindung mit Nr. 4 der Anlage zu § 2 Abs. 1 des Gesetzes über Kosten in Angelegenheiten der Justizverwaltung vom 23.07.2013 (BGBl. I S. 2586, 2655).

111 08 051	Gebühren des Amtsgerichts Saarbrücken-Zentrales Vollstreckungsgericht- für das elektronische Abrufverfahren. .	100 000	100 000	45 000	170
------------	--	---------	---------	--------	-----

Zu Titel 111 08:

Veranschlagt sind die prognostizierten Gebühreneinnahmen (4,50 € pro Abruf).

112 01 051	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten. Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 532 04.	7 000 000	7 000 000	7 500 000	6 831
------------	--	-----------	-----------	-----------	-------

Zu Titel 112 01:

Veranschlagt sind die von den Staatsanwaltschaften vereinnahmten Geldstrafen und Geldbußen einschließlich gleichzeitig gezahlter Gerichtskosten. Der Betrag ist veranschlagt unter Berücksichtigung der erfahrungsgemäß zu erwartenden Erstattungen (Nettobetrag).

Weniger im Hinblick auf die voraussichtlich zu erwartenden Einnahmen.

Kapitel 10 03
Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR
119 02 051	Einnahmen aus Gewinnabschöpfungen.	300 000	300 000	300 000	317
Zu Titel 119 02:					
Veranschlagt sind die Einnahmen aus Gewinnabschöpfungen im Rahmen von Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Saarbrücken.					
119 07 051	Einnahmen aus verfallenen Hinterlegungsgeldern.	50 000	50 000	50 000	137
119 11 051	Ablieferungen aus Nebenbeschäftigungen.	—	—	3 000	—
Zu Titel 119 11:					
Nuzllansatz, da keine Einnahmen prognostiziert werden.					
119 31 051	Rückzahlung überzahlter Beträge.	100 000	100 000	100 000	86
119 40 051	Rückzahlung von Prozesskostenhilfe bzw. gestundeten Auslagen und Gebühren in Insolvenzverfahren. Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 532 01.	2 800 000	2 800 000	2 500 000	2 804
119 69 051	Vermischte Einnahmen.	100 000	100 000	100 000	104

Kapitel 10 03
Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR
Titelgruppen					
Titelgruppe 72					
Verfahren der Amtsgerichte					
119 72 051	Vermischte Einnahmen im Rahmen des "Leistungsabbildenden Justizhaushaltes"	—	—	—	—
132 72 051	Veräußerung von beweglichen Sachen.	—	—	—	—
	Summe Titelgruppe 72.	—	—	—	—
Titelgruppe 74					
Verfahren des Landgerichts					
119 74 051	Vermischte Einnahmen im Rahmen des "Leistungsabbildenden Justizhaushaltes"	—	—	—	—
132 74 051	Veräußerung von beweglichen Sachen.	—	—	—	1
	Summe Titelgruppe 74.	—	—	—	2
Titelgruppe 75					
Verfahren des Oberlandesgerichts					
119 75 051	Vermischte Einnahmen im Rahmen des "Leistungsabbildenden Justizhaushaltes"	—	—	—	1
132 75 051	Veräußerung von beweglichen Sachen.	—	—	—	—
	Summe Titelgruppe 75.	—	—	—	1
Titelgruppe 76					
Verfahren der Staatsanwaltschaft					
119 76 051	Vermischte Einnahmen im Rahmen des "Leistungsabbildenden Justizhaushaltes"	—	—	—	—
132 76 051	Veräußerung von beweglichen Sachen.	—	—	—	—
	Summe Titelgruppe 76.	—	—	—	—

Kapitel 10 03
Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR
	Titelgruppe 77				
	Verfahren der Generalstaatsanwaltschaft				
119 77 051	Vermischte Einnahmen im Rahmen des "Leistungsabbildenden Justizhaushaltes".....	—	—	—	—
132 77 051	Veräußerung von beweglichen Sachen.....	—	—	—	—
	Summe Titelgruppe 77.....	—	—	—	—
	Gesamteinnahmen Kapitel 10 03.....	52 310 000	52 310 000	48 958 000	52 521

Kapitel 10 03
Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

A u s g a b e n
Personalausgaben

412 01 051	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige.	250 000	250 000	250 000	209
	1.Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben in Kapitel 10 03 bis 10 07 jeweils Titel 412 01.				
	2.Das Ministerium für Finanzen und Europa kann im Bedarfsfall von der Ermächtigung des § 37 Abs. 3 LHO Gebrauch machen.				

Zu Titel 412 01:

Veranschlagt sind Mittel für Sitzungsgelder, Lohnausfälle, Ersatz von Auslagen und sonstigen Aufwendungen an Mitglieder (Beisitzer/innen) von Gerichten, Beiräten und sonstigen Organen der Rechtspflege.

422 01 051	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten und Richter. . . .	—	—	—	—
------------	---	---	---	---	---

Planstellen

2017	2016	2015	
1	1	1	Bes.Gr. R 8 Präsident/Präsidentin des Oberlandesgerichts
1	1	1	Bes.Gr. R 5 Präsident/Präsidentin des Landgerichts
1	1	1	Generalstaatsanwalt/Generalstaatsanwältin
2	2	2	Stellen
1	1	1	Bes.Gr. R 4 Vizepräsident/Vizepräsidentin des Oberlandesgerichts
1	1	1	Präsident/Präsidentin des Amtsgerichts
1	1	1	Leitender Oberstaatsanwalt/Leitende Oberstaatsanwältin (als Leiter/Leiterin der Staatsanwaltschaft)
3	3	3	Stellen
4	4	4	Bes.Gr. R 3 Vorsitzende Richter/Vorsitzende Richterinnen am Oberlandesgericht
1	1	1	Vizepräsident/Vizepräsidentin des Landgerichts
1	1	1	Leitender Oberstaatsanwalt/Leitende Oberstaatsanwältin (als Abteilungsleiter/Abteilungsleiterin bei der Generalstaatsanwaltschaft)
6	6	6	Stellen

Kapitel 10 03
Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR
	Bes.Gr. R 2				
22	23	23			
1	1	1			
19	19	19			
	Vorsitzende Richter/Vorsitzende Richterinnen am Landgericht				
	Vizepräsident/Vizepräsidentin des Amtsgerichts				
	Richter/Richterinnen am Oberlandesgericht				
	Richter/Richterinnen am Amtsgericht (als die ständigen Vertreter/Vertreterinnen eines Direktors/einer Direktorin an einem Gericht mit 8 und mehr Richterstellen)				
10	10	10			
	Richter/Richterinnen am Amtsgericht (als weitere aufsichtsführende Richter/Richterinnen)				
2	2	2			
	Oberstaatsanwälte/Oberstaatsanwältinnen (als Dezernenten/Dezernentinnen bei der Generalstaatsanwaltschaft)				
1	1	1			
	Oberstaatsanwalt/Oberstaatsanwältin (als Abteilungsleiter/Abteilungsleiterin und ständiger Vertreter/ständige Vertreterin des Leitenden Oberstaatsanwaltes/der Leitenden Oberstaatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft)				
9	9	9			
	Oberstaatsanwälte/Oberstaatsanwältinnen (als Abteilungsleiter/Abteilungsleiterinnen bei einer Staatsanwaltschaft)				
4	4	4			
	Direktor/Direktorin des Amtsgerichts (an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen)				
5	5	5			
	Direktoren/Direktorinnen des Amtsgerichts (an einem Gericht mit 4 und mehr Richterplanstellen)				
73	74	74			
	Stellen				
	Bes.Gr. R 1				
2	2	1			
	Staatsanwälte/Staatsanwältinnen (als Gruppenleiter/Gruppenleiterinnen bei der Staatsanwaltschaft)				
	Staatsanwälte/Staatsanwältinnen				
	Richter/Richterinnen am Landgericht				
159	162	166			
	Richter/Richterinnen am Amtsgericht				
161	164	167			
	Stellen				
	Bes.Gr. A 15				
—	—	—			
	Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin				
	Bes.Gr. A 13				
1	1	1			
	Regierungsoberamtsrat/Regierungsoberamtsrätin				
—	—	1			
	Oberamtsanwälte/Oberamtsanwältinnen				
16	16	16			
	Justizoberamtsräte/Justizoberamtsrätinnen				
17	17	18			
	Stellen				
	Bes.Gr. A 12				
1	1	1			
	Regierungsamtsrat/Regierungsamtsrätin				
38	38	38			
	Justizamtsräte/Justizamtsrätinnen				
	Amtsanwälte/Amtsanwältinnen				
39	39	39			
	Stellen				
	Bes.Gr. A 11				
62	60	60			
	Justizamtmänner/Justizamtfrauen eine Stelle kw zum 31.12.2018				
	Bes.Gr. A 10				
52	52	52			
	Justizoberinspektoren/Justizoberinspektorinnen zwei Stellen kw zum 31.12.2018				
	Bes.Gr. A 9				
17	17	17			
	Justizinspektoren/Justizinspektorinnen eine Stelle kw zum 31.12.2018				
	Bes.Gr. A 9				
42	42	42			
	Obergerichtsvollzieher/Obergerichtsvollzieherinnen				
75	75	75			
	Justizamtsinspektoren/Justizamtsinspektorinnen				
117	117	117			
	Stellen				

**Kapitel 10 03
Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)			Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer				EUR	EUR	EUR	TEUR
82	82	82	Bes.Gr. A 8				
19	19	19	Justizhauptsekretäre/Justizhauptsekretärinnen Gerichtsvollzieher/Gerichtsvollzieherinnen				
101	101	101	Stellen				
81	81	81	Bes.Gr. A 7 Justizobersekretäre/Justizobersekretärinnen				
30	30	30	Bes.Gr. A 6 Justizsekretäre/Justizsekretärinnen				
20	20	20	Bes.Gr. A 6 Erste Justizhauptwachtmeister/Erste Justizhauptwachtmeisterinnen 1 / 1 Dienstwohnung(en)				
57	58	58	Bes.Gr. A 5 Erste Justizhauptwachtmeister/Erste Justizhauptwachtmeisterinnen				
—	—	—	Bes.Gr. A 4 Justizhauptwachtmeister/Justizhauptwachtmeisterinnen				
839	842	846	Planstellen				
1	1		davon Dienstwohnungsinhaber				
Gliederung nach Laufbahngruppen							
246	250	253	Höherer Dienst				
187	185	186	Gehobener Dienst				
329	329	329	Mittlerer Dienst				
77	78	78	Einfacher Dienst				
Leerstellen							
2017	2016	2015					
3	3	2	Bes.Gr. R 1 Staatsanwälte/Staatsanwältinnen				
1	1	5	Richter/Richterinnen am Landgericht				
22	22	19	Richter/Richterinnen am Amtsgericht				
26	26	26	Stellen				
1	1	1	Bes.Gr. A 12 Justizamtsrat/Justizamtsrätin				
1	1	1	Bes.Gr. A 11 Justizamtman/Justizamtfrau				
5	5	6	Bes.Gr. A 10 Justizoberinspektoren/Justizoberinspektorinnen				
2	2	3	Bes.Gr. A 9 Justizinspektoren/Justizinspektorinnen				
—	—	—	Bes.Gr. A 8 Justizhauptsekretär/Justizhauptsekretärin				
—	—	—	Bes.Gr. A 7 Justizobersekretäre/Justizobersekretärinnen				
—	—	—	Bes.Gr. A 5 Erster Justizhauptwachtmeister/Erste Justizhauptwachtmeisterin				

Kapitel 10 03
Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

—	—	—	Bes.Gr. A 4 Justizhauptwachtmeister/Justizhauptwachtmeisterin		
35	35	37	Leerstellen		

Zu Titel 422 01:**Veränderungen bei den Planstellen - 2016**

Bes. Gr.	Stellensoll 2015	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2016	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
R 8	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
R 5	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
R 4	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-
R 3	6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6	-
R 2	74	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	74	-
R 1	167	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	164	-3
A 15	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g.D.	18	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	17	-1
A 12	39	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	39	-
A 11	60	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	60	-
A 10	52	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	52	-
A 9	17	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17	-
A 9 m.D.	117	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	117	-
A 8	101	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	101	-
A 7	81	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	81	-
A 6	30	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	30	-
A 6 e.D.	20	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	20	-
A 5 e.D.	58	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	58	-
A 4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	846	-	-	-	-	-	3	-	-	-	1	842	-4

Kapitel 10 03
Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
		EUR	EUR	EUR	TEUR
Funkt.- Kennziffer					

Veränderungen bei den Planstellen - 2017

Bes. Gr.	Stellensoll 2016	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2017	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
R 8	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
R 5	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
R 4	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-
R 3	6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6	-
R 2	74	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	73	-1
R 1	164	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	161	-3
A 15	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g.D.	17	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17	-
A 12	39	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	39	-
A 11	60	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	62	+2
A 10	52	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	52	-
A 9	17	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17	-
A 9 m.D.	117	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	117	-
A 8	101	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	101	-
A 7	81	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	81	-
A 6	30	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	30	-
A 6 e.D.	20	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	20	-
A 5 e.D.	58	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	57	-1
A 4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	842	-	-	-	-	2	5	-	-	-	-	839	-3

Leerstellen - 2016

	Beurlaubung	Abordnung	Zuweisung	Elternzeit	Abge- ordnete	sonstige Leerstellen	Erläuterungen	2016	2015
Planmäßige Beamte									
R 1	3	9	-	13	-	1	--	26	26
A 12	-	-	-	1	-	-	-	1	1
A 11	1	-	-	-	-	-	-	1	1
A 10	2	-	-	3	-	-	-	5	6
A 9	1	-	-	1	-	-	-	2	3
A 8	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5 e.D.	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	7	9	-	18	-	1		35	37

Leerstellen - 2017

	Beurlaubung	Abordnung	Zuweisung	Elternzeit	Abge- ordnete	sonstige Leerstellen	Erläuterungen	2017	2016
Planmäßige Beamte									
R 1	1	11	-	13	-	1	--	26	26
A 12	-	-	-	1	-	-	-	1	1
A 11	1	-	-	-	-	-	-	1	1
A 10	2	-	-	3	-	-	-	5	5
A 9	1	-	-	1	-	-	-	2	2
A 8	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 7	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 5 e.D.	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 4	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	5	11	-	18	-	1		35	35

Kapitel 10 03
Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
		EUR	EUR	EUR	TEUR
Funkt.- Kennziffer					

422 03 051	Anwärterbezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen/Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst.	861 400	845 100	918 300	815
------------	--	---------	---------	---------	-----

Zu Titel 422 03:

Veranschlagt sind Anwärterbezüge.

Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst

Eingangsamt	Dienstbezeichnung	2017	2016	2015
Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst				
A 9	Rechtspflegeranwärter/ Rechtspflegeranwärterinnen	30	30	30
A 6	Justizsekretäranwärter/Justizsekretäranwärterinnen	32	32	32
Zusammen		62	62	62

Veränderungen bei den Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst - 2016

Bes. Gr.	Stellensoll 2015	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2016	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
A 9 g.D.	30	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	30	-
A 6 m.D.	32	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	32	-
Zusammen	62	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	62	-

Veränderungen bei den Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst - 2017

Bes. Gr.	Stellensoll 2016	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2017	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
A 9 g.D.	30	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	30	-
A 6 m.D.	32	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	32	-
Zusammen	62	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	62	-

422 62 051	Mehrarbeits- und Überstundenvergütungen für Beamtinnen/Beamte.	—	—	—	11
------------	--	---	---	---	----

427 21 051	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige.	20 500	20 500	20 500	18
------------	--	--------	--------	--------	----

Zu Titel 427 21:

Veranschlagt sind die Vergütungen der Sitzungsvertreter/-vertreterinnen der Staatsanwaltschaft.

428 01 051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	—	—	—	—
------------	--	---	---	---	---

Zu Titel 428 01:

Veranschlagt sind Entgelte, Sonderzuwendungen und Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung.

Kapitel 10 03
Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
		EUR	EUR	EUR	TEUR

Stellen für Arbeitnehmerinnen / Arbeitnehmer - 2016

Bezeichnung	Stellensoll 2015	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2016	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-				
1	2	3		4		5		6		7		8	9
E 9	42	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	42	-
E 8	18	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	18	-
E 6	210	-	-	-	-	-	9	-	-	-	-	201	-9
E 5	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
E 3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	5	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	3	-2
Zusammen	276	-	-	-	-	-	11	-	-	-	-	265	-11

Stellen für Arbeitnehmerinnen / Arbeitnehmer - 2017

Bezeichnung	Stellensoll 2016	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2017	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-				
1	2	3		4		5		6		7		8	9
E 9	42	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	42	-
E 8	18	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	18	-
E 6	201	-	-	-	-	-	9	-	-	-	-	192	-9
E 5	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
E 3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 2	3	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	2	-1
Zusammen	265	-	-	-	-	-	10	-	-	-	-	255	-10

1 Dienstwohnung - Hausmeister Landgericht

Stellen für Reinmachekräfte

Entgeltgruppe	Wochenstunden insgesamt	2017	2016	2015
E 2	118,5	2	3	5
Zusammen	118,5	2	3	5

428 03 051 Entgelte der Rechtsreferendare/Rechtsreferendarinnen. . 2 474 800 2 414 400 2 526 900 2 318

Kapitel 10 03 Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

Zu Titel 526 02:

Veranschlagt sind Vergütungen und Aufwendungsersatz nach BGB infolge des Gesetzes zur Reform des Rechts der Vormundschaft und Pflegschaft für Volljährige (Betreuungsgesetz) vom 12.09.1990 (BGBl. I S.2002), in Verbindung mit dem Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz (VBVG) vom 21.04.2005 (BGBl. I S. 1073, 1076), geändert durch Art. 53 des Gesetzes vom 17.12.2008 (BGBl. I. S. 2586).

Mehr im Hinblick auf die tatsächlich zu erwartenden Ausgaben.

532 01 051	Auslagen in Rechtssachen.	16 800 000	16 800 000	16 200 000	16 744
	1.Mehreinnahmen bei Titel 119 40 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.				
	2.Das Ministerium für Finanzen und Europa kann im Bedarfsfall von der Ermächtigung des § 37 Abs. 3 LHO Gebrauch machen.				

Zu Titel 532 01:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
1. Gebühren und Auslagen der Rechtsanwälte nach dem Gesetz über die Prozeßkostenhilfe.	8 250 000 EUR	8 250 000 EUR
2. Gebühren der Officialverteidiger in Strafsachen.	2 230 000 EUR	2 230 000 EUR
3. Bekanntmachungen.	460 000 EUR	450 000 EUR
4. Entschädigung von Rechtsanwälten nach dem Gesetz über Rechtsberatung und Vertretung für Bürger mit geringem Einkommen(beratungshilfegesetz) vom 18.06.1980 (BGBl.I S.689), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 23.05.2011 (BGBl.I S. 898).	1 600 000 EUR	1 600 000 EUR
5. Kosten der Sicherstellung und Verwahrung von Kraftfahrzeugen.	10 000 EUR	10 000 EUR
6. Sonstige Auslagen in Rechtssachen.	1 100 000 EUR	1 090 000 EUR
7. Gebühren und Auslagen nach der Insolvenzordnung.	2 450 000 EUR	2 440 000 EUR
8. Kosten der einstweiligen Unterbringung gem. § 126 a StPO u.ä..	700 000 EUR	730 000 EUR
9. Sonstiges.	— EUR	— EUR
Zusammen.	16 800 000 EUR	16 800 000 EUR

Mehr im Hinblick auf die tatsächlich zu erwartenden Ausgaben.

532 03 051	Entschädigungen, Lohnausfälle sowie Ersatz von Auslagen usw. an Zeugen und Sachverständige.	12 600 600	12 601 600	11 200 000	12 677
	1.Mehreinnahmen bei Titel 111 03 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.				
	2.Das Ministerium für Finanzen und Europa kann im Bedarfsfall von der Ermächtigung des § 37 Abs. 3 LHO Gebrauch machen.				

Zu Titel 532 03:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
- Entschädigung der Zeugen	1 000 000 EUR	1 000 000 EUR
- Entschädigung der Sachverständigen	10 970 600 EUR	10 971 600 EUR
- Entschädigung der Sachverständigen in Betreuungssachen	630 000 EUR	630 000 EUR
Zusammen.	12 600 600 EUR	12 601 600 EUR

Mehr im Hinblick auf die tatsächlich zu erwartenden Ausgaben.

532 04 051	Erstattung der notwendigen Auslagen und Entschädigungen in Strafsachen.	500 000	500 000	600 000	471
	1.Mehreinnahmen bei Titel 112 01 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.				
	2.Das Ministerium für Finanzen und Europa kann im Bedarfsfall von der Ermächtigung des § 37 Abs. 3 Satz 2 LHO Gebrauch machen.				

Zu Titel 532 04:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
- Auslagen in Strafsachen (§ 464 a StPO, § 91 ZPO)	420 000 EUR	420 000 EUR
- Aufwendungen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG) vom 08.03.1971 (BGBl. I S.157), zuletzt geändert durch Art. 22 des Gesetzes vom 08.12. 2010 (BGBl. I S. 1864).	80 000 EUR	80 000 EUR
Zusammen.	500 000 EUR	500 000 EUR

Weniger im Hinblick auf die tatsächlich zu erwartenden Ausgaben.

Kapitel 10 03
Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

532 05 051	Kosten im Rahmen des Therapieunterbringungsgesetzes (ThUG). Das Ministerium für Finanzen und Europa kann im Bedarfsfall von der Ermächtigung des § 37 Abs. 3 Satz 2 LHO Gebrauch machen.	—	—	—	—
------------	---	---	---	---	---

Zu Titel 532 05:

Unterbringungen im Rahmen des Therapieunterbringungsgesetzes sind aufgrund neuer Rechtsprechung nicht mehr zu erwarten.

Ausgaben für Investitionen

811 01 051	Erwerb von Fahrzeugen.	—	—	—	—
812 61 051	Erwerb von Hard- und Software.	200 000	200 000	200 000	221

Kapitel 10 03
Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

Titelgruppen

Titelgruppe 72

Verfahren der Amtsgerichte

422 72 051	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten und Richter.	22 348 700	21 616 100	21 460 200	21 222
427 72 051	Aufwendungen für Zeitangestellte.	752 000	752 000	252 000	187

Zu Titel 427 72:

Mehr wegen Zusätzlichen Personalbedarfs aufgrund der Zunahme von Vormundschaftsverfahren im Zusammenhang mit den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

428 72 051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	9 092 500	8 592 500	7 700 100	7 279
------------	--	-----------	-----------	-----------	-------

Zu Titel 428 72:

Veranschlagt sind Entgelte, Sonderzuwendungen und Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung. Im Übrigen s. Erläuterung zu Titel 422 03.

453 72 051	Trennungsgeld, Fahrtkosten, Umzug.	1 000	1 000	1 000	2
------------	--	-------	-------	-------	---

511 72 051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.	1 070 000	1 070 000	1 020 000	988
------------	--	-----------	-----------	-----------	-----

Zu Titel 511 72:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
1. Geschäftsbedarf Büro und Kanzlei (incl. Versandkosten).	210 000 EUR	210 000 EUR
2. Ergänzungslieferungen.	15 000 EUR	15 000 EUR
3. Bücher, Landkarten, Druckschriften.	30 000 EUR	30 000 EUR
4. Zeitschriften, Zeitungen, Gesetzes- und VO-Blätter.	16 000 EUR	16 000 EUR
5. Druck- und Buchbinderarbeiten.	10 000 EUR	10 000 EUR
6. Fernspreckgebühren (soweit nicht Kapitel 17 10 Titel 511 03).	17 000 EUR	17 000 EUR
7. Postgebühren, Wertvorgabe, Frankiermaschine, Postfachservice).	550 000 EUR	550 000 EUR
8. Errichtung/Unterhaltung von Fernmelde- und Alarmanlagen.	30 000 EUR	30 000 EUR
9. Beschaffung/Unterhaltung von Telekommunikationsgeräten.	5 000 EUR	5 000 EUR
10. Beschaffung von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen für Verwaltungszwecke (incl. Versandkosten).	30 000 EUR	30 000 EUR
11. Unterhaltung von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen für Verwaltungszwecke.	10 000 EUR	10 000 EUR
12. Wartung und Pflege von DV-Anlagen und Geräten.	5 000 EUR	5 000 EUR
13. Verbrauchsmaterial für DV-Anlagen und Geräte.	100 000 EUR	100 000 EUR
14. Kosten der Datenfernübertragung.	5 000 EUR	5 000 EUR
15. Sonstiges.	37 000 EUR	37 000 EUR
Zusammen.	1 070 000 EUR	1 070 000 EUR
Mehr wegen des voraussichtlichen Bedarfs.		

518 72 051	Miete/Pacht Maschinen, Geräte, Fahrzeuge.	50 000	50 000	50 000	45
------------	---	--------	--------	--------	----

Zu Titel 518 72:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
1. Miete für Kopiergeräte (incl. Wartung und Mehrkosten).	44 800 EUR	44 800 EUR
2. Leasingkosten für Dienst-Kfz.	— EUR	— EUR
3. Miete für Kuvvertieranlagen.	5 200 EUR	5 200 EUR
4. Sonstiges.	— EUR	— EUR
Zusammen.	50 000 EUR	50 000 EUR

526 72 051	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten.	—	—	—	—
------------	---	---	---	---	---

Kapitel 10 03
Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR
527 72 051	Reisekosten Entschädigung, priv. PKW.	21 000	21 000	21 000	7
532 72 051	Gefangenenbeförderung.	—	—	—	—
546 72 051	Ausgleich für Zahlstellenfehlbeträge.	100	100	100	—
812 72 051	Geräte und Ausstattungsgegenstände.	51 000	51 000	51 000	54
	Summe Titelgruppe 72.	33 386 300	32 153 700	30 555 400	29 784

Titelgruppe 73

Aufgaben des Sozialdienstes der Justiz

Zu Titelgruppe 73:

Die Mittel der Titelgruppe 73 sind ab dem HHJ 2015 ins Kapitel 10 11 "Kompetenzzentrum der Justiz für ambulante Resozialisierung und Opferhilfe" verlagert.

422 73 051	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten und Richter.	—	—	—	1 529
427 73 051	Aufwendungen für Zeitangestellte.	—	—	—	—
428 73 051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	—	—	—	12
453 73 051	Trennungsgeld, Fahrtkosten, Umzug.	—	—	—	—
511 73 051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.	—	—	—	12
518 73 051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge.	—	—	—	2
526 73 051	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten.	—	—	—	—
527 73 051	Reisekosten, Entschädigung priv. PKW.	—	—	—	20
532 73 051	Gefangenenbeförderung.	—	—	—	—
546 73 051	Ausgleich für Zahlstellenfehlbeträge.	—	—	—	—
812 73 051	Geräte und Ausstattungsgegenstände.	—	—	—	2
	Summe Titelgruppe 73.	—	—	—	1 577

Kapitel 10 03
Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR
Titelgruppe 74					
Verfahren des Landgerichts					
422 74 051	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten und Richter.	6 953 300	6 821 600	6 639 800	6 581
427 74 051	Aufwendungen für Zeitangestellte.	14 000	14 000	14 000	7
428 74 051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	1 532 200	1 397 300	1 666 900	1 342
453 74 051	Trennungsgeld, Fahrtkosten, Umzug.	—	—	—	—
511 74 051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Aus- stattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Ge- brauchsgegenstände.	900 000	900 000	850 000	842
Zu Titel 511 74:					
		2017		2016	
Veranschlagt sind:					
1. Geschäftsbedarf Büro und Kanzlei (incl. Versandkosten).		27 000 EUR		27 000 EUR	
2. Ergänzungslieferungen.		9 000 EUR		9 000 EUR	
3. Bücher, Landkarten, Druckschriften.		34 000 EUR		34 000 EUR	
4. Zeitschriften, Zeitungen, Gesetzes- und VO-Blätter.		18 000 EUR		18 000 EUR	
5. Druck- und Buchbindearbeiten.		3 500 EUR		3 500 EUR	
6. Fernsprechgebühren (soweit nicht Kapitel 17 10 Titel 511 03).		100 EUR		100 EUR	
7. Postgebühren (Wertvorgabe Frankiermaschine, Postfachservice).		740 000 EUR		740 000 EUR	
8. Errichtung/Unterhaltung von Fernmelde- und Alarmanlagen.		6 000 EUR		6 000 EUR	
9. Beschaffung/Unterhaltung von Telekommunikationsgeräten.		1 000 EUR		1 000 EUR	
10. Beschaffung von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen für Verwaltungszwecke (incl. Versandkosten).		17 000 EUR		17 000 EUR	
11. Unterhaltung von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen für Verwaltungszwecke.		6 500 EUR		6 500 EUR	
12. Wartung und Pflege von DV-Anlagen und -Geräten.		3 500 EUR		3 500 EUR	
13. Verbrauchsmaterial für DV-Anlagen und -Geräte.		18 000 EUR		18 000 EUR	
14. Kosten der Datenfernübertragung.		1 000 EUR		1 000 EUR	
15. Sonstiges.		15 400 EUR		15 400 EUR	
Zusammen.		900 000 EUR		900 000 EUR	
Mehr wegen des voraussichtlichen Bedarfs.					
514 74 051	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen.	1 800	1 800	1 800	1
Zu Titel 514 74:					
		2017		2016	
Veranschlagt sind:					
1. Treib- und Schmierstoffe.		1 800 EUR		1 800 EUR	
2. Unterhaltung und Instandsetzung.		— EUR		— EUR	
3. Steuern.		— EUR		— EUR	
Zusammen.		1 800 EUR		1 800 EUR	
518 74 051	Miete/Pacht Maschinen, Geräte, Fahrzeuge.	15 500	15 500	15 500	14
Zu Titel 518 74:					
		2017		2016	
Veranschlagt sind:					
1. Miete für Kopiergeräte (incl. Wartung und Mehrkopien).		13 000 EUR		13 000 EUR	
2. Leasingkosten für Dienst-Kfz.		2 500 EUR		2 500 EUR	
3. Miete für Kuvertieranlagen.		— EUR		— EUR	
4. Sonstiges.		— EUR		— EUR	
Zusammen.		15 500 EUR		15 500 EUR	

Kapitel 10 03
Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR
526 74 051	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten.	—	—	—	—
527 74 051	Reisekosten, Entschädigung priv. PKW.	2 200	2 200	2 800	2
532 74 051	Gefangenenbeförderung.	3 600	3 600	—	4
812 74 051	Geräte und Ausstattungsgegenstände.	14 000	14 000	17 000	11
	Summe Titelgruppe 74.	9 436 600	9 170 000	9 207 800	8 803

Kapitel 10 03 Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR
Titelgruppe 75					
Verfahren des Oberlandesgerichts					
422 75 051	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten und Richter.	2 232 700	2 190 400	1 865 800	2 113
Zu Titel 422 75:					
				2017	2016
Veranschlagt sind:					
Dienstbezüge, Zulagen und Sonderzuwendungen			2 231 800 EUR		2 189 500 EUR
Dienstaufwandsentschädigung für den Präsidenten des Saarländischen Oberlandesgerichtes			900 EUR		900 EUR
Zusammen.			2 232 700 EUR		2 190 400 EUR
427 75 051	Aufwendungen für Zeitangestellte.	—	—	—	—
428 75 051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	216 400	211 100	232 400	203
Zu Titel 428 75:					
Veranschlagt sind Entgelte, Sonderzuwendungen und Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung. Im Übrigen s. Erläuterung zu Titel 422 03.					
453 75 051	Trennungsgeld, Fahrtkosten, Umzug.	—	—	—	—
511 75 051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.	35 000	35 000	34 000	41
Zu Titel 511 75:					
				2017	2016
Veranschlagt sind:					
1. Geschäftsbedarf Büro und Kanzlei (incl. Versandkosten).			6 000 EUR		6 000 EUR
2. Ergänzungslieferungen.			5 000 EUR		5 000 EUR
3. Bücher, Landkarten, Druckschriften.			12 000 EUR		12 000 EUR
4. Zeitschriften, Zeitungen, Gesetzes- und VO-Blätter.			4 000 EUR		4 000 EUR
5. Druck- und Buchbindearbeiten.			500 EUR		500 EUR
6. Fernspreckgebühren (soweit nicht Kapitel 17 10 Titel 511 03).			— EUR		— EUR
7. Postgebühren (Wertvorgabe Frankiermaschine, Postfachservice).			— EUR		— EUR
8. Errichtung/Unterhaltung von Fernmelde- und Alarmanlagen.			— EUR		— EUR
9. Beschaffung/Unterhaltung von Telekommunikationsgeräten.			— EUR		— EUR
10. Beschaffung von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen für Verwaltungszwecke (incl. Versandkosten).			500 EUR		500 EUR
11. Unterhaltung von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen für Verwaltungszwecke.			500 EUR		500 EUR
12. Wartung und Pflege von DV-Anlagen und -Geräten.			— EUR		— EUR
13. Verbrauchsmaterial für DV-Anlagen und -Geräte.			4 500 EUR		4 500 EUR
14. Kosten der Datenfernübertragung.			— EUR		— EUR
15. Sonstiges.			2 000 EUR		2 000 EUR
Zusammen.			35 000 EUR		35 000 EUR
514 75 051	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen.	1 100	1 100	1 100	7
Zu Titel 514 75:					
				2017	2016
Veranschlagt sind:					
1. Treib- und Schmierstoffe.			1 100 EUR		1 100 EUR
2. Unterhaltung und Instandsetzung.			— EUR		— EUR
3. Steuern.			— EUR		— EUR
Zusammen.			1 100 EUR		1 100 EUR
518 75 051	Miete/Pacht Maschinen, Geräte, Fahrzeuge.	7 500	7 500	7 500	7

Kapitel 10 03
Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

Zu Titel 518 75:

		2017	2016
Veranschlagt sind:			
1.	Miete für Kopiergeräte (incl. Wartung und Mehrkosten)	5 000 EUR	5 000 EUR
2.	Leasingkosten für das Dienst-Kfz des Präs. des SOLG.	2 500 EUR	2 500 EUR
3.	Miete für Kuvertieranlagen.	— EUR	— EUR
4.	Sonstiges.	— EUR	— EUR
Zusammen.		7 500 EUR	7 500 EUR
526 75 051	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten.	—	1 000
527 75 051	Reisekosten, Entschädigung priv. PKW.	1 000	1 000
532 75 051	Gefangenenbeförderung.	—	—
812 75 051	Geräte und Ausstattungsgegenstände.	4 300	4 300
Summe Titelgruppe 75.		2 498 000	2 450 400
		2 147 100	2 395

Kapitel 10 03
Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR
Titelgruppe 76					
Verfahren der Staatsanwaltschaft					
422 76 051	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten und Richter. . . .	6 500 100	6 377 000	6 098 500	5 748
427 76 051	Aufwendungen für Zeitangestellte.	71 000	71 000	71 000	75
428 76 051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	1 718 100	1 676 200	1 716 600	1 610
Zu Titel 428 76:					
Veranschlagt sind Entgelte, Sonderzuwendungen und Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung.					
453 76 051	Trennungsgeld, Fahrtkosten, Umzug.	—	—	—	—
Zu Titel 453 76:					
Die Mittel werden ab dem HHJ 2016 in Titel 453 77 mitveranschlagt.					
511 76 051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Aus- stattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Ge- brauchsgegenstände.	—	—	100 000	100
Zu Titel 511 76:					
Die Mittel werden ab dem HHJ 2016 in Titel 511 77 mitveranschlagt					
518 76 051	Miete/Pacht Maschinen, Geräte, Fahrzeuge.	—	—	12 500	11
Zu Titel 518 76:					
Die Mittel werden ab dem HHJ 2016 in Titel 518 77 mitveranschlagt					
526 76 051	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten.	—	—	—	—
Zu Titel 526 76:					
Die Mittel werden ab dem HHJ 2016 in Titel 526 77 mitveranschlagt					
527 76 051	Reisekosten, Entschädigung priv. PKW.	—	—	10 000	9
Zu Titel 527 76:					
Die Mittel werden ab dem HHJ 2016 in Titel 527 77 mitveranschlagt					
532 76 051	Gefangenenbeförderung.	—	—	—	—
Zu Titel 532 76:					
Die Mittel werden ab dem HHJ 2016 in Titel 532 77 mitveranschlagt					
812 76 051	Geräte und Ausstattungsgegenstände.	—	—	21 200	15
Zu Titel 812 76:					
Die Mittel werden ab dem HHJ 2016 in Titel 812 77 mitveranschlagt					
Summe Titelgruppe 76.		8 289 200	8 124 200	8 029 800	7 568

Kapitel 10 03
Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

Titelgruppe 77

Verfahren der Generalstaatsanwaltschaft

422 77 051	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten und Richter.	407 400	399 700	324 000	386
				2017	2016

Veranschlagt sind:

Dienstbezüge, Zulagen und Sonderzuwendungen	406 500	EUR	398 800	EUR
Dienstaufwandsentschädigung für die Generalstaatsanwältin	900	EUR	900	EUR
Zusammen.	407 400	EUR	399 700	EUR

427 77 051	Aufwendungen für Zeitangestellte.	—	—	—	—
------------	---	---	---	---	---

428 77 051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	48 700	47 500	46 500	46
------------	--	--------	--------	--------	----

Zu Titel 428 77:

Veranschlagt sind Entgelte, Sonderzuwendungen und Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung.

453 77 051	Trennungsgeld, Fahrtkosten, Umzug.	—	—	—	—
------------	--	---	---	---	---

Zu Titel 453 77:

Ab dem HHJ 2016 werden die Mittel aus Titel 453 76 hier mitveranschlagt.

511 77 051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.	108 000	108 000	8 000	9
------------	--	---------	---------	-------	---

Zu Titel 511 77:

Veranschlagt sind:

			2017	2016
1. Geschäftsbedarf Büro und Kanzlei (incl. Versandkosten).	60 000	EUR	60 000	EUR
2. Ergänzungslieferungen.	10 000	EUR	10 000	EUR
3. Bücher, Landkarten, Druckschriften.	1 500	EUR	1 500	EUR
4. Zeitschriften, Zeitungen, Gesetzes- und VO-Blätter.	3 000	EUR	3 000	EUR
5. Druck- und Buchbindearbeiten.	1 000	EUR	1 000	EUR
6. Fernsprechgebühren (soweit nicht Kapitel 17 10 Titel 511 03).	100	EUR	100	EUR
7. Postgebühren (Wertvorgabe Frankiermaschine, Postfachservice).	100	EUR	100	EUR
8. Errichtung/Unterhaltung von Fernmelde- und Alarmanlagen.	4 000	EUR	4 000	EUR
9. Beschaffung/Unterhaltung von Telekommunikationsgeräten.	500	EUR	500	EUR
10. Beschaffung von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen für Verwaltungszwecke (incl. Versandkosten).	3 000	EUR	3 000	EUR
11. Unterhaltung von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen für Verwaltungszwecke.	1 000	EUR	1 000	EUR
12. Wartung und Pflege von DV-Anlagen und -Geräten.	500	EUR	500	EUR
13. Verbrauchsmaterial für DV-Anlagen und -Geräte.	21 000	EUR	21 000	EUR
14. Kosten der Datenfernübertragung.	300	EUR	300	EUR
15. Sonstiges.	2 000	EUR	2 000	EUR
Zusammen.	108 000	EUR	108 000	EUR

Ab dem HHJ 2016 werden die Mittel aus Titel 511 76 hier mitveranschlagt.

514 77 051	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen.	5 000	5 000	—	—
------------	---	-------	-------	---	---

Zu Titel 514 77:

Veranschlagt sind:

			2017	2016
1. Treib- und Schmierstoffe.	3 000	EUR	3 000	EUR
2. Unterhaltung und Instandsetzung.	1 500	EUR	1 500	EUR
3. Steuern.	500	EUR	500	EUR
Zusammen.	5 000	EUR	5 000	EUR

Ab dem HHJ 2016 werden die Mittel aus Titel 514 76 hier mitveranschlagt.

Kapitel 10 03
Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

Die Staatsanwaltschaft Saarbrücken unterhält einen PKW zum Aktentransport zum ausgelagerten Zentralarchiv.

518 77 051	Miete/Pacht Maschinen, Geräte, Fahrzeuge.	13 500	13 500	1 000	1
------------	---	--------	--------	-------	---

Zu Titel 518 77:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
1. Miete für Kopiergeräte (incl. Wartung und Mehrkopien).	13 500 EUR	13 500 EUR
2. Leasingkosten für Dienst-Kfz.	— EUR	— EUR
3. Miete für Kuvertieranlagen.	— EUR	— EUR
4. Sonstiges.	— EUR	— EUR
Zusammen.	13 500 EUR	13 500 EUR

Ab dem HHJ 2016 werden die Mittel aus Titel 518 76 hier mitveranschlagt.

526 77 051	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten.	—	—	—	—
------------	---	---	---	---	---

Zu Titel 526 77:

Ab dem HHJ 2016 werden die Mittel aus Titel 526 76 hier mitveranschlagt.

527 77 051	Reisekosten, Entschädigung priv. PKW.	11 500	11 500	1 500	2
------------	---	--------	--------	-------	---

Zu Titel 527 77:

Ab dem HHJ 2016 werden die Mittel aus Titel 527 76 hier mitveranschlagt.

532 77 051	Gefangenenbeförderung.	—	—	—	—
------------	--------------------------------	---	---	---	---

Zu Titel 532 77:

Ab dem HHJ 2016 werden die Mittel aus Titel 532 76 hier mitveranschlagt.

812 77 051	Geräte und Ausstattungsgegenstände.	25 400	25 400	4 200	24
------------	---	--------	--------	-------	----

Zu Titel 812 77:

Ab dem HHJ 2016 werden die Mittel aus Titel 812 76 hier mitveranschlagt.

Summe Titelgruppe 77.	619 500	610 600	385 200	467
Gesamtausgaben Kapitel 10 03.	100 776 700	98 980 300	94 180 800	97 132

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

10 04 Verwaltungsgerichte

Es gilt Folgendes:

1. Die Titel der Hauptgruppe 5 mit den Zählnummern 72, 74 bis 84 in den Kapiteln 10 03 bis 10 07 werden für gegenseitig deckungsfähig erklärt.
2. Die unter Nr. 1 aufgeführten Titel werden zugunsten der Titel der Gruppierung 812 für einseitig deckungsfähig erklärt. Die Titel der Gruppierung 812 werden für gegenseitig deckungsfähig erklärt.
3. Die unter Nr. 1 aufgeführten Titel werden zugunsten der Titel 511 61 und 812 61 in den Kapiteln 10 03 bis 10 07 für einseitig deckungsfähig erklärt.
4. Die Titel 412 01, 459 02, 526 02, 532 01, 532 03 und 532 04 werden übergreifend über die Kapitel 10 03, 10 04, 10 05, 10 06 und 10 07 für gegenseitig deckungsfähig erklärt.
5. Die Budgetierung wird dahingehend modifiziert, dass ab dem HHJ 2015 Reste aus dem Sachmittelbudget nur noch eingeschränkt übertragen werden. Vor diesem Hintergrund wurden die Ansätze 2015 an die Ist-Zahlen angepaßt.
6. Etwaige Doppelbesetzungen gemäß § 14 HG sind zuvor mit dem Ministerium für Finanzen und Europa abzustimmen.

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 04 051	Gerichtskosten.	470 000	470 000	400 000	479
	Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 532 03.				

Zu Titel 111 04:

Veranschlagt sind die Verfahrenskosten (Gebühren und Auslagen) der Verwaltungsgerichte. Der Betrag ist veranschlagt unter Berücksichtigung der erfahrungsgemäß zu erwartenden Erstattungen (Nettobetrag).

119 11 051	Ablieferungen aus Nebenbeschäftigungen.	—	—	—	—
119 40 051	Rückzahlung von Prozeßkostenhilfe.	4 000	4 000	4 000	4
	Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 532 01.				
119 69 051	Vermischte Einnahmen.	100	100	100	—

Kapitel 10 04
Verwaltungsgerichte

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR
Titelgruppen					
Titelgruppe 78					
Verfahren der Verwaltungsgerichte					
119 78 051	Vermischte Einnahmen im Rahmen des "Leistungsabbildenden Justizhaushaltes"	—	—	—	—
132 78 051	Veräußerung von beweglichen Sachen.	—	—	—	—
	Summe Titelgruppe 78.	—	—	—	—
Titelgruppe 79					
Verfahren des Oberverwaltungsgerichts					
119 79 051	Vermischte Einnahmen im Rahmen des "Leistungsabbildenden Justizhaushaltes"	—	—	100	—
132 79 051	Veräußerung von beweglichen Sachen.	—	—	—	—
	Summe Titelgruppe 79.	—	—	100	—
	Gesamteinnahmen Kapitel 10 04.	474 100	474 100	404 200	483

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

A u s g a b e n**Personalausgaben**

412 01 051	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige.	10 000	10 000	10 000	4
	1.Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben in Kapitel 10 03 bis 10 07 jeweils Titel 412 01.				
	2.Das Ministerium für Finanzen und Europa kann im Bedarfsfall von der Ermächtigung des § 37 Abs. 3 LHO Gebrauch machen.				

Zu Titel 412 01:

Veranschlagt sind Entschädigungen und Auslagenersatz für die ehrenamtlichen Richter und Beisitzer der Verwaltungsgerichte.

422 01 051	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten und Richter. . . .	—	—	—	—
------------	---	---	---	---	---

Planstellen

2017	2016	2015	
—	—	—	Bes.Gr. R 6 Präsident/Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts
1	1	1	Bes.Gr. R 5 Präsident/Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts
1	1	1	Bes.Gr. R 3 Vorsitzende Richter/Vorsitzende Richterinnen am Oberverwaltungsgericht
1	1	1	Vizepräsident/Vizepräsidentin des Oberverwaltungsgerichts
1	1	1	Präsident/Präsidentin des Verwaltungsgerichts
2	2	2	Stellen
2	3	3	Bes.Gr. R 2 Vorsitzende Richter/Vorsitzende Richterinnen am Verwaltungsgericht
1	1	1	Vizepräsident/Vizepräsidentin des Verwaltungsgerichts
5	5	6	Richter/Richterinnen am Oberverwaltungsgericht
8	9	10	Stellen
12	12	11	Bes.Gr. R 1 Richter/Richterinnen am Verwaltungsgericht
—	—	—	Bes.Gr. A 15 Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin
1	1	1	Bes.Gr. A 13 Justizoberamtsrat/Justizoberamtsrätin
1	1	1	Bes.Gr. A 11 Justizamtman/Justizamtfrau
—	—	—	Bes.Gr. A 10 Justizoberinspektor/Justizoberinspektorin
3	3	3	Bes.Gr. A 9 Justizamtsinspektoren/Justizamtsinspektorinnen
2	2	2	Bes.Gr. A 8 Justizhauptsekretäre/Justizhauptsekretärinnen
—	—	—	Bes.Gr. A 7 Justizobersekretäre/Justizobersekretärinnen

Kapitel 10 04
Verwaltungsgerichte

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)			Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer				EUR	EUR	EUR	TEUR
1	1	1	Bes.Gr. A 6 Erster Justizhauptwachmeister/Erste Justizhauptwachmeisterin				
—	—	—	Bes.Gr. A 5 Erster Justizhauptwachmeister/Erste Justizhauptwachmeisterin				
31	32	32	Planstellen				
—	—	—	davon Dienstwohnungsinhaber				
Gliederung nach Laufbahngruppen							
23	24	24	Höherer Dienst				
2	2	2	Gehobener Dienst				
5	5	5	Mittlerer Dienst				
1	1	1	Einfacher Dienst				
Leerstellen							
	2017	2016	2015				
1	1	1	Bes.Gr. R 1 Richter/Richterinnen am Verwaltungsgericht				
—	—	—	Bes.Gr. A 8 Justizhauptsekretär/Justizhauptsekretärin				
1	1	1	Leerstellen				

Zu Titel 422 01:
Veränderungen bei den Planstellen - 2016

Bes. Gr.	Stellensoll 2015	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2016	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
R 6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
R 5	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
R 3	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—
R 2	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	9	-1
R 1	11	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	12	+1
A 15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A 13 g.D.	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
A 11	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
A 10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A 9 m.D.	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—
A 8	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—
A 7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A 6 e.D.	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
A 5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	32	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	32	—

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
		EUR	EUR	EUR	TEUR
Funkt.- Kennziffer					

Veränderungen bei den Planstellen - 2017

Bes. Gr.	Stellensoll 2016	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2017	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
R 6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
R 5	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
R 3	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
R 2	9	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	8	-1
R 1	12	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12	-
A 15	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 13 g.D.	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
A 11	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
A 10	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 9 m.D.	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-
A 8	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
A 7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A 6 e.D.	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
A 5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	32	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	31	-1

Leerstellen - 2016

	Beurlaubung	Abordnung	Zuweisung	Elternzeit	Abge- ordnete	sonstige Leerstellen	Erläuterungen	2016	2015
Planmäßige Beamte									
R 1	-	-	-	-	-	1		1	1
A 8	-	-	-	-	-	-		-	-
Zusammen	-	-	-	-	-	1		1	1

Leerstellen - 2017

	Beurlaubung	Abordnung	Zuweisung	Elternzeit	Abge- ordnete	sonstige Leerstellen	Erläuterungen	2017	2016
Planmäßige Beamte									
R 1	-	-	-	-	-	1		1	1
A 8	-	-	-	-	-	-		-	-
Zusammen	-	-	-	-	-	1		1	1

422 62 051 Mehrarbeits- und Überstundenvergütungen für Beamtinnen/Beamte. — — — —

428 01 051 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. — — — —

Zu Titel 428 01:

Veranschlagt sind Entgelte, Sonderzuwendungen und Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung.

Kapitel 10 04
Verwaltungsgerichte

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

Stellen für Arbeitnehmerinnen / Arbeitnehmer - 2016

Bezeichnung	Stellensoll 2015	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2016	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
E 6	15	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	14	-1
Zusammen	15	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	14	-1

Stellen für Arbeitnehmerinnen / Arbeitnehmer - 2017

Bezeichnung	Stellensoll 2016	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2017	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
E 6	14	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14	-
Zusammen	14	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14	-

429 01 051 Personalkostenanteil für Tarifsteigerung. — — — —

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 61 051 Verbrauchsmaterial für DV-Anlagen und Geräte, Kosten
der Datenfernübertragung, Hardwarebeschaffung (ein-
schl. Instandhaltung), Standardsoftware (einschl. Pflege) . 12 200 12 200 12 200 17

514 03 051 Dienst-, Arbeits- und Schutzbekleidung. — — — —

532 01 051 Auslagen in Rechtssachen. 70 000 70 000 40 000 72
1.Mehreinnahmen bei Titel 119 40 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.
2.Das Ministerium für Finanzen und Europa kann im Bedarfsfall von der Ermächtigung des § 37 Abs. 3 LHO Gebrauch machen.

Zu Titel 532 01:

Mehr im Hinblick auf den tatsächlich zu erwartenden Bedarf.

532 03 051 Entschädigungen, Lohnausfälle sowie Ersatz von Auslagen usw. an Zeugen und Sachverständige. 50 000 50 000 20 000 49
1.Mehreinnahmen bei Titel 111 04 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.
2.Das Ministerium für Finanzen und Europa kann im Bedarfsfall von der Ermächtigung des § 37 Abs. 3 LHO Gebrauch machen.

Zu Titel 532 03:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
- Entschädigung der Zeugen	1 000 EUR	1 000 EUR
- Entschädigung der Sachverständigen	49 000 EUR	49 000 EUR
Zusammen.	50 000 EUR	50 000 EUR

Mehr im Hinblick auf den tatsächlich zu erwartenden Bedarf.

537 01 051 Anteil an den Kosten der Datenbank Asylfaktendokumentation. 5 600 5 600 5 600 6

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)	EUR	EUR	EUR	TEUR

Ausgaben für Investitionen

812 61 051	Erwerb von Hard- und Software.	15 000	15 000	15 000	2
------------	-------------------------------------	--------	--------	--------	---

Kapitel 10 04
Verwaltungsgerichte

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR
Titelgruppen					
Titelgruppe 71					
Gemeinsames Flurbereinigungsgericht Rheinland-Pfalz und Saarland					
427 71 051	Aufwendungen für nebenamtlich tätige Richter/innen.	1 200	1 200	1 200	1
547 71 051	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben.	100	100	100	—
632 71 051	Erstattung von Personal- und Sachkosten an das Land Rheinland-Pfalz.	3 900	3 900	3 900	—
	Summe Titelgruppe 71.	5 200	5 200	5 200	1
Titelgruppe 78					
Verfahren des Verwaltungsgerichts					
422 78 051	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten und Richter.	1 468 200	1 440 400	1 955 500	1 390
427 78 051	Aufwendungen für Zeitangestellte.	—	—	—	—
428 78 051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	288 500	281 500	321 600	270
Zu Titel 428 78:					
Veranschlagt sind Entgelte, Sonderzuwendungen und Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung.					
511 78 051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Aus- stattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Ge- brauchsgegenstände.	—	—	—	57
Zu Titel 511 78:					
Die Mittel werden ab dem HHJ 2015 in Titel 511 79 mitveranschlagt.					
518 78 051	Miete/Pacht Maschinen, Geräte, Fahrzeuge.	—	—	—	5
Zu Titel 518 78:					
Die Mittel werden ab dem HHJ 2015 in Titel 518 79 mitveranschlagt.					
527 78 051	Reisekosten, Entschädigung private PKW.	—	—	—	—
Zu Titel 527 78:					
Die Mittel werden ab dem HHJ 2015 in Titel 527 79 mitveranschlagt.					
812 78 051	Geräte und Ausstattungsgegenstände.	—	—	—	9
Zu Titel 812 78:					
Die Mittel werden ab dem HHJ 2015 in Titel 812 79 mitveranschlagt.					
	Summe Titelgruppe 78.	1 756 700	1 721 900	2 277 100	1 732

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR
Titelgruppe 79 Verfahren des Oberverwaltungsgerichts					
422 79 051	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten und Richter.	782 100	768 500	566 000	679
Zu Titel 422 79:					
				2017	2016
Veranschlagt sind:					
Dienstbezüge, Zulagen und Sonderzuwendungen		781 200	EUR	767 600	EUR
Dienstaufwandsentschädigung für den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts		900	EUR	900	EUR
Zusammen.		782 100	EUR	768 500	EUR
427 79 051	Aufwendungen für Zeitangestellte.	—	—	—	—
428 79 051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	193 700	189 000	194 300	181
Zu Titel 428 79:					
Veranschlagt sind Entgelte, Sonderzuwendungen und Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung.					
511 79 051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.	80 000	80 000	80 000	20
Zu Titel 511 79:					
				2017	2016
Veranschlagt sind:					
1. Geschäftsbedarf Büro und Kanzlei (incl. Versandkosten).		10 800	EUR	10 800	EUR
2. Ergänzungslieferungen.		18 800	EUR	18 800	EUR
3. Bücher, Landkarten, Druckschriften.		12 700	EUR	12 700	EUR
4. Zeitschriften, Zeitungen, Gesetzes- und VO-Blätter.		6 700	EUR	6 700	EUR
5. Druck- und Buchbindearbeiten.		1 800	EUR	1 800	EUR
6. Fernsprechgebühren.		1 400	EUR	1 400	EUR
7. Postgebühren (Wertvorgabe Frankiermaschine, Postfachservice).		15 000	EUR	15 000	EUR
8. Errichtung/Unterhaltung von Fernmelde- und Alarmanlagen.		1 000	EUR	1 000	EUR
9. Beschaffung/Unterhaltung von Telekommunikationsgeräten.		1 000	EUR	1 000	EUR
10. Beschaffung von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen für Verwaltungszwecke (incl. Versandkosten).		3 200	EUR	3 200	EUR
11. Unterhaltung von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen für Verwaltungszwecke.		1 200	EUR	1 200	EUR
12. Wartung und Pflege von DV-Anlagen und -Geräten.		—	EUR	—	EUR
13. Verbrauchsmaterial für DV-Anlagen und -Geräte.		5 500	EUR	5 500	EUR
14. Kosten der Datenfernübertragung.		—	EUR	—	EUR
15. Sonstiges.		900	EUR	900	EUR
Zusammen.		80 000	EUR	80 000	EUR
Ab dem HHJ 2015 werden die Mittel aus Titel 511 78 hier mitveranschlagt.					
518 79 051	Miete/Pacht Maschinen, Geräte, Fahrzeuge.	7 600	7 600	7 600	2
Zu Titel 518 79:					
Ab dem HHJ 2015 werden die Mittel aus Titel 518 78 hier mitveranschlagt.					
527 79 051	Reisekosten, Entschädigung private PKW.	1 300	1 300	1 300	1
Zu Titel 527 79:					
Ab dem HHJ 2015 werden die Mittel aus Titel 527 78 hier mitveranschlagt.					
812 79 051	Geräte und Ausstattungsgegenstände.	8 400	8 400	8 400	—

Kapitel 10 04
Verwaltungsgerichte

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

Zu Titel 812 79:

Ab dem HHJ 2015 werden die Mittel aus Titel 812 78 hier mitveranschlagt.

Summe Titelgruppe 79.	1 073 100	1 054 800	857 600	883
Gesamtausgaben Kapitel 10 04.	2 997 800	2 944 700	3 242 700	2 766

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

10 05 Finanzgericht

Es gilt Folgendes:

1. Die Titel der Hauptgruppe 5 mit den Zählnummern 72, 74 bis 84 in den Kapiteln 10 03 bis 10 07 werden für gegenseitig deckungsfähig erklärt.
2. Die unter Nr. 1 aufgeführten Titel werden zugunsten der Titel der Gruppierung 812 für einseitig deckungsfähig erklärt. Die Titel der Gruppierung 812 werden für gegenseitig deckungsfähig erklärt.
3. Die unter Nr. 1 aufgeführten Titel werden zugunsten der Titel 511 61 und 812 61 in den Kapiteln 10 03 bis 10 07 für einseitig deckungsfähig erklärt.
4. Die Titel 412 01, 459 02, 526 02, 532 01, 532 03 und 532 04 werden übergreifend über die Kapitel 10 03, 10 04, 10 05, 10 06 und 10 07 für gegenseitig deckungsfähig erklärt.
5. Die Budgetierung wird dahingehend modifiziert, dass ab dem HHJ 2015 Reste aus dem Sachmittelbudget nur noch eingeschränkt übertragen werden. Vor diesem Hintergrund wurden die Ansätze 2015 an die Ist-Zahlen angepaßt.
6. Etwaige Doppelbesetzungen gemäß § 14 HG sind zuvor mit dem Ministerium für Finanzen und Europa abzustimmen.

E i n n a h m e n

Verwaltungseinnahmen

111 01 051	Gebühren, sonstige Entgelte.	—	—	—	—
111 05 051	Gerichtskosten. Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 532 03.	210 000	210 000	200 000	216

Zu Titel 111 05:

Veranschlagt sind die Verfahrenskosten (Gebühren und Auslagen) des Finanzgerichts des Saarlandes.
Der Betrag ist veranschlagt unter Berücksichtigung der erfahrungsgemäß zu erwartenden Erstattungen (Nettobetrag).

119 11 051	Ablieferungen aus Nebenbeschäftigungen.	—	—	—	—
119 40 051	Rückzahlung von Prozeßkostenhilfe. Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 532 01.	—	—	—	—
119 69 051	Vermischte Einnahmen.	100	100	100	—

Kapitel 10 05
Finanzgericht

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

Titelgruppen

Titelgruppe 80

Verfahren des Finanzgerichts

119 80 051	Vermischte Einnahmen im Rahmen des "Leistungsabbildenden Justizhaushaltes"	—	—	—	2
132 80 051	Veräußerung von beweglichen Sachen.	—	—	—	—
	Summe Titelgruppe 80.	—	—	—	2
	Gesamteinnahmen Kapitel 10 05.	210 100	210 100	200 100	218

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

A u s g a b e n**Personalausgaben**

412 01 051	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige.	3 000	3 000	3 000	1
	1.Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben in Kapitel 10 03 bis 10 07 jeweils Titel 412 01.				
	2.Das Ministerium für Finanzen und Europa kann im Bedarfsfall von der Ermächtigung des § 37 Abs. 3 LHO Gebrauch machen.				

Zu Titel 412 01:

Veranschlagt sind Sitzungsgelder, Lohnausfälle, Ersatz von Auslagen und sonstigen Aufwendungen an Mitglieder (Beisitzer) des Finanzgerichts.

422 01 051	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten und Richter. . . .	—	—	—	—
------------	---	---	---	---	---

Planstellen

2017	2016	2015	
1	1	1	Bes.Gr. R 5 Präsident/Präsidentin des Finanzgerichts
1	1	1	Bes.Gr. R 3 Vizepräsident/Vizepräsidentin des Finanzgerichts
3	3	3	Bes.Gr. R 2 Richter/Richterinnen am Finanzgericht
1	1	1	Bes.Gr. A 12 Regierungsamtsrat/Regierungsamtsrätin
6	6	6	Planstellen
—	—	—	davon Dienstwohnungsinhaber
5	5	5	Gliederung nach Laufbahngruppen Höherer Dienst
1	1	1	Gehobener Dienst
—	—	—	Mittlerer Dienst
—	—	—	Einfacher Dienst

Leerstellen

2017	2016	2015	
1	1	1	Bes.Gr. R 2 Richter/Richterin am Finanzgericht
1	1	1	Leerstellen

Kapitel 10 05
Finanzgericht

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
		EUR	EUR	EUR	TEUR

Zu Titel 422 01:
Veränderungen bei den Planstellen - 2016

Bes. Gr.	Stellensoll 2015	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2016	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
R 5	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
R 3	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
R 2	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-
A 12	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
Zusammen	6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6	-

Veränderungen bei den Planstellen - 2017

Bes. Gr.	Stellensoll 2016	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2017	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
R 5	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
R 3	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
R 2	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-
A 12	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
Zusammen	6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6	-

Veranschlagt sind Dienstbezüge, Zulagen und Sonderzuwendungen.

Leerstellen - 2016

	Beurlaubung	Abordnung	Zuweisung	Elternzeit	Abge- ordnete	sonstige Leerstellen	Erläuterungen	2016	2015
Planmäßige Beamte									
R 2	-	-	-	-	-	1		1	1
Zusammen	-	-	-	-	-	1		1	1

Leerstellen - 2017

	Beurlaubung	Abordnung	Zuweisung	Elternzeit	Abge- ordnete	sonstige Leerstellen	Erläuterungen	2017	2016
Planmäßige Beamte									
R 2	-	-	-	-	-	1		1	1
Zusammen	-	-	-	-	-	1		1	1

422 62 051 Mehrarbeits- und Überstundenvergütungen für Beamtinnen/Beamte. — — — —

428 01 051 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. — — — —

Zu Titel 428 01:

Veranschlagt sind Entgelte, Sonderzuwendungen und Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung.

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
		EUR	EUR	EUR	TEUR

Stellen für Arbeitnehmerinnen / Arbeitnehmer - 2016

Bezeichnung	Stellensoll 2015	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2016	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
E 6	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
Zusammen	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-

Stellen für Arbeitnehmerinnen / Arbeitnehmer - 2017

Bezeichnung	Stellensoll 2016	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2017	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
E 6	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
Zusammen	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-

429 01 051 Personalkostenanteil für Tarifsteigerung. — — — —

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 61 051 Verbrauchsmaterial für DV-Anlagen und Geräte, Kosten der Datenfernübertragung, Hardwarebeschaffung (einschl. Instandhaltung), Standardsoftware (einschl. Pflege) 800 800 800 1

532 01 051 Auslagen in Rechtssachen. 3 000 3 000 3 000 1
 1.Mehreinnahmen bei Titel 119 40 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.
 2.Das Ministerium für Finanzen und Europa kann im Bedarfsfall von der Ermächtigung des § 37 Abs. 3 LHO Gebrauch machen.

Zu Titel 532 01:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
- Gebühren und Auslagen der Rechtsanwälte nach dem Gesetz über die Prozeßkostenhilfe	2 800 EUR	2 800 EUR
- Sonstiges	200 EUR	200 EUR
Zusammen.	3 000 EUR	3 000 EUR

532 03 051 Entschädigungen, Lohnausfälle sowie Ersatz von Auslagen usw. an Zeugen und Sachverständige. 8 000 8 000 8 000 10
 1.Mehreinnahmen bei Titel 111 05 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.
 2.Das Ministerium für Finanzen und Europa kann im Bedarfsfall von der Ermächtigung des § 37 Abs. 3 LHO Gebrauch machen.

Zu Titel 532 03:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
- Entschädigung der Zeugen	4 000 EUR	4 000 EUR
- Entschädigung der Sachverständigen	4 000 EUR	4 000 EUR
Zusammen.	8 000 EUR	8 000 EUR

Ausgaben für Investitionen

Kapitel 10 05
Finanzgericht

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)	EUR	EUR	EUR	TEUR
812 61 051	Erwerb von Hard- und Software.	3 000	3 000	3 000	1

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

Titelgruppen

Titelgruppe 80

Verfahren des Finanzgerichts

422 80 051	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten und Richter. . . .	402 700	395 100	476 300	381
------------	---	---------	---------	---------	-----

Zu Titel 422 80:

Veranschlagt sind Dienstbezüge, Zulagen und Sonderzuwendungen.

427 80 051	Aufwendungen für Zeitangestellte.	—	—	—	—
------------	---	---	---	---	---

428 80 051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	81 100	79 100	76 800	76
------------	--	--------	--------	--------	----

Zu Titel 428 80:

Veranschlagt sind Entgelte, Sonderzuwendungen und Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung.

511 80 051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.	16 000	16 000	16 000	17
------------	--	--------	--------	--------	----

Zu Titel 511 80:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
1. Geschäftsbedarf Büro und Kanzlei (incl. Versandkosten).	1 800 EUR	1 800 EUR
2. Ergänzungslieferungen.	7 000 EUR	7 000 EUR
3. Bücher, Landkarten, Druckschriften.	800 EUR	800 EUR
4. Zeitschriften, Zeitungen, Gesetzes- und VO-Blätter.	2 000 EUR	2 000 EUR
5. Druck- und Buchbindearbeiten.	500 EUR	500 EUR
6. Fernsprechgebühren (soweit nicht Kapitel 17 10 Titel 511 05).	— EUR	— EUR
7. Postgebühren (Wertvorgabe Frankiermaschine, Postfachservice).	300 EUR	300 EUR
8. Errichtung/Unterhaltung von Fernmelde- und Alarmanlagen.	— EUR	— EUR
9. Beschaffung/Unterhaltung von Telekommunikationsgeräten.	500 EUR	500 EUR
10. Beschaffung von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen für Verwaltungszwecke (incl. Versandkosten).	500 EUR	500 EUR
11. Unterhaltung von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen für Verwaltungszwecke.	— EUR	— EUR
12. Wartung und Pflege von DV-Anlagen und -Geräten.	— EUR	— EUR
13. Verbrauchsmaterial von DV-Anlagen und -Geräte.	2 600 EUR	2 600 EUR
14. Kosten der Datenfernübertragung.	— EUR	— EUR
15. Sonstiges.	— EUR	— EUR
Zusammen.	16 000 EUR	16 000 EUR

518 80 051	Miete/Pacht Maschinen, Geräte, Fahrzeuge.	1 000	1 000	1 000	1
------------	---	-------	-------	-------	---

Zu Titel 518 80:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
1. Miete für Kopiergeräte (incl. Wartung und Mehrkopien).	1 000 EUR	1 000 EUR
2. Leasingkosten für Dienst-Kfz.	— EUR	— EUR
3. Miete für Kuvertieranlagen.	— EUR	— EUR
4. Sonstiges.	— EUR	— EUR
Zusammen.	1 000 EUR	1 000 EUR

527 80 051	Reisekosten Entschädigung priv. PKW.	500	500	500	—
------------	--	-----	-----	-----	---

812 80 051	Geräte und Ausstattungsgegenstände.	4 200	4 200	4 200	—
------------	---	-------	-------	-------	---

Summe Titelgruppe 80.		505 500	495 900	574 800	475
-------------------------------	--	---------	---------	---------	-----

Kapitel 10 05
Finanzgericht

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)	EUR	EUR	EUR	TEUR
	Gesamtausgaben Kapitel 10 05.	523 300	513 700	592 600	488

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

10 06 Sozialgerichte

Es gilt Folgendes:

1. Die Titel der Hauptgruppe 5 mit den Zählnummern 72, 74 bis 84 in den Kapiteln 10 03 bis 10 07 werden für gegenseitig deckungsfähig erklärt.
2. Die unter Nr. 1 aufgeführten Titel werden zugunsten der Titel der Gruppierung 812 für einseitig deckungsfähig erklärt. Die Titel der Gruppierung 812 werden für gegenseitig deckungsfähig erklärt.
3. Die unter Nr. 1 aufgeführten Titel werden zugunsten der Titel 511 61 und 812 61 in den Kapiteln 10 03 bis 10 07 für einseitig deckungsfähig erklärt.
4. Die Titel 412 01, 459 02, 526 02, 532 01, 532 03 und 532 04 werden übergreifend über die Kapitel 10 03, 10 04, 10 05, 10 06 und 10 07 für gegenseitig deckungsfähig erklärt.
5. Die Budgetierung wird dahingehend modifiziert, dass ab dem HHJ 2015 Reste aus dem Sachmittelbudget nur noch eingeschränkt übertragen werden. Vor diesem Hintergrund wurden die Ansätze 2015 an die Ist-Zahlen angepaßt.
6. Etwaige Doppelbesetzungen gemäß § 14 HG sind zuvor mit dem Ministerium für Finanzen und Europa abzustimmen.

E i n n a h m e n

Verwaltungseinnahmen

111 06 051	Gerichtskosten.	800 000	800 000	800 000	762
	Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 532 03.				

Zu Titel 111 06:

Veranschlagt sind die Verfahrenskosten der Sozialgerichte für das Saarland.

Der Betrag ist veranschlagt unter Berücksichtigung der erfahrungsgemäß zu erwartenden Erstattungen (Nettobetrag).

119 11 051	Ablieferungen aus Nebenbeschäftigungen.	—	—	—	—
119 40 051	Rückzahlung von Prozeßkostenhilfe.	4 500	4 500	4 500	3
	Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 532 01.				
119 69 051	Vermischte Einnahmen.	100	100	100	—

Kapitel 10 06
Sozialgerichte

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

Titelgruppen

Titelgruppe 81

Verfahren des Sozialgerichts

119 81 051	Vermischte Einnahmen im Rahmen des "Leistungsabbildenden Justizhaushaltes"	—	—	—	—
132 81 051	Veräußerung von beweglichen Sachen.	—	—	—	—
	Summe Titelgruppe 81.	—	—	—	—

Titelgruppe 82

Verfahren des Landessozialgerichts

119 82 051	Vermischte Einnahmen im Rahmen des "Leistungsabbildenden Justizhaushaltes"	—	—	—	2
132 82 051	Veräußerung von beweglichen Sachen.	—	—	—	—
	Summe Titelgruppe 82.	—	—	—	2
	Gesamteinnahmen Kapitel 10 06.	804 600	804 600	804 600	767

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

A u s g a b e n**Personalausgaben**

412 01 051	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige.	37 000	37 000	37 000	30
	1.Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben in Kapitel 10 03 bis 10 07 jeweils Titel 412 01.				
	2.Das Ministerium für Finanzen und Europa kann im Bedarfsfall von der Ermächtigung des § 37 Abs. 3 LHO Gebrauch machen.				

Zu Titel 412 01:

Veranschlagt sind Mittel für Sitzungsgelder, Lohnausfälle, Ersatz von Auslagen und sonstigen Aufwendungen an Mitglieder (Beisitzer) der Sozialgerichte.

422 01 051	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten und Richter. . . .	—	—	—	—
------------	---	---	---	---	---

Planstellen

2017	2016	2015	
—	—	—	Bes.Gr. R 6 Präsident/Präsidentin des Landessozialgerichts
1	1	1	Bes.Gr. R 5 Präsident/Präsidentin des Landessozialgerichts
1	1	1	Bes.Gr. R 3 Vorsitzende Richter/Vorsitzende Richterinnen am Landessozialgericht
1	1	1	Vizepräsident/Vizepräsidentin des Landessozialgerichts
1	1	1	Präsident/Präsidentin des Sozialgerichts
3	3	3	Stellen
1	1	1	Bes.Gr. R 2 Vizepräsident/Vizepräsidentin des Sozialgerichts
1	1	1	Richter/Richterin am Sozialgericht
6	6	6	Richter/Richterinnen am Landessozialgericht
8	8	8	Stellen
13	13	13	Bes.Gr. R 1 Richter/Richterinnen am Sozialgericht
2	2	2	Bes.Gr. A 12 Justizamtsräte/Justizamtsrätinnen
—	—	1	Bes.Gr. A 11 Justizamtman/Justizamtfrau
1	1	1	Bes.Gr. A 9 Justizamtsinspektor/Justizamtsinspektorin
3	3	3	Bes.Gr. A 8 Justizhauptsekretär/Justizhauptsekretärin
5	5	5	Bes.Gr. A 7 Justizobersekretäre/Justizobersekretärinnen
1	1	1	Bes.Gr. A 6 Justizsekretär/Justizsekretärin

Kapitel 10 06
Sozialgerichte

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)			Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer				EUR	EUR	EUR	TEUR
1	1	1	Bes.Gr. A 6 Erster Justizhauptwachmeister/Erste Justizhauptwachmeisterin				
38	38	39	Planstellen				
—	—		davon Dienstwohnungsinhaber				
Gliederung nach Laufbahngruppen							
25	25	25	Höherer Dienst				
2	2	3	Gehobener Dienst				
10	10	10	Mittlerer Dienst				
1	1	1	Einfacher Dienst				
Leerstellen							
2017	2016	2015					
1	1	1	Bes.Gr. A 7 Justizobersekretär/Justizobersekretärin				
1	1	1	Leerstellen				

Zu Titel 422 01:
Veränderungen bei den Planstellen - 2016

Bes. Gr.	Stellensoll 2015	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2016	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
R 6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
R 5	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
R 3	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—
R 2	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	—
R 1	13	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13	—
A 12	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—
A 11	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	-1
A 9 m.D.	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
A 8	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—
A 7	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	—
A 6	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
A 6 e.D.	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
Zusammen	39	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	38	-1

Kapitel 10 06
Sozialgerichte

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
		EUR	EUR	EUR	TEUR

Stellen für Arbeitnehmerinnen / Arbeitnehmer - 2017

Bezeichnung	Stellensoll 2016	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2017	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-				
1	2	3		4		5		6		7		8	9
E 8	7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7	-
E 6	19	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	19	-
E 5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	26	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	26	-

429 01 051 Personalkostenanteil für Tarifsteigerung. — — — —

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 61 051 Verbrauchsmaterial für DV-Anlagen und Geräte, Kosten
der Datenfernübertragung, Hardwarebeschaffung (einschl.
Instandhaltung), Standardsoftware (einschl. Pflege) . 10 000 10 000 10 000 —

514 03 051 Dienst-, Arbeits- und Schutzkleidung. — — — —

532 01 051 Auslagen in Rechtssachen. 200 000 200 000 200 000 186
 1.Mehreinnahmen bei Titel 119 40 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.
 2.Das Ministerium für Finanzen und Europa kann im Bedarfsfall von der Ermächtigung des § 37 Abs. 3 LHO Gebrauch machen.

Zu Titel 532 01:

Veranschlagt sind Mittel für die Entschädigung der gemäß §§ 72, 73a Sozialgerichtsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.1975 (BGBl. I S.2535), zuletzt geändert durch Art. 8 des Gesetzes vom 15.04.2015 (BGBl. I S. 583), bestellten Vertreter.

532 03 051 Entschädigungen, Lohnausfälle sowie Ersatz von Auslagen usw. an Zeugen und Sachverständige. 2 400 000 2 400 000 2 400 000 2 349
 1.Mehreinnahmen bei Titel 111 06 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.
 2.Das Ministerium für Finanzen und Europa kann im Bedarfsfall von der Ermächtigung des § 37 Abs. 3 LHO Gebrauch machen.

Zu Titel 532 03:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
- Entschädigung der Zeugen und Kläger	60 000 EUR	60 000 EUR
- Entschädigung der Sachverständigen	2 340 000 EUR	2 340 000 EUR
Zusammen.	2 400 000 EUR	2 400 000 EUR

**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Ausgaben für Investitionen)**

686 01 051 Jahresbeitrag an den Deutschen Sozialrechtsverband e.V. 200 200 200 —

Ausgaben für Investitionen

812 61 051 Erwerb von Hard- und Software. 15 000 15 000 15 000 2

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

Titelgruppen

Titelgruppe 81

Verfahren des Sozialgerichts

422 81 051	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten und Richter. . . .	1 322 700	1 297 700	1 234 000	1 252
427 81 051	Aufwendungen für Zeitangestellte.	—	—	—	—
428 81 051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	565 500	551 700	571 200	530

Zu Titel 428 81:

Veranschlagt sind Entgelte, Sonderzuwendungen und Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung.

511 81 051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.	—	—	—	73
------------	--	---	---	---	----

Zu Titel 511 81:

Die Mittel werden ab dem HHJ 2015 in Titel 511 82 mitveranschlagt.

518 81 051	Miete/Pacht Maschinen, Geräte, Fahrzeuge.	—	—	—	3
------------	---	---	---	---	---

Zu Titel 518 81:

Die Mittel werden ab dem HHJ 2015 in Titel 518 82 mitveranschlagt.

527 81 051	Reisekosten, Entschädigung priv. PKW.	—	—	—	—
------------	---	---	---	---	---

Zu Titel 527 81:

Die Mittel werden ab dem HHJ 2015 in Titel 527 82 mitveranschlagt.

812 81 051	Geräte und Ausstattungsgegenstände.	—	—	—	11
------------	---	---	---	---	----

Zu Titel 812 81:

Die Mittel werden ab dem HHJ 2015 in Titel 812 82 mitveranschlagt.

Summe Titelgruppe 81.		1 888 200	1 849 400	1 805 200	1 868
-------------------------------	--	-----------	-----------	-----------	-------

Kapitel 10 06
Sozialgerichte

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR
Titelgruppe 82					
Verfahren des Landessozialgerichts					
422 82 051	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten und Richter. . . .	926 000	908 500	885 500	877
Zu Titel 422 82:					
				2017	2016
Veranschlagt sind:					
Dienstbezüge, Zulagen und Sonderzuwendungen			925 100 EUR		907 600 EUR
Dienstaufwandsentschädigung für den Präsidenten des Landessozialgerichts			900 EUR		900 EUR
Zusammen.			926 000 EUR		908 500 EUR
427 82 051	Aufwendungen für Zeitangestellte.	—	—	—	—
428 82 051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	317 100	309 400	305 200	297
Zu Titel 428 82:					
Veranschlagt sind Entgelte, Sonderzuwendungen und Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung.					
511 82 051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.	110 000	110 000	103 000	30
Zu Titel 511 82:					
				2017	2016
Veranschlagt sind:					
1. Geschäftsbedarf Büro und Kanzlei (incl. Versandkosten).			15 000 EUR		15 000 EUR
2. Ergänzungslieferungen.			20 000 EUR		20 000 EUR
3. Bücher, Landkarten, Druckschriften.			4 500 EUR		4 500 EUR
4. Zeitschriften, Zeitungen, Gesetzes- und VO-Blätter.			2 500 EUR		2 500 EUR
5. Druck- und Buchbindearbeiten.			2 500 EUR		2 500 EUR
6. Fernsprechgebühren (soweit nicht Kapitel 17 10 Titel 511 06).			— EUR		— EUR
7. Postgebühren (Wertvorgabe Frankiermaschine, Postfachservice).			50 500 EUR		50 500 EUR
8. Errichtung/Unterhaltung von Fernmelde- und Alarmanlagen.			500 EUR		500 EUR
9. Beschaffung/Unterhaltung von Telekommunikationsgeräten.			500 EUR		500 EUR
10. Beschaffung von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen für Verwaltungszwecke (incl. Versandkosten).			1 500 EUR		1 500 EUR
11. Unterhaltung von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen für Verwaltungszwecke.			1 000 EUR		1 000 EUR
12. Wartung und Pflege von DV-Anlagen und -Geräten.			500 EUR		500 EUR
13. Verbrauchsmaterial für DV-Anlagen und -Geräte.			10 000 EUR		10 000 EUR
14. Kosten der Datenfernübertragung.			— EUR		— EUR
15. Sonstiges.			1 000 EUR		1 000 EUR
Zusammen.			110 000 EUR		110 000 EUR
Ab dem HHJ 2015 werden die Mittel aus Titel 51181 hier mitveranschlagt. Mehr wegen des voraussichtlichen Bedarfs.					
518 82 051	Miete/Pacht Maschinen, Geräte, Fahrzeuge.	6 000	6 000	6 000	2
Zu Titel 518 82:					
				2017	2016
Veranschlagt sind:					
1. Miete für Kopiergeräte (incl. Wartung und Mehrkopien).			6 000 EUR		6 000 EUR
2. Leasingkosten für Dienst-Kfz..			— EUR		— EUR
3. Miete für Kuvertieranlagen.			— EUR		— EUR
4. Sonstiges.			— EUR		— EUR
Zusammen.			6 000 EUR		6 000 EUR
Ab dem HHJ 2015 werden die Mittel aus Titel 518 81 hier mitveranschlagt.					

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR
527 82 051	Reisekosten, Entschädigung priv. PKW.	2 200	2 200	2 200	2
Zu Titel 527 82:					
Ab dem HHJ 2015 werden die Mittel aus Titel 527 81 hier mitveranschlagt.					
812 82 051	Geräte und Ausstattungsgegenstände.	8 400	8 400	8 400	2
Zu Titel 812 82:					
Ab dem HHJ 2015 werden die Mittel aus Titel 812 81 hier mitveranschlagt.					
	Summe Titelgruppe 82.	1 369 700	1 344 500	1 310 300	1 210
	Gesamtausgaben Kapitel 10 06.	5 920 100	5 856 100	5 777 700	5 647

Kapitel 10 07 Gerichte für Arbeitsachen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

10 07 Gerichte für Arbeitsachen

Es gilt Folgendes:

- Die Titel der Hauptgruppe 5 mit den Zählnummern 72, 74 bis 84 in den Kapiteln 10 03 bis 10 07 werden für gegenseitig deckungsfähig erklärt.
- Die unter Nr. 1 aufgeführten Titel werden zugunsten der Titel der Gruppierung 812 für einseitig deckungsfähig erklärt. Die Titel der Gruppierung 812 werden für gegenseitig deckungsfähig erklärt.
- Die unter Nr. 1 aufgeführten Titel werden zugunsten der Titel 511 61 und 812 61 in den Kapiteln 10 03 bis 10 07 für einseitig deckungsfähig erklärt.
- Die Titel 412 01, 459 02, 526 02, 532 01, 532 03 und 532 04 werden übergreifend über die Kapitel 10 03, 10 04, 10 05, 10 06 und 10 07 für gegenseitig deckungsfähig erklärt.
- Die Budgetierung wird dahingehend modifiziert, dass ab dem HHJ 2015 Reste aus dem Sachmittelbudget nur noch eingeschränkt übertragen werden. Vor diesem Hintergrund wurden die Ansätze 2015 an die Ist-Zahlen angepaßt.
- Etwaige Doppelbesetzungen gemäß § 14 HG sind zuvor mit dem Ministerium für Finanzen und Europa abzustimmen.

E i n n a h m e n

Verwaltungseinnahmen

111 01 051	Gebühren, sonstige Entgelte.	100	100	100	—
111 07 051	Gerichtskosten. Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 532 03.	210 000	210 000	180 000	212

Zu Titel 111 07:

Veranschlagt sind:

- Ordnungsgelder gem. §§ 141, 380, 390, 409, 411 ZPO und 178 GVG
- Gerichtskosten (Gebühren und Auslagen) der Arbeitsgerichte

Mehr im Hinblick auf die voraussichtlich zu erwartenden Einnahmen.

119 11 051	Ablieferungen aus Nebenbeschäftigungen.	—	—	—	—
119 40 051	Rückzahlung von Prozeßkostenhilfe. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 532 01.	85 000	85 000	85 000	78

Zu Titel 119 40:

Rückzahlung der nach § 11a ArbGG gewährten Prozeßkostenhilfe bei Veränderung der Vermögensverhältnisse.

119 69 051	Vermischte Einnahmen.	100	100	100	—
------------	-------------------------------	-----	-----	-----	---

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

Titelgruppen

Titelgruppe 83

Verfahren der Arbeitsgerichte

119 83 051	Vermischte Einnahmen im Rahmen des "Leistungsabbildenden Justizhaushaltes"	—	—	—	—
132 83 051	Veräußerung von beweglichen Sachen.	—	—	—	—
	Summe Titelgruppe 83.	—	—	—	—

Titelgruppe 84

Verfahren des Landesarbeitsgerichts

119 84 051	Vermischte Einnahmen im Rahmen des "Leistungsabbildenden Justizhaushaltes"	—	—	—	—
132 84 051	Veräußerung von beweglichen Sachen.	—	—	—	—
	Summe Titelgruppe 84.	—	—	—	—
	Gesamteinnahmen Kapitel 10 07.	295 200	295 200	265 200	290

Kapitel 10 07
Gerichte für Arbeitsachen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

A u s g a b e n
Personalausgaben

412 01 051	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige.	50 000	50 000	50 000	46
	1.Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben in Kapitel 10 03 bis 10 07 jeweils Titel 412 01.				
	2.Das Ministerium für Finanzen und Europa kann im Bedarfsfall von der Ermächtigung des § 37 Abs. 3 LHO Gebrauch machen.				

Zu Titel 412 01:

Veranschlagt ist die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter beim Landesarbeitsgericht und den Arbeitsgerichten gem. dem Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz (JVEG) vom 05.05.2004 (BGBl. I S. 718,776), zuletzt geändert durch Art. 7 des Gesetzes vom 23.07.2013 (BGBl. I S. 2586).

422 01 051	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten und Richter. . . .	—	—	—	—
------------	---	---	---	---	---

Planstellen

2017	2016	2015	
1	1	1	Bes.Gr. R 5 Präsident/Präsidentin des Landesarbeitsgerichts
1	1	1	Bes.Gr. R 3 Vizepräsident/Vizepräsidentin des Landesarbeitsgerichts
2	2	2	Bes.Gr. R 2 Direktoren/Direktorinnen des Arbeitsgerichts
7	7	7	Bes.Gr. R 1 Richter/Richterinnen am Arbeitsgericht
1	1	1	Direktoren/Direktorinnen des Arbeitsgerichts
8	8	8	Stellen
2	2	2	Bes.Gr. A 12 Verwaltungsamtsrat/Verwaltungsamtsrätin Justizamtsrat/Justizamtsrätin
3	3	3	Bes.Gr. A 11 Verwaltungsamt männer/Verwaltungsamt frauen Justizamts männer/Justizamts frauen
3	3	3	Bes.Gr. A 9 Verwaltungsamtsinspektoren/Verwaltungsamtsinspektorinnen Justizamtsinspektoren/Justizamtsinspektorinnen
1	1	1	Bes.Gr. A 7 Justizobersekretär/Justizobersekretärin
21	21	21	Planstellen
—	—	—	davon Dienstwohnungsinhaber
Gliederung nach Laufbahngruppen			
12	12	12	Höherer Dienst
5	5	5	Gehobener Dienst
4	4	4	Mittlerer Dienst
—	—	—	Einfacher Dienst

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

Leerstellen

2017	2016	2015	
2	2	2	Bes.Gr. R 1
1	1	—	Richter/Richterinnen am Arbeitsgericht
3	3	2	Direktor/Direktorin des Arbeitsgerichts
3	3	2	Stellen
3	3	2	Leerstellen

Zu Titel 422 01:

Veränderungen bei den Planstellen - 2016

Bes. Gr.	Stellensoll 2015	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2016	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
R 5	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
R 3	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
R 2	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
R 1	8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8	-
A 12	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
A 11	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-
A 9 m.D.	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-
A 7	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
Zusammen	21	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	21	-

Veränderungen bei den Planstellen - 2017

Bes. Gr.	Stellensoll 2016	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2017	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
R 5	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
R 3	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
R 2	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
R 1	8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8	-
A 12	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
A 11	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-
A 9 m.D.	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-
A 7	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
Zusammen	21	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	21	-

Leerstellen - 2016

	Beurlaubung	Abordnung	Zuweisung	Elternzeit	Abge- ordnete	sonstige Leerstellen	Erläuterungen	2016	2015
Planmäßige Beamte									
R 1	-	2	-	1	-	-		3	2
Zusammen	-	2	-	1	-	-		3	2

Kapitel 10 07
Gerichte für Arbeitsachen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
		EUR	EUR	EUR	TEUR

Leerstellen - 2017

	Beurlaubung	Abordnung	Zuweisung	Elternzeit	Abge- ordnete	sonstige Leerstellen	Erläuterungen	2017	2016
Planmäßige Beamte									
R 1	-	2	-	1	-	-		3	3
Zusammen	-	2	-	1	-	-		3	3

422 62 051	Mehrarbeits- und Überstundenvergütungen für Beamtinnen/Beamte.							-	-
428 01 051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.							-	-

Zu Titel 428 01:

Veranschlagt sind Entgelte, Sonderzuwendungen und Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung.

Stellen für Arbeitnehmerinnen / Arbeitnehmer - 2016

Bezeichnung	Stellensoll 2015	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2016	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
E 9	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-
E 8	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
E 6	12	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	11	-1
E 5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	16	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	15	-1

Stellen für Arbeitnehmerinnen / Arbeitnehmer - 2017

Bezeichnung	Stellensoll 2016	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2017	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
E 9	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-
E 8	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
E 6	11	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	10	-1
E 5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	15	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	14	-1

429 01 051	Personalkostenanteil für Tarifsteigerung.											-	-
------------	---	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	---	---

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 61 051	Verbrauchsmaterial für DV-Anlagen und Geräte, Kosten der Datenfernübertragung, Hardwarebeschaffung (einschl. Instandhaltung), Standardsoftware (einschl. Pflege) .							4 800	4 800	4 800			6
514 03 051	Dienst-, Arbeits- und Schutzkleidung.							-	-	-			-
532 01 051	Auslagen in Rechtssachen. 1.Die Ausgaben dürfen in Höhe der Mehr-Einnahmen bei Titel 119 40 überschritten werden. 2.Das Ministerium für Finanzen und Europa kann im Bedarfsfall von der Ermächtigung des § 37 LHO Abs. 3 Satz 2 LHO Gebrauch machen							1 000 000	1 000 000	1 000 000			966

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

Zu Titel 532 01:

	2017	2016
Veranschlagt sind die Kosten in Prozeßkostenhilfesachen bei den Gerichten für Arbeitsachen sowie die Kosten für Bekanntmachungen öffentlicher Zustellungen, und zwar:		
1. Vergütungen für nach § 11 A ArbGG beigeordneten Rechtsanwälte.	997 000 EUR	997 000 EUR
2. Bekanntmachungen öffentlicher Zustellungen.	1 000 EUR	1 000 EUR
3. Kosten der Zustellungen im Ausland.	1 000 EUR	1 000 EUR
4. Sonstiges.	1 000 EUR	1 000 EUR
Zusammen.	1 000 000 EUR	1 000 000 EUR

532 03 051 Entschädigungen, Lohnausfälle sowie Ersatz von Auslagen usw. an Zeugen und Sachverständige.	45 000	45 000	45 000	33
1. Mehreinnahmen bei Titel 111 07 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.				
2. Das Ministerium für Finanzen und Europa kann im Bedarfsfall von der Ermächtigung des § 37 LHO Abs. 3 Satz 2 LHO Gebrauch machen				

Zu Titel 532 03:

	2017	2016
Veranschlagt sind nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5.5.2004, zuletzt geändert durch Art. 7 des Gesetzes vom 23.07.2013 (BGBl. I S. 2586).		
1. Verdienstentschädigungen.	15 000 EUR	15 000 EUR
2. Entschädigungen für Aufwand.	28 000 EUR	28 000 EUR
3. Fahrtkostenentschädigung für Zeugen.	1 000 EUR	1 000 EUR
4. Sachverständigenentschädigungen.	1 000 EUR	1 000 EUR
5. Sonstiges.	— EUR	— EUR
Zusammen.	45 000 EUR	45 000 EUR

Ausgaben für Investitionen

812 61 051 Erwerb von Hard- und Software.	10 000	10 000	10 000	6
---	--------	--------	--------	---

Kapitel 10 07
Gerichte für Arbeitsachen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

Titelgruppen

Titelgruppe 83

Verfahren der Arbeitsgerichte

422 83 051	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten und Richter. . . .	1 047 600	1 027 800	1 018 600	992
------------	---	-----------	-----------	-----------	-----

Zu Titel 422 83:

Veranschlagt sind Dienstbezüge, Zulagen und Sonderzuwendungen.

427 83 051	Aufwendungen für Zeitangestellte.	—	—	—	—
------------	---	---	---	---	---

428 83 051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	581 700	567 500	565 200	545
------------	--	---------	---------	---------	-----

Zu Titel 428 83:

Veranschlagt sind Entgelte, Sonderzuwendungen und Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung.

511 83 051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.	—	—	—	50
------------	--	---	---	---	----

Zu Titel 511 83:

Die Mittel werden ab dem HHJ 2015 in Titel 511 84 mitveranschlagt.

518 83 051	Miete/Pacht Maschinen, Geräte, Fahrzeuge.	—	—	—	2
------------	---	---	---	---	---

Zu Titel 518 83:

Die Mittel werden ab dem HHJ 2015 in Titel 518 84 mitveranschlagt.

527 83 051	Reisekosten, Entschädigung priv. PKW.	—	—	—	2
------------	---	---	---	---	---

Zu Titel 527 83:

Die Mittel werden ab dem HHJ 2015 in Titel 527 84 mitveranschlagt.

812 83 051	Geräte und Ausstattungsgegenstände.	—	—	—	16
------------	---	---	---	---	----

Zu Titel 812 83:

Die Mittel werden ab dem HHJ 2015 in Titel 812 84 mitveranschlagt.

Summe Titelgruppe 83.		1 629 300	1 595 300	1 583 800	1 607
-------------------------------	--	-----------	-----------	-----------	-------

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

Titelgruppe 84
Verfahren des Landesarbeitsgerichts

422 84 051	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten und Richter. . . .	107 400	105 400	103 600	102
------------	---	---------	---------	---------	-----

Zu Titel 422 84:

Veranschlagt sind Dienstbezüge, Zulagen und Sonderzuwendungen.

427 84 051	Aufwendungen für Zeitangestellte.	—	—	—	—
------------	---	---	---	---	---

428 84 051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	51 500	50 200	115 600	48
------------	--	--------	--------	---------	----

Zu Titel 428 84:

Veranschlagt sind Entgelte, Sonderzuwendungen und Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung.

511 84 051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.	92 000	92 000	92 000	38
------------	--	--------	--------	--------	----

Zu Titel 511 84:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
1. Geschäftsbedarf Büro und Kanzlei (incl. Versandkosten).	9 500 EUR	9 500 EUR
2. Ergänzungslieferungen.	6 500 EUR	6 500 EUR
3. Bücher, Landkarten, Druckschriften.	6 000 EUR	6 000 EUR
4. Zeitschriften, Zeitungen, Gesetzes- und VO-Blätter.	6 000 EUR	6 000 EUR
5. Druck- und Buchbindearbeiten.	500 EUR	500 EUR
6. Fernspreckgebühren (soweit nicht Kapitel 17 10 Titel 511 07).	1 000 EUR	1 000 EUR
7. Postgebühren (Wertvorgabe Frankiermaschine, Postfachservice).	50 000 EUR	50 000 EUR
8. Errichtung/ Unterhaltung von Fernmelde- und Alarmanlagen.	— EUR	— EUR
9. Beschaffung/ Unterhaltung von Telekommunikationsgeräten.	100 EUR	100 EUR
10. Beschaffung von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen für Verwaltungszwecke (incl. Versandkosten).	500 EUR	500 EUR
11. Unterhaltung von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen für Verwaltungszwecke.	1 000 EUR	1 000 EUR
12. Wartung und Pflege von DV-Anlagen und -Geräten.	300 EUR	300 EUR
13. Verbrauchsmaterial für DV-Anlagen und -Geräte.	9 000 EUR	9 000 EUR
14. Kosten der Datenfernübertragung.	— EUR	— EUR
15. Sonstiges.	1 600 EUR	1 600 EUR
Zusammen.	92 000 EUR	92 000 EUR

Ab dem HHJ 2015 werden die Mittel aus Titel 511 83 hier mitveranschlagt.

518 84 051	Miete/Pacht Maschinen, Geräte, Fahrzeuge.	6 200	6 200	6 200	2
------------	---	-------	-------	-------	---

Zu Titel 518 84:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
1. Miete für Kopiergeräte (incl. Wartung und Mehrkopien).	6 200 EUR	6 200 EUR
2. Leasingkosten Dienst-Kfz.	— EUR	— EUR
3. Miete für Kuvertieranlagen.	— EUR	— EUR
4. Sonstiges.	— EUR	— EUR
Zusammen.	6 200 EUR	6 200 EUR

Ab dem HHJ 2015 werden die Mittel aus Titel 518 83 hier mitveranschlagt.

527 84 051	Reisekosten, Entschädigung priv. PKW.	2 000	2 000	2 000	—
------------	---	-------	-------	-------	---

Zu Titel 527 84:

Ab dem HHJ 2015 werden die Mittel aus Titel 527 83 hier mitveranschlagt.

Kapitel 10 07
Gerichte für Arbeitsachen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

812 84 051	Geräte und Ausstattungsgegenstände.	8 400	8 400	8 400	6
------------	---	-------	-------	-------	---

Zu Titel 812 84:

Ab dem HHJ 2015 werden die Mittel aus Titel 812 83 hier mitveranschlagt.

Summe Titelgruppe 84.	267 500	264 200	327 800	196
Gesamtausgaben Kapitel 10 07.	3 006 600	2 969 300	3 021 400	2 860

Kapitel 10 08

Vertretungspool der Gerichte und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

Gezahlt werden aus den Gruppierungen 422 und 428 die Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten sowie die Entgelte der Justizbeschäftigten im Vertretungspool für die Gerichte und Staatsanwaltschaften, die den Behörden dieser Titelgruppe zugewiesen sind. Der Vertretungspool der Gerichte und Staatsanwaltschaften wurde im Haushalt 2007 auf der Basis des budgetierten Personalhaushalts neu geschaffen, um in der Lage zu sein, Vakanzen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften aufgrund von Elternzeiten, Beurlaubungen etc. mittels flexibel einsetzbaren Stammkräften zu kompensieren.

Auch nachdem die Ausgaben der Gruppierung 422 bis 429 nunmehr wieder in die Deckungsfähigkeit der Personalausgaben nach § 20 LHO einbezogen wurden, wird der Vertretungspool der Gerichte und Staatsanwaltschaften fortgeführt. Künftig wird auch weiterhin grundsätzlich auf Doppelbesetzungen (§ 14 Haushaltsgesetz) sowie auf die Ausbringung von Leerstellen (§ 15 HG) für den betreffenden Bereich der Beamtinnen und Beamten des mittleren Justizdienstes sowie der vergleichbaren Justizbeschäftigten der Kapitel 1003 bis 1007 verzichtet, soweit der Stellenbestand des Vertretungspools ausreicht, um die betreffenden Vakanzen zu kompensieren. Etwaige Doppelbesetzungen gemäß § 14 HG sind zuvor mit dem Ministerium für Finanzen und Europa abzustimmen.

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	—	—	—	2 124
--------	-----	--	---	---	---	-------

Zu Titel 428 01:

Stellen für Arbeitnehmerinnen / Arbeitnehmer - 2016

Bezeichnung	Stellensoll 2015	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2016	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
E 6	26	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	26	-
E 5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	26	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	26	-

Stellen für Arbeitnehmerinnen / Arbeitnehmer - 2017

Bezeichnung	Stellensoll 2016	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2017	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
E 6	26	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	26	-
E 5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	26	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	26	-

siehe die Erläuterungen zum Titel 422 01

428 62	051	Mehrarbeits- und Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	—	—	—	1
Gesamtausgaben Kapitel 10 08.			—	—	—	2 530

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

10 09 Justizvollzugsanstalten
E i n n a h m e n
Verwaltungseinnahmen

112 02 056	Kostenbeiträge von Gefangenen.	80 000	80 000	70 000	81
------------	--	--------	--------	--------	----

Zu Titel 112 02:

Veranschlagt sind Haftkostenbeiträge gem. §§ 138 Strafvollzugsgesetz (StVollzG), 61 Saarländisches Strafvollzugsgesetz (SLStVollzG) und 104 i.V.m. 61 SLStVollzG.

119 11 056	Ablieferungen aus Nebenbeschäftigungen.	—	—	—	—
------------	---	---	---	---	---

119 15 056	Einnahmen aus Schadensersatzleistungen.	7 000	7 000	7 000	5
------------	---	-------	-------	-------	---

Zu Titel 119 15:

Veranschlagt sind Ersatzleistungen gem. § 75 Saarländisches Jugendstrafvollzugsgesetz (SJStVollzG) für Schäden, die Gefangene herbeiführen sowie Ersatzleistungen für Schäden aus sonstigen Rechtsgründen.

119 69 056	Vermischte Einnahmen.	1 000	1 000	1 000	—
------------	-------------------------------	-------	-------	-------	---

124 01 056	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung.	25 000	25 000	25 000	20
------------	--	--------	--------	--------	----

Zu Titel 124 01:

	2017	2016
Veranschlagt sind Vermietung von Arbeits- und Lagerräumen		
1. Miete.	13 700 EUR	13 700 EUR
2. Nebenkosten.	11 300 EUR	11 300 EUR
Zusammen.	25 000 EUR	25 000 EUR

125 01 056	Einnahmen aus der Arbeitsverwaltung.	1 600 000	1 600 000	1 600 000	1 534
	1.Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 681 11. 2.und Titelgruppe 72				

125 31 056	Einnahmen aus der Abgabe von Beköstigung.	9 000	9 000	9 000	9
------------	---	-------	-------	-------	---

Zu Titel 125 31:

Veranschlagt sind Einnahmen aus der Abgabe von Gefangenenverpflegung an Anstaltspersonal und Gäste.

132 01 056	Veräußerung von beweglichen Sachen.	2 000	2 000	2 000	—
------------	---	-------	-------	-------	---

Zu Titel 132 01:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
1. Verbrauch unbrauchbarer oder entbehrlicher geringwertiger Gegenstände.	1 000 EUR	1 000 EUR
2. Veräußerung von beweglichen Sachen.	1 000 EUR	1 000 EUR
Zusammen.	2 000 EUR	2 000 EUR

Übrige Einnahmen

Kapitel 10 09
Justizvollzugsanstalten

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR
231 01 056	Haftkostenerstattung des Bundes.	33 000	33 000	33 000	32
Zu Titel 231 01:					
Die Haushaltsstelle dient der Annahme von Kostenerstattungen im Falle der Verlegung eines Gefangenen, für den die Vollzugszuständigkeit des Bundes gegeben ist.					
232 01 056	Haftkostenerstattung anderer Bundesländer. Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 632 01.	550 000	550 000	550 000	553
Zu Titel 232 01:					
Veranschlagt sind die Haftkostenerstattungen anderer Bundesländer für Gefangene, die an Berufsbildungsmaßnahmen saarländischer Justizvollzugsanstalten teilnehmen, sowie die Erstattungen der Unterbringungskosten für 13 Arrestantinnen und Arrestanten aus Rheinland-Pfalz in der Jugendarrestanstalt Lebach im Rahmen der Vereinbarung über die gemeinsame Vollstreckung von Jugendarrest.					
232 02 056	Kostenerstattung anderer Bundesländer für Gefangenen- einzeltransporte.	5 000	5 000	5 000	12
Zu Titel 232 02:					
Bei Einzeltransporten haben die Auftragsstellen die Kosten zu erstatten.					
272 01 056	Zuschüsse zur Wiedereingliederung von Gefangenen.	—	—	—	—
Zu Titel 272 01:					
Die Haushaltsstelle diente der Annahme von Fördermitteln aus dem Europäischen Sozialfonds und aus Bundesmitteln (Bundesprogramm Xenos) für das Projekt " Soziale Kompetenz für die Wiedereingliederung von Gefangenen -SoKoS-".					
282 21 056	Einnahmen aus Spenden. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 546 21.	—	—	—	1
Gesamteinnahmen Kapitel 10 09.		2 312 000	2 312 000	2 302 000	2 248

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

A u s g a b e n**Personalausgaben**

412 01 056 Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige. 4 000 4 000 4 000 1

Zu Titel 412 01:

Veranschlagt sind Entschädigungen und Auslagenersatz an:

A) Anstaltsbeiräte gem. §§ 162-165 StVollzG gemäß Gesetz Nr. 774 über die Entschädigung der Mitglieder von Kommissionen und Ausschüssen i.d.F. der Bekanntmachung vom 25. September 1972 (Amtsbl. S. 518), zuletzt geändert durch Art. 20 der Verordnung vom 27.10.2010 (Amtsbl. S. I. 1384)
B) ehrenamtliche Vollzugshelfer.

422 01 056 Dienstbezüge der planmäßigen Beamten. 17 675 200 17 340 500 17 225 100 17 019

Planstellen

2017	2016	2015	
			Bes.Gr. A 16
1	1	1	Leitende Regierungsdirektoren/Leitende Regierungsdirektorinnen
2	2	2	Leitender Medizinaldirektor/Leitende Medizinaldirektorin
3	3	3	Stellen
			Bes.Gr. A 15
2	2	2	Regierungsdirektoren/Regierungsdirektorinnen Medizinaldirektor/Medizinaldirektorin
			Bes.Gr. A 14
1	1	1	Regierungsobererrat/Regierungsobererrätin Die Stelle darf mit einer Richterin/einem Richter oder einer Staatsanwältin/einem Staatsanwalt der BesGr. R 1, die sich höchstens in der 8. Lebensaltersstufe befinden, besetzt werden.
			Bes.Gr. A 13
1	1	1	Studienrat/Studienrätin Regierungsrat/Regierungsrätin
			Bes.Gr. A 13
2	2	2	Regierungsoberamtsrat/Regierungsoberamtsrätin
2	2	2	Lehrer/Lehrerinnen -im Justizvollzugsdienst- Hauptlehrer/Hauptlehrerinnen -als Leiter/Leiterinnen der Gefangenenbildung-
4	4	4	Stellen
			Bes.Gr. A 12
2	2	2	Sozialamtsrat/Sozialamtsrätin
3	3	3	Regierungsamtsräte/Regierungsamtsrätinnen
5	5	5	Stellen
			Bes.Gr. A 11
4	4	4	Sozialamt Männer/Sozialamt Frauen
7	7	7	Regierungsamt Männer/Regierungsamt Frauen
11	11	11	Stellen
			Bes.Gr. A 10
11	9	10	Sozialoberinspektoren/Sozialoberinspektorinnen
4	4	3	Regierungsoberinspektoren/Regierungsoberinspektorinnen
15	13	13	Stellen

Kapitel 10 09
Justizvollzugsanstalten

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)			Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer				EUR	EUR	EUR	TEUR
			Bes.Gr. A 9				
1	1	1	Sozialinspektoren/Sozialinspektorinnen				
			Auf diesen Stellen können Sozialarbeiter während der Beschäftigung gemäß § 50 Abs. 1 Nr. 3 oder Abs. 2 Nr. 3 SLVO geführt werden.				
2	2	2	Regierungsinspektoren/Regierungsinspektorinnen				
			Auf diesen Stellen können Regierungsinspektoranzwarter/Regierungsinspektoranzwarterinnen geführt werden.				
3	3	3	Stellen				
			Bes.Gr. A 9				
6	6	6	Regierungsamtsinspektoren/Regierungsamtsinspektorinnen				
9	9	9	Betriebsinspektoren/Betriebsinspektorinnen				
90	91	90	Amtsinspektoren im Justizvollzugsdienst/Amtsinspektorinnen im Justizvollzugsdienst				
			eine Stelle kw zum 01.01.2019				
105	106	105	Stellen				
			Bes.Gr. A 8				
6	6	6	Regierungshauptsekretäre/Regierungshauptsekretärinnen				
14	14	14	Hauptwerkmeister/Hauptwerkmeisterinnen				
146	148	151	Hauptsekretäre im Justizvollzugsdienst/Hauptsekretärinnen im Justizvollzugsdienst				
			eine Stelle kw zum 01.01.2019				
166	168	171	Stellen				
			Bes.Gr. A 7				
5	5	5	Regierungsobersekretäre/Regierungsobersekretärinnen				
7	7	7	Oberwerkmeister/Oberwerkmeisterinnen				
136	145	148	Obersekretäre im Justizvollzugsdienst/Obersekretärinnen im Justizvollzugsdienst				
			Auf 40 Stellen der BesGrn. A 7 und A 6 dürfen Anwärter/Anwärterinnen im Justizvollzugsdienst geführt werden.				
148	157	160	Stellen				
			Bes.Gr. A 6				
1	1	1	Regierungssekretäre/Regierungssekretärinnen				
465	475	480	Planstellen				
			davon				
—	—		Dienstwohnungsinhaber				
			Gliederung nach Laufbahngruppen				
7	7	7	Höherer Dienst				
38	36	36	Gehobener Dienst				
420	432	437	Mittlerer Dienst				
—	—	—	Einfacher Dienst				
			Leerstellen				
2017	2016	2015					
			Bes.Gr. A 10				
1	1	—	Sozialoberinspektor/Sozialoberinspektorin				
			Bes.Gr. A 9				
2	2	3	Sozialinspektor/Sozialinspektorin				
1	1	1	Regierungsinspektor/Regierungsinspektorin				
3	3	4	Stellen				
			Bes.Gr. A 8				
1	1	1	Hauptsekretär im Justizvollzugsdienst/Hauptsekretärin im Justizvollzugsdienst				

Kapitel 10 09
Justizvollzugsanstalten

Kapitel Titel	Zweckbestimmung			Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
	(Erläuterungen)			EUR	EUR	EUR	TEUR
Funkt.- Kennziffer							

	3	3	5	Bes.Gr. A 7 Obersekretäre im Justizvollzugsdienst/Obersekretärinnen im Justizvollzugsdienst
	8	8	10	Leerstellen

Zu Titel 422 01:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
Dienstbezüge, Zulagen und Sonderzuwendungen	17 434 700 EUR	17 100 000 EUR
Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten	240 500 EUR	240 500 EUR
Zusammen.	17 675 200 EUR	17 340 500 EUR

Veränderungen bei den Planstellen - 2016

Bes. Gr.	Stellensoll 2015	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2016	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
A 16	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-
A 15	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
A 14	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
A 13	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
A 13 g.D.	4	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1	4	-
A 12	5	-	-	-	-	-	-	1	1	-	-	5	-
A 11	11	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11	-
A 10	13	-	-	-	-	1	-	-	1	-	-	13	-
A 9	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-
A 9 m.D.	105	-	-	-	-	-	1	2	-	-	-	106	+1
A 8	171	-	-	-	-	-	1	-	2	-	-	168	-3
A 7	160	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	157	-3
A 6	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
Zusammen	480	-	-	-	-	1	5	4	4	-	1	475	-5

Veränderungen bei den Planstellen - 2017

Bes. Gr.	Stellensoll 2016	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2017	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
A 16	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-
A 15	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
A 14	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
A 13	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
A 13 g.D.	4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-
A 12	5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	-
A 11	11	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11	-
A 10	13	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	15	+2
A 9	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-
A 9 m.D.	106	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	105	-1
A 8	168	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	166	-2
A 7	157	-	-	-	-	-	9	-	-	-	-	148	-9
A 6	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
Zusammen	475	-	-	-	-	2	12	-	-	-	-	465	-10

Kapitel 10 09
Justizvollzugsanstalten

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
		EUR	EUR	EUR	TEUR
Funkt.- Kennziffer					

Leerstellen - 2016

	Beurlaubung	Abordnung	Zuweisung	Elternzeit	Abge- ordnete	sonstige Leerstellen	Erläuterungen	2016	2015
Planmäßige Beamte									
A 10	-	-	-	1	-	-		1	-
A 9	-	-	-	3	-	-		3	4
A 8	-	-	-	1	-	-		1	1
A 7	-	-	-	3	-	-		3	5
Zusammen	-	-	-	8	-	-		8	10

Leerstellen - 2017

	Beurlaubung	Abordnung	Zuweisung	Elternzeit	Abge- ordnete	sonstige Leerstellen	Erläuterungen	2017	2016
Planmäßige Beamte									
A 10	-	-	-	1	-	-		1	1
A 9	-	-	-	3	-	-		3	3
A 8	-	-	-	1	-	-		1	1
A 7	-	-	-	3	-	-		3	3
Zusammen	-	-	-	8	-	-		8	8

422 03 056 Anwärterbezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen/Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst. 136 900 134 300 494 800 130

Zu Titel 422 03:

	2017	2016
Veranschlagt sind		
1. Dienstbezüge, Zulagen und Sonderzuwendungen.	100 000 EUR	100 000 EUR
2. Zulage für dienst zu ungünstigen Zeiten.	36 900 EUR	34 300 EUR
Zusammen.	136 900 EUR	134 300 EUR

Hier sind auch die Bezüge der Anwärter veranschlagt, die auf Planstellen geführt werden (vgl. § 10 Abs. 5 HG).

Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst

Eingangsam	Dienstbezeichnung	2017	2016	2015
Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst				
A 7	Anwärter im mittleren Justizvollzugsdienst	25	25	26
Zusammen		25	25	26

Veränderungen bei den Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst - 2016

Bes. Gr.	Stellensoll 2015	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2016	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-				
1	2	3		4		5		6		7		8	9
A 7	26	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	25	-1
Zusammen	26	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	25	-1

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
		EUR	EUR	EUR	TEUR
Funkt.- Kennziffer					

Veränderungen bei den Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst - 2017

Bes. Gr.	Stellensoll 2016	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2017	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
A 7	25	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	25	-
Zusammen	25	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	25	-

422 62 056 Mehrarbeits- und Überstundenvergütungen für Beamtinnen/Beamte. 102 500 102 500 102 500 274

Zu Titel 422 62:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
Mehrarbeitsvergütung für planmäßige Beamte	96 500 EUR	96 500 EUR
Mehrarbeitsvergütung für beamtete Hilfskräfte	6 000 EUR	6 000 EUR
Zusammen.	102 500 EUR	102 500 EUR

427 01 056 Aufwendungen für Zeitangestellte. 75 000 344 000 537 400 448

Zu Titel 427 01:

Die Mittel sind vorgesehen zur Vergütung von befristet eingestellten Beschäftigten
- zur Durchführung von Therapieangeboten für Gefangene mit anschließender Sicherungsverwahrung
- zur Umsetzung der Vorgaben des Jugendstrafvollzugsgesetzes

Weniger infolge der Umwandlungen von Zeitverträgen in unbefristete Arbeitsverhältnisse und damit Verlagerung nach Titel 428 01.

427 21 056 Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige. 119 500 119 500 129 500 127

Zu Titel 427 21:

	2017	2016
Veranschlagt sind für:		
1. nebenamtlich oder nebenberuflich tätige Ärzte in Justizvollzugsanstalten einschl. der Ferien- und Krankheitsvertretung dieser Ärzte und der hauptamtlichen Ärzte der Justizvollzugsanstalten Saarbrücken und Ottweiler.	11 000 EUR	11 000 EUR
2. Psychiatrische/psychologische Untersuchungen.	14 000 EUR	14 000 EUR
3. Unterricht für Erste Hilfe in der Jugendarrestanstalt Lebach.	2 300 EUR	2 300 EUR
4. katholische und evangelische Organisten in den Justizvollzugsanstalten Saarbrücken und Ottweiler.	3 100 EUR	3 100 EUR
5. Berufsschulunterricht für jugendliche Gefangene.	14 100 EUR	14 100 EUR
6. Evaluation im Jugendstrafvollzug gemäß § 97 des Saarl. Jugendstrafvollzugsgesetzes und im Erwachsenenvollzug nach dem Untersuchungshaftvollzugsgesetz und Evaluatiron der Behandlung von Gefangenen mit angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung.	24 500 EUR	24 500 EUR
7. Psychotherapeutische Behandlungen.	8 000 EUR	8 000 EUR
8. Suchttherapie von Gefangenen.	42 500 EUR	42 500 EUR
Zusammen.	119 500 EUR	119 500 EUR

Weniger durch Verlagerung nach Kapitel 10 11 Titel 427 21.

428 01 056 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. 2 019 100 2 008 900 1 987 100 1 833

Zu Titel 428 01:

Veranschlagt sind Entgelte, Sonderzuwendungen und Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung sowie Beiträge zur Sozialversicherung von Praktikanten.

Kapitel 10 09
Justizvollzugsanstalten

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
		EUR	EUR	EUR	TEUR

Stellen für Arbeitnehmerinnen / Arbeitnehmer - 2016

Bezeichnung	Stellensoll 2015	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2016	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
AUSSERTAR.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-
E 13	7	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	9	+2
E 10	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
E 9	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
E 8	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
E 6	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
E 5	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-
Zusammen	19	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	21	+2

Stellen für Arbeitnehmerinnen / Arbeitnehmer - 2017

Bezeichnung	Stellensoll 2016	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2017	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
AUSSERTAR.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E 14	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-
E 13	9	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	10	+1
E 10	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
E 9	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
E 8	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
E 6	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
E 5	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-
Zusammen	21	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	22	+1

453 01 056	Trennungsgeld, Fahrkostenzuschüsse und Umzugskostenvergütungen.	700	700	700	—
------------	--	-----	-----	-----	---

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01 056	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.	146 000	146 000	141 000	121
------------	---	---------	---------	---------	-----

Zu Titel 511 01:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
1. Geschäftsbedarf.	43 000 EUR	43 000 EUR
2. Bücher und Zeitschriften.	9 000 EUR	9 000 EUR
3. Post- und Fernmeldegebühren.	55 000 EUR	55 000 EUR
4. Geräte und Ausstattungsgegenstände sowie Maschinen für Verwaltungszwecke.	39 000 EUR	39 000 EUR
Zusammen.	146 000 EUR	146 000 EUR

Mehr wegen der Vorgaben des neuen Jugendarrestvollzugsgesetzes.

511 61 056	Verbrauchsmaterial für DV-Anlagen und Geräte, Kosten der Datenfernübertragung, Hardwarebeschaffung (einschl. Instandhaltung), Standardsoftware (einschl. Pflege) .	32 000	32 000	32 000	95
------------	--	--------	--------	--------	----

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

Zu Titel 511 61:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
1. Wartung und Unterhaltung, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Programmpflege (BASIS-Verfahren).	22 000 EUR	22 000 EUR
2. Verbrauchsmaterial für DV-Anlagen und -Geräte.	10 000 EUR	10 000 EUR
3. Kosten der Datenfernübertragung.	— EUR	— EUR
Zusammen.	32 000 EUR	32 000 EUR
514 01 056 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.. . . .	50 500	50 500
		52 000
		44

Zu Titel 514 01:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
1. Kosten für Dienstfahrten und Gefangenentransporte.	46 500 EUR	46 500 EUR
2. Kosten der Munition für das vorgeschriebene Übungsschießen.	4 000 EUR	4 000 EUR
Zusammen.	50 500 EUR	50 500 EUR

zu 1.)

Bestand an Fahrzeugen am 1.4. des Vorjahres:

7 PKW, 3 Transporter, 2 Anhänger, 9 Gefangenentransportfahrzeuge, 1 Traktor.

Weniger wegen der Abgabe eines PKW's an das Kompetenzzentrum für ambulante Resozialisierung und Opferhilfe.

514 03 056 Arbeits- und Schutzkleidung.	13 000	13 000	13 000	9
526 01 056 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten.	2 000	2 000	2 000	36
527 01 056 Reisekostenvergütungen und Entschädigungen für die Inanspruchnahme privater Fahrzeuge.	6 000	6 000	6 000	5
532 03 056 Gefangenенbeförderung und -vorführung.	10 000	10 000	10 000	3
546 21 056 Zur Verwendung von Spenden.	—	—	—	-1
1. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 282 21 geleistet werden.				
2. Die Ausgaben sind übertragbar.				

**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Ausgaben für Investitionen)**

632 01 056 Erstattung der Kosten für die Unterbringung von Gefangenen in Anstalten anderer Bundesländer.	4 225 000	4 225 000	4 232 000	4 198
1. Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 232 01 überschritten werden.				
2. Das Ministerium für Finanzen und Europa kann im Bedarfsfall von der Ermächtigung des § 37 Abs. 3 LHO Gebrauch machen.				

Zu Titel 632 01:

	2017	2016
Veranschlagt sind Unterbringungskosten für:		
1. 35 weibliche Straf- und U-Haftgefangene in der JVA-Zweibrücken.	2 215 000 EUR	2 215 000 EUR
2. 6 Strafgefangene während Berufsausbildungslehrgängen in Justizvollzugsanstalten anderer Länder.	25 000 EUR	25 000 EUR
3. 20 Sicherungsverwahrte in der JVA Diez.	1 985 000 EUR	1 985 000 EUR
Zusammen.	4 225 000 EUR	4 225 000 EUR

Weniger in Anpassung an die Ist-Ausgaben 2014.

Kapitel 10 09 Justizvollzugsanstalten

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR
671 01 056	Erstattung von Personalkosten an die Kirchen und Orden für die Seelsorge an Justizvollzugsanstalten.	250 000	250 000	245 000	245
Zu Titel 671 01:					
Veranschlagt sind Mittel für 2 hauptamtliche katholische Seelsorger und 3 teilzeitbeschäftigte evangelische Seelsorger.					
Mehr wegen der Vorgaben des neuen Jugendarrestgesetzes (Betreuung muslimische Arrestanten in der JAA-Lebach).					
681 11 056	Arbeitsentgelte für Gefangene. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 30,00 v.H. der Mehreinnahmen bei Titel 125 01 geleistet werden.	1 215 000	1 215 000	1 200 000	1 216
Zu Titel 681 11:					
Veranschlagt ist Arbeitsentgelt für die Beschäftigung von durchschnittlich 550 Gefangenen nach § 22 SLStVollzG, § 57 SJStVollzG und §§ 25, 71 SUVollzG.					
Mehr wegen der Erhöhung der Berechnungsgrundlage für die Arbeitsentgelte.					
681 12 056	Gefangenen- und Entlassungsfürsorge.	10 200	10 200	10 200	7
Zu Titel 681 12:					
Veranschlagt sind Entlassungsbeihilfen gem. § 43 SLStVollzG, § 10 Saarländisches Untersuchungshaftvollzugsgesetz (SUVollzG), § 21 SJStVollzG und Billigkeitsentschädigungen gemäß RV des MdJ vom 18.2.1966 (A 4525 - 4), sowie Kosten einer Gefangenenzurückführung.					
681 13 056	Arbeitslosenversicherung für Gefangene.	370 000	370 000	350 000	370
Zu Titel 681 13:					
Veranschlagt sind Mittel für die Arbeitslosenversicherung der Gefangenen gemäß §§ 26, 341, 347 Drittes Buch Sozialgesetzbuch.					
Mehr wegen der Erhöhung der Berechnungsgrundlage für die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.					
681 14 056	Ausbildungsbeihilfe für Gefangene.	170 000	170 000	170 000	157
Zu Titel 681 14:					
Veranschlagt sind Ausbildungsbeihilfen für ca. 120 Gefangene, die an schulischer bzw. beruflicher Ausbildung teilnehmen.					
681 15 056	Taschengeld für Gefangene.	70 000	70 000	53 000	72
Zu Titel 681 15:					
Veranschlagt sind Mittel für die Gewährung von Taschengeld für Gefangene, die ohne Verschulden weder Arbeitsentgelt noch Ausbildungsbeihilfe erhalten (§§ 57 SLStVollzG, 25 SUVollzG, § 59 SJStVollzG).					
Mehr wegen der Erhöhung der Berechnungsgrundlage zum Taschengeld.					
684 04 056	Psychologische Beratung und Therapie von Sexualstraf- tätern.	51 000	51 000	51 000	18
Zu Titel 684 04:					
Veranschlagt sind Mittel zur Erstattung der Personalkosten eines Psychologen des Caritasverbands für Saarbrücken und Umgebung e. V., Saarbrücken, für Beratung und Therapie besonderer Gruppen von Sexualstraf Tätern im Strafvollzug.					
684 05 056	Zuschüsse zu Hilfen für suchtkranke Straftäter.	260 000	260 000	260 000	255

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

Zu Titel 684 05:

Veranschlagt sind die Mittel zur Unterhaltung von Einrichtungen für aufsuchende und nachbetreuende Sozialarbeit für betäubungsmittelabhängige bzw. suchtmittelgefährdete Straftäter (Aktionsgemeinschaft Drogenberatung e.V., Saarbrücken und Caritas-Verband für die Region Schaumberg-Blies e.V., Neunkirchen).

Ausgaben für Investitionen

811 01 056	Erwerb von Fahrzeugen.	28 000	28 000	28 000	28
812 02 056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Maschinen.	56 000	56 000	56 000	122

Zu Titel 812 02:

Veranschlagt sind Mittel für die Neu- und Ersatzbeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Maschinen.

812 04 056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Maßnahmen im Rahmen der Resozialisierung von Gefangenen.	50 000	50 000	—	—
------------	---	--------	--------	---	---

Zu Titel 812 04:

Vorgesehen ist die Finanzierung von 2 Multifunktionsfeldern in den Justizvollzugsanstalten Saarbrücken und Ottweiler.

812 61 056	Erwerb von Hard- und Software.	20 000	20 000	20 000	49
------------	--	--------	--------	--------	----

Zu Titel 812 61:

Veranschlagt ist die Neu- und Ersatzbeschaffung von PC's und Druckern nebst Aktivkomponenten.

Kapitel 10 09
Justizvollzugsanstalten

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR
Titelgruppen					
Titelgruppe 71					
Unterbringung und Versorgung der Gefangenen					
In dieser Titelgruppe sind auch die Mittel für den Vollzug, der im Wege der Amtshilfe für die Ausländerbehörden vollstreckten Abschiebungshaft veranschlagt. Das Ministerium für Finanzen und Europa kann im Bedarfsfall von der Ermächtigung des § 37 Abs. 3 LHO Gebrauch machen.					
511 71 056	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.	160 000	160 000	160 000	154
Zu Titel 511 71:					
		2017		2016	
Veranschlagt sind:					
1. Gefangenenbücherei.		4 000 EUR		4 000 EUR	
2. Bekleidung, Wäsche, Geschirr, Ausstattungsgegenstände usw..		156 000 EUR		156 000 EUR	
Zusammen.		160 000 EUR		160 000 EUR	
514 71 056	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.. . . .	1 400 000	1 400 000	1 400 000	1 385
Zu Titel 514 71:					
		2017		2016	
Veranschlagt sind für:					
1. Verpflegung.		1 068 800 EUR		1 068 800 EUR	
2. Arzneimittel.		289 400 EUR		289 400 EUR	
3. sonstige Verbrauchsmittel.		41 800 EUR		41 800 EUR	
Zusammen.		1 400 000 EUR		1 400 000 EUR	
Dem Verpflegungsaufwand liegt ein Tagessatz von 2,95 Euro zugrunde.					
525 71 056	Aus- und Fortbildung.	70 000	70 000	70 000	60
Zu Titel 525 71:					
		2017		2016	
Veranschlagt sind für Schüler und Auszubildende:					
1. Ausbildungsmaterial und Probewerkstücke.		6 000 EUR		6 000 EUR	
2. Lehr- und Lernmittel und Geräte der Ausbildungswerkstätten und der Unterrichtskurse.		9 000 EUR		9 000 EUR	
3. Verbrauchsmittel der Staatl. Berufsschule Ottweiler.		2 000 EUR		2 000 EUR	
4. Honorare für Lehrkräfte.		12 000 EUR		12 000 EUR	
5. EDV-Ausstattung für E-Learning.		10 000 EUR		10 000 EUR	
6. Kosten für Umschulung und Qualifizierungsmaßnahmen.		29 500 EUR		29 500 EUR	
7. Ausbildungsmaterial und Ausbildungsbeihilfen für erlebnispädagogische Veranstaltungen.		1 500 EUR		1 500 EUR	
Zusammen.		70 000 EUR		70 000 EUR	
532 71 056	Ärztliche Behandlung einschließlich Krankenhausbehandlung.	1 130 000	1 130 000	1 200 000	1 105
Zu Titel 532 71:					
Veranschlagt sind die Kosten der Gesundheitsfürsorge gem. §§ 62 bis 67 SLStVollzG, §§ 34 bis 36 SJStVollzG, §§ 22,23 SUVollzG.					
Weniger wegen Anpassung an die Ist-Ausgaben 2014.					
547 71 056	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben.	23 100	23 100	22 000	29
812 71 056	Ausstattung der Staatlichen Berufsschule und Ausbildungswerkstätten in der Justizvollzugsanstalt Ottweiler mit Lehr- und Lernmitteln.	25 500	25 500	25 500	13

Kapitel 10 09
Justizvollzugsanstalten

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
		EUR	EUR	EUR	TEUR

Zu Titel 812 71:

	2017	2016
Vorgesehen ist die Beschaffung von Geräten und Maschinen		
1. Staatliche Berufsschule Ottweiler.	4 000 EUR	4 000 EUR
2. Ausbildungswerkstätten.	21 500 EUR	21 500 EUR
Zusammen.	25 500 EUR	25 500 EUR
Summe Titelgruppe 71.	2 808 600	2 808 600

Titelgruppe 72**Arbeitsbetriebskosten**

Die Ausgaben dieser Titelgruppe dürfen bis zur Höhe von 30 v.H. der Mehreinnahmen bei Titel 125 01 überschritten werden. Das Ministerium für Finanzen und Europa kann im Bedarfsfall von der Ermächtigung des § 37 Abs. 3 LHO Gebrauch machen.

511 72 056 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.	24 000	24 000	24 000	13
---	--------	--------	--------	----

Zu Titel 511 72:

Veranschlagt sind Mittel für Werkzeuge, Geräte und Maschinen.

514 72 056 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.. . . .	490 000	490 000	490 000	344
---	---------	---------	---------	-----

Zu Titel 514 72:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
1. Haltung von Fahrzeugen.	20 000 EUR	20 000 EUR
2. Rohstoffe und Betriebskosten.	470 000 EUR	470 000 EUR
Zusammen.	490 000 EUR	490 000 EUR

zu 1.):

Bestand an Fahrzeugen am 1.4. des Vorjahres:
2 LKW, 1 Transporter, 1 Anhänger, 1 PKW.

811 72 056 Erwerb von Fahrzeugen.	14 000	14 000	14 000	—
---	--------	--------	--------	---

Zu Titel 811 72:

Veranschlagt ist die Beschaffung eines Transporters.

812 72 056 Geräte und Maschinen.	26 000	26 000	26 000	11
--	--------	--------	--------	----

Zu Titel 812 72:

Veranschlagt sind Mittel für die Neu- und Ersatzbeschaffung von Geräten und Maschinen.

Summe Titelgruppe 72.	554 000	554 000	554 000	368
Gesamtausgaben Kapitel 10 09.	30 530 200	30 451 700	30 843 800	29 997

Kapitel 10 10**Saarländische Klinik für forensische Psychiatrie (SKFP)**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

10 10

**Saarländische Klinik für
forensische Psychiatrie (SKFP)****A u s g a b e n****Personalausgaben**

422 01 312	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten.	—	—	—	—
428 01 312	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	—	—	—	—

Zu Titel 428 01:**Stellen für Arbeitnehmerinnen / Arbeitnehmer - 2016**

Bezeichnung	Stellensoll 2015	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2016	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
E 15	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-
E 14	11	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11	-
E 13	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-
E 12	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
E 10	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
E 9	15	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15	-
E 10a	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
E 8	15	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15	-
E 6	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-
E 5	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
E 9d	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
E 9c	7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7	-
E 9b	8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8	-
E 9a	99	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-	97	-2
E 7a	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
E 2	9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9	-
Zusammen	182	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-	180	-2

Kapitel 10 10
Saarländische Klinik für forensische Psychiatrie (SKFP)

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
		EUR	EUR	EUR	TEUR

Stellen für Arbeitnehmerinnen / Arbeitnehmer - 2017

Bezeichnung	Stellensoll 2016	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2017	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-				
1	2	3		4		5		6		7		8	9
E 15	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-
E 14	11	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11	-
E 13	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-
E 12	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
E 10	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
E 9	15	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15	-
E 10a	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
E 8	15	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15	-
E 6	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-
E 5	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
E 9d	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
E 9c	7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7	-
E 9b	8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8	-
E 9a	97	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-	95	-2
E 7a	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
E 2	9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9	-
Zusammen	180	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-	178	-2

E 9:	eine Stelle kw	ab 01.01.2015
	eine Stelle kw	ab 01.01.2018
E 9a:	zwei Stellen kw	ab 01.01.2017
E 7a:	eine Stelle kw	ab 01.01.2018
E 6:	eine Stelle kw	ab 01.01.2018
E 5:	zwei Stellen kw	ab 01.01.2018
E 2:	eine Stelle kw	ab 01.01.2018

Sächliche Verwaltungsausgaben

541 02 312	Kosten in Durchführung des Maßregelvollzugsgesetzes (§§ 28 und 29).	13 535 000	13 345 000	13 290 000	14 742
	1. Das Ministerium für Finanzen und Europa kann im Bedarfsfall von der Ermächtigung des § 37 Abs. 3 LHO Gebrauch machen.				
	2. Die Ausgaben sind übertragbar.				
	3. Abweichend von § 35 Abs. 1, Satz 1 LHO, fließen Ausgabenerstattungen den Ausgaben zu.				

Zu Titel 541 02:

Veranschlagt sind:

1. Kosten

- der Unterbringung in der Saarländischen Klinik für forensische Psychiatrie (SKFP)
 - der Unterbringung in Maßregelvollzugseinrichtungen anderer Bundesländer im Rahmen der auswärtigen Unterbringung
 - des Probewohnens von Maßregelvollzugspatienten in Einrichtungen der Eingliederungshilfe
2. Kosten der Forensisch-Psychiatrischen Ambulanz im Rahmen von Bewährungsaufgaben während der Führungsaufsicht

Mehr wegen Tarifierhöhungen.

Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Ausgaben für Investitionen)

682 01 312	Zuführung des Landes an die Saarländische Klinik für forensische Psychiatrie.	—	—	—	—
------------	---	---	---	---	---

Kapitel 10 10**Saarländische Klinik für forensische Psychiatrie (SKFP)**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

Ausgaben für Investitionen

891 01 312	Zuführungen des Landes an die SKFP zu den Investitionsaufwendungen.	42 500	42 500	42 500	42
------------	--	--------	--------	--------	----

Zu Titel 891 01:

Veranschlagt sind Zuschüsse zu Investitionen.

Gesamtausgaben Kapitel 10 10.	13 577 500	13 387 500	13 332 500	14 784
------------------------------------	------------	------------	------------	--------

A. Finanzplan

Geschäftsjahre 2016 und 2017

Kontierung VKR	Position	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	Ist 2014
I. Finanzbedarf					
1. Investitionen					
05	– Grundstücke und Bauten	56 000	56 000	40 000	36 657,99
07	– Technische Anlagen und Maschinen	35 000	35 000	82 500	6 691,89
08	– Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	30 500	30 500	70 000	35 762,23
Summe I.1 :		121 500	121 500	192 500	79 112,11
2. Sonstiger Finanzbedarf					
Summe I :		121 500	121 500	192 500	79 112,11
II. Deckungsmittel					
	– Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investition- Kapitel 10 10 Titel 891 01	42 500	42 500	42 500	42 454,12
	– Zuführungen aus dem Landeshaushalt für Investition- Kapitel 20 04 Titel 743 01	79 000	79 000	150 000	36 657,99
Summe II :		121 500	121 500	192 500	79 112,11

Wirtschaftsplan Saarländische Klinik für forensische Psychiatrie

B. Erfolgsplan

Geschäftsjahre 2016 und 2017

Kontierung VKR	Position	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	Ist 2014
	1. Umsatzerlöse und verwaltungswirtschaftliche Erträge	15 465 000	15 395 000	15 175 000	15 899 349,18
50	a) verwaltungswirtschaftliche Erträge	15 465 000	15 395 000	15 175 000	15 899 349,18
	Erlöse aus Pflegesätzen aus Kapitel 10 10 Titel 541 02	13 535 000	13 345 000	13 290 000	13 514 907,12
	Erlöse aus Pflegesätzen aus Kapitel 10 09 Titel 532 71	130 000	120 000	97 000	119 682,42
	Erlöse aus Pflegesätzen aus Kapitel 10 03 Titel 532 01	700 000	730 000	408 000	760 316,70
	Erlöse aus Pflegesätzen aus Kapitel 10 03 Titel 532 05	–	–	–	–,–
	Erlöse aus Pflegesätzen von sonstigen Kostenträgern	1 100 000	1 200 000	1 380 000	1 504 442,94
53	2. sonstige Erträge	516 000	517 000	508 000	1 008 155,68
	a) zahlungswirksame sonstige Erträge	36 000	37 000	28 000	37 065,32
533	Erstattungen des Personals	–	–	–	277,10
530	Erträge aus Nebenbetrieben	14 000	15 000	17 000	15 246,62
531	sonstige	22 000	22 000	11 000	21 541,60
	b) nicht zahlungswirksame sonstige Erträge	480 000	480 000	480 000	971 090,36
	Auflösung Sonderposten mit Rücklageanteil	480 000	480 000	480 000	332 211,72
	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	–	–	–	79 112,11
	Erträge aus Auflösung von Rücklagen	–	–	–	559 766,53
	Zwischensumme Erträge (Nr. 1-2)	15 981 000	15 912 000	15 683 000	16 907 504,86
	3. Aufwendungen für bezogene Waren und Dienstleistungen	-2 536 000	-2 584 000	-2 450 000	-2 584 087,26
60	a) Aufwendungen für Material, Energie und sonstige verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit	-986 000	-1 001 000	-1 000 000	-1 001 158,23
601	Speiseversorgung/Lebensmittel	-46 000	-44 000	-35 000	-44 176,92
601	Medizinischer Bedarf	-500 000	-487 000	-426 000	-486 639,85
	Energie	-350 000	-379 000	-431 000	-379 084,64
601	Wirtschaftsbedarf	-90 000	-91 000	-108 000	-91 256,82
61	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1 550 000	-1 583 000	-1 450 000	-1 582 929,03
	4. Personalaufwand	-10 307 000	-10 120 000	-9 910 000	-10 194 746,26
62/63	a) Bezüge (Besoldung, Vergütung, Entlohnung)	-8 039 000	-7 894 000	-7 730 000	-7 971 693,39
64	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-2 268 000	-2 226 000	-2 180 000	-2 223 052,87
647	Zuweisungen an Pensionsunterstützungskassen	–	–	–	–,–
649	Zuführung Versorgungsrücklagen	–	–	–	–,–
649	Beihilfen	–	–	–	–,–
640/641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung	-2 268 000	-2 226 000	-2 180 000	-2 223 052,87
66	5. Abschreibungen	-480 000	-480 000	-480 000	-418 044,57
	6. sonstige Aufwendungen	-2 658 000	-2 728 000	-2 843 000	-4 270 433,27
65	a) sonstige Personalaufwendungen	-55 000	-50 000	-43 000	-49 523,70
652	Unfallkasse Saar	–	–	–	–,–
	sonstiges	-55 000	-50 000	-43 000	-49 523,70
67	b) Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	-12 000	-12 000	-13 000	-12 185,05
68	c) weitere Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reise, Literatur und Werbung	-162 000	-159 000	-153 000	-158 825,29
69	d) Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	-15 000	-15 000	-10 000	-27 400,56
70	e) Betriebliche Steuern	-1 000	-1 000	-1 000	-1 000,00
71	f) Aufwendungen für Kostenerstattungen	-2 413 000	-2 491 000	-2 623 000	-4 021 498,67
	Auswärtige Unterbringung in anderen Bundesländern	-1 733 000	-1 869 000	-2 064 000	-3 399 030,22
	Probewohnen	-680 000	-622 000	-559 000	-622 468,45
	Zwischensumme Aufwendungen (Nr. 3-6)	-15 981 000	-15 912 000	-15 683 000	-17 467 311,36
	7. Betriebsergebnis	–	–	–	-559 806,50
57	8. Zinsen und ähnliche Erträge	–	–	–	–,–

Wirtschaftsplan Saarländische Klinik für forensische Psychiatrie

Kontierung VKR	Position	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	Ist 2014
75	9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-	-	-,—
	10. Finanzergebnis	-	-	-	-,—
	11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-	-	-	-559 806,50
79	12. Außerordentliche Aufwendungen	-	-	-	-,—
	13. Außerordentliches Ergebnis	-	-	-	-,—
	14. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-	-	-	-559 806,50

C. Leistungsplan**Geschäftsjahre 2016 und 2017**

Produkt	Kennzahl	Menge Plan 2017	Menge Plan 2016	Menge Plan 2015	Menge Ist 2014
Maßregelvollzug					
gesamte Klinik (stationär und ambulant)					
Klinikstationäre Unterbringung: durchschnittliche Belegung 2016: 120					
Pflegesatz 2016: 350,52					
Klinikstationäre Unterbringung: durchschnittliche Belegung 2017: 115					
Pflegesatz 2017: 368,43					
	Berechnungstage	41 975	43 920	49 275	50 083
Forensisch-psychiatrische Ambulanz: durchschnittliche Fall- zahl 2016: 90					
Forensisch-psychiatrische Ambulanz: durchschnittliche Fall- zahl 2017: 95					
Fallkostenpauschale/Monat: 527,83					
	Berechnungstage	34 675	32 940	25 000	29 200

Kompetenzzentrum der Justiz für ambulante Resozialisierung und Opferhilfe

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

10 11

**Kompetenzzentrum der Justiz für
ambulante Resozialisierung und Opferhilfe**

1.1. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 282 21
geleistet werden.

2.2. Die Ausgaben sind übertragbar.

E i n n a h m e n
Verwaltungseinnahmen

119 11 059 Ablieferungen aus Nebenbeschäftigungen. — — — —

119 69 059 Vermischte Einnahmen. — — — —

Übrige Einnahmen

282 21 059 Einnahmen aus Spenden. — — — —

Zu Titel 282 21:

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 546 21.

Gesamteinnahmen Kapitel 10 11. — — — —

Kapitel 10 11**Kompetenzzentrum der Justiz für ambulante Resozialisierung und Opferhilfe**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

A u s g a b e n**Personalausgaben**

422 01 051 Dienstbezüge der planmäßigen Beamten und Richter. . . . 2 196 000 2 150 000 2 055 400 —

Planstellen

2017	2016	2015	
1	1	1	Bes.Gr. A 13 Sozialoberamtsrat/Sozialoberamtsrätin
6	6	6	Bes.Gr. A 12 Sozialamtsräte/Sozialamtsrätinnen
11	12	12	Bes.Gr. A 11 Sozialamt Männer/Sozialamt Frauen
10	10	10	Bes.Gr. A 10 Sozialoberinspektoren/Sozialoberinspektorinnen
14	14	14	Bes.Gr. A 9 Sozialinspektoren/Sozialinspektorinnen
42	43	43	Planstellen
—	—	—	davon Dienstwohnungsinhaber
—	—	—	Gliederung nach Laufbahngruppen
42	43	43	Höherer Dienst
—	—	—	Gehobener Dienst
—	—	—	Mittlerer Dienst
—	—	—	Einfacher Dienst

Leerstellen

2017	2016	2015	
1	1	1	Bes.Gr. A 11 Sozialamt Mann/Sozialamt Frau
3	3	1	Bes.Gr. A 9 Sozialinspektoren/Sozialinspektorinnen
4	4	2	Leerstellen

Zu Titel 422 01:

Die Mittel waren bis zum HHJ 2014 in Kapitel 1003 Titel 422 73 bzw. in Kapitel 1009 Titel 422 01 veranschlagt.

Kompetenzzentrum der Justiz für ambulante Resozialisierung und Opferhilfe

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
		EUR	EUR	EUR	TEUR
Funkt.- Kennziffer					

Veränderungen bei den Planstellen - 2016

Bes. Gr.	Stellensoll 2015	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2016	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
A 13 g.D.	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
A 12	6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6	-
A 11	12	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12	-
A 10	10	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10	-
A 9	14	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14	-
Zusammen	43	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	43	-

Veränderungen bei den Planstellen - 2017

Bes. Gr.	Stellensoll 2016	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2017	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
A 13 g.D.	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
A 12	6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6	-
A 11	12	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	11	-1
A 10	10	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10	-
A 9	14	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14	-
Zusammen	43	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	42	-1

Leerstellen - 2016

	Beurlaubung	Abordnung	Zuweisung	Elternzeit	Abge- ordnete	sonstige Leerstellen	Erläuterungen	2016	2015
Planmäßige Beamte									
A 11	-	-	-	1	-	-		1	1
A 9	-	-	-	3	-	-		3	1
Zusammen	-	-	-	4	-	-		4	2

Leerstellen - 2017

	Beurlaubung	Abordnung	Zuweisung	Elternzeit	Abge- ordnete	sonstige Leerstellen	Erläuterungen	2017	2016
Planmäßige Beamte									
A 11	-	-	-	1	-	-		1	1
A 9	-	-	-	3	-	-		3	3
Zusammen	-	-	-	4	-	-		4	4

427 01 051 Aufwendungen für Zeitangestellte. 55 000 55 000 55 000 —

Zu Titel 427 01:

Die Mittel waren bis zum HHJ 2014 in Kapitel 10 09 Titel 427 01 veranschlagt.

427 02 051 Aufwandentschädigungen für ehrenamtlich in der Opfer-
hilfe Tätige. 2 000 2 000 — —

427 21 051 Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tä-
tige. 15 000 15 000 5 000 —

Kapitel 10 11 Kompetenzzentrum der Justiz für ambulante Resozialisierung und Opferhilfe

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

Zu Titel 427 21:

Die Mittel waren bis 2014 in Kapitel 10 03 Titel 427 21 bzw. Kapitel 10 09 Titel 427 21 veranschlagt.
Mehr wegen der Verlagerung von 10.000,00 € aus Kapitel 10 09 Titel 427 21 für psychotherapeutische Behandlungen.

428 01 051 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	137 500	135 600	130 400	—
---	---------	---------	---------	---

Die Mittel waren bis zum HHJ 2014 in Kapitel 1003 Titel 428 73 veranschlagt.

Stellen für Arbeitnehmerinnen / Arbeitnehmer - 2016

Bezeichnung	Stellensoll 2015	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2016	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
E 6	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-
Zusammen	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-

Stellen für Arbeitnehmerinnen / Arbeitnehmer - 2017

Bezeichnung	Stellensoll 2016	Umsetzungen nach § 50 LHO		Wirksamwerden von ku- und kw-Vermerken		neue Stellen, Stellen- wegfall		Hebungen		Umwandlungen, Verlagerungen, Herabstufungen		Stellensoll 2017	mehr (+) weniger (-)
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		
1	2	3		4		5		6		7		8	9
E 6	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-
Zusammen	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-

453 01 051 Trennungsgeld, Fahrkostenzuschüsse und Umzugskostenvergütungen.	—	—	—	—
--	---	---	---	---

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01 051 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.	14 400	14 400	16 000	—
---	--------	--------	--------	---

Zu Titel 511 01:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
1. Geschäftsbedarf Büro und Kanzlei (incl. Versandkosten).	4 500 EUR	4 500 EUR
2. Ergänzungslieferungen.	1 400 EUR	1 400 EUR
3. Bücher, Landkarten, Druckschriften.	100 EUR	100 EUR
4. Zeitschriften, Zeitungen, Gesetzes- und VO-Blätter.	— EUR	— EUR
5. Druck- und Buchbindearbeiten.	— EUR	— EUR
6. Fernspreckgebühren (soweit nicht Kapitel 17 10 Titel 511 11).	4 500 EUR	4 500 EUR
7. Postgebühren (Wertvorgabe Frankiermaschine, Postfachservice).	500 EUR	500 EUR
8. Errichtung/Unterhaltung von Fernmelde- und Alarmanlagen.	— EUR	— EUR
9. Beschaffung/Unterhaltung von Telekommunikationsgeräten.	— EUR	— EUR
10. Beschaffung von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen für Verwaltungszwecke (incl. Versandkosten).	200 EUR	200 EUR
11. Unterhaltung von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen für Verwaltungszwecke.	500 EUR	500 EUR
12. Wartung und Pflege von DV-Anlagen und -Geräten.	500 EUR	500 EUR
13. Verbrauchsmaterial für DV-Anlagen und -Geräte.	700 EUR	700 EUR
14. Kosten der Datenfernübertragung.	— EUR	— EUR
15. Sonstiges.	1 500 EUR	1 500 EUR
Zusammen.	14 400 EUR	14 400 EUR

Die Ausgaben waren bis zum HHJ 2014 in Kapitel 10 03 Titel 511 73 veranschlagt.

Kompetenzzentrum der Justiz für ambulante Resozialisierung und Opferhilfe

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR

511 61 059	Verbrauchsmaterial für DV-Anlagen und Geräte, Kosten der Datenfernübertragung, Hardwarebeschaffung (einschl. Instandhaltung), Standardsoftware (einschl. Pflege) .	20 000	20 000	20 000	—
------------	--	--------	--------	--------	---

Zu Titel 511 61:

Die Mittel waren bis 2014 in Kapitel 10 03 Titel 511 61 veranschlagt.

514 01 051	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl..	2 000	2 000	—	—
------------	--	-------	-------	---	---

Zu Titel 514 01:

- A) Treib- und Schmierstoff
B) Unterhaltung und Instandsetzung
C) Steuern

Mehr wegen der Unterhaltung eines PKW's für die Nachsorgebetreuung.

518 01 051	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume.	—	—	1 400	—
------------	--	---	---	-------	---

518 02 051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge.	2 500	2 500	—	—
------------	---	-------	-------	---	---

Zu Titel 518 02:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
1. Miete für Kopiergeräte (incl. Warung und Mehrkopien).	2 000 EUR	2 000 EUR
2. Leasingkosten für Dienst-Kfz.	— EUR	— EUR
3. Miete für Kuvertieranlagen.	— EUR	— EUR
4. Car-Sharing.	500 EUR	500 EUR
5. Sonstiges.	— EUR	— EUR
Zusammen.	2 500 EUR	2 500 EUR

Die Ausgaben waren bis zum HHJ 2014 in Kapitel 10 03 Titel 518 73 bzw. in 2015 in Kapitel 10 11 Titel 518 01 veranschlagt.

525 01 059	Aus- und Fortbildung der Bediensteten.	9 000	9 000	6 000	—
------------	--	-------	-------	-------	---

Zu Titel 525 01:

Die Ausgaben waren bis zum HHJ 2014 in Kapitel 10 02 Titel 525 05 bzw. 525 07 veranschlagt.

Darin enthalten sind auch Mittel für die Schulung der Personalratsmitglieder.

527 01 051	Reisekostenvergütungen und Entschädigungen für die Inanspruchnahme privater Fahrzeuge.	22 000	22 000	22 000	—
------------	--	--------	--------	--------	---

Zu Titel 527 01:

	2017	2016
Veranschlagt sind:		
1. Wegstreckenentschädigung.	22 000 EUR	22 000 EUR
2. Reisekosten.	— EUR	— EUR
Zusammen.	22 000 EUR	22 000 EUR

Die Ausgaben waren bis zum HHJ 2014 in Kapitel 10 03 Titel 527 73 veranschlagt.

546 21 056	Zur Verwendung von Spenden. 1. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 282 21 geleistet werden. 2. Die Ausgaben sind übertragbar.	—	—	—	—
------------	---	---	---	---	---

Ausgaben für Investitionen

811 01 056	Erwerb von Fahrzeugen.	—	—	—	—
------------	--------------------------------	---	---	---	---

Kapitel 10 11**Kompetenzzentrum der Justiz für ambulante Resozialisierung und Opferhilfe**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ansatz 2015	IST 2014
Funkt.- Kennziffer		EUR	EUR	EUR	TEUR
812 01 051	Geräte und Ausstattungsgegenstände sowie Maschinen für Verwaltungszwecke.	4 200	4 200	4 200	—
Zu Titel 812 01:					
Die Ausgaben waren bis zum HHJ 2014 in Kapitel 10 03 Titel 812 73 veranschlagt.					
812 61 059	Erwerb von Hard- und Software.	20 000	20 000	20 000	—
Zu Titel 812 61:					
Die Mittel waren bis 2014 in Kapitel 10 03 Titel 812 61 veranschlagt.					
Gesamtausgaben Kapitel 10 11.		2 499 600	2 451 700	2 335 400	—